

19. August 1924

HERMAN KRANOLD · 10 JAHRE EUROPÄISCHES SCHICKSAL

WARUM hat das deutsche, das europäische, das Menschevolk 10 Jahre lang so Furchtbares erleiden müssen? Warum ereignete sich das, was ein Papst eine »ehrlose Menschenschlächtereie« genannt hat? Warum ist nach 4 Jahren, als ein besiegttes Heer, von kopflosen Feldherren in der Stunde der höchsten Not verlassen, die Waffen streckte, kein Friede geworden, sondern nur ein neuer Krieg, der mit anderen Waffen, mit Verträgen, Protesten und Protokollen, geführt wurde, aber nicht minder verwüstend wirkte?

Die Frage nach den Ursachen dieses Geschehens ist nicht müßig. Es hat zwar keinen Sinn Rechnungen über die Schuld dieses oder jenes Volkes am Krieg so aufzustellen, als gelte es mit aller Kunst gerissener Bilanzierung für die eine Gruppe einen Aktivsaldo, für die andere ein Manko herauszudestillieren. Jene Art der Geschichtsbetrachtung, die die Ursache der 4 Jahre Menschheitsvernichtung in 2 Schock innerhalb 40 Tage ausgetauschter Aktenstücke, Tischreden, Telephongesprächen und Randglossen sieht, ist freilich nicht am Platz, und das Gerede über die Schuld am Krieg wird mit Vorliebe von Leuten geführt, die über ihre eigene Schuld am Krieg nie nachgedacht haben. Auch in den Formen eines Zivilprozesses läßt sich weltgeschichtliche Verknüpfung von Ursache und Wirkung nicht entschleiern; Zensuren auszuteilen an Böse und Brave ist nicht die Art Wiederkehr unendlichen Leides zu verhüten. Wohl aber hat es Sinn dem Zusammenhang der Dinge nachzuspüren, zu zeigen, welche wirtschaftlichen, moralischen, politischen Zustände in der Welt schließlich eine Periode angeblichen Glanzes eines großartigen Zivilisationsbetriebs in eine solche Katastrophe ausmünden lassen mußten; und sehr guten Sinn hat es auch für einzelne ganz klar umschriebene Tatbestände die Frage nach der persönlichen Schuld eines einzelnen zu stellen und eine Antwort zu erzwingen. Solche Untersuchungen sind wichtig, damit Lügenmärchen, zur Vergiftung der Atmosphäre emsig verbreitet, endlich aufhören, damit endlich einmal wieder aus der Verantwortung eines Menschen, der sich in politische Dinge mischt, etwas gemacht wird, was er schließlich auch fürchten muß, damit endlich auch einmal wieder in jenen Fällen, die klar als Rechtsbrüche am Tag liegen wie manche der "Kriegshandlungen", den Menschen beigebracht wird, daß es noch eine Rechtsvorstellung, ein

Rechtsgefühl gibt, das in Menschen lebendig und in der Gesellschaft stark ist. In den Sozialistischen Monatsheften sind alle in diesem Sinn wichtigen Fragen in diesem Jahrzehnt gründlich und nach allen Seiten hin erörtert worden. Statt einzelne Aufsätze von anderen und von mir zu zitieren, verweise ich auf etwa 2 Dutzend Bände, die vor dem Leser liegen, und von denen jede Seite die selbe deutliche, eindringliche Sprache redet. Nur 2 Tatsachengruppen will ich erwähnen, weil sie mir diejenigen zu sein scheinen, die für die nächste Zukunft der Menschen die wichtigsten Lehren verkünden: die Dokumentierungen der doppelten politischen Moral und der wirklichkeitsfremden Hingegebenheit an Scheingrundsätze.



UNTERNÄHME man es aus der großen Politik auch nur der hauptsächlich an den Ereignissen dieser Jahre führend beteiligten Nationen eine Liste der Akte doppelter Moral anzulegen, die einigermaßen vollständig sein will, so müßte man starke Bände füllen. Nur ein paar Stichworte, und nur aus der Geschichte Deutschlands, seien gegeben, um zum Nachdenken anzuregen.

Zunächst Beispiele aus der Außenpolitik: das Lob der Gegenwehr ostpreussischer Zivilisten gegen den Russeneinfall und die Anzündung belgischer Städte und Dörfer wegen Francireurtenanten; die Durchsendung der russischen Bolschewistenführer in plombierten Waggons durch Deutschland nach Rußland und die Entrüstung über Trotzkijs Brester Brandreden; die Ausbeutung des russischen Zusammenbruchs in Brest Litowsk zu schmählicher Vergewaltigung und die Klage über den "Schmachfrieden" von Versailles; die Propagierung der Errichtung kanonengeschützter hohenzollernscher, habsburgischer, wittelsbachischer Sekundogenituren im Westen Rußlands und die Entrüstung über die durch die Pariser Verträge herbeigeführte Befriedigung der nationalen Aspirationen der Südslawen, Tschechen, Polen, Rumänen. Und im Innern: Welches frevelhafte Spiel ist während des Krieges mit der "deutschen Freiheit" getrieben worden! Alle Vorrechte bestimmter Kasten, alle Schande plutokratischer Wahlrechte, alle Mißachtung der Menschenwürde durch erzwungene und (schlimmer noch) freiwillige Unterordnung der einen unter die anderen: alles das wurde als die wahre Freiheit, die nur der Deutsche kenne, deklariert. Der "Geist von 1914" wurde dem "Geist von 1793", das Obrigkeitsdekret des "Suum cuique" den ewigen Menschheitsforderungen der "Liberté, égalité, fraternité" gegenübergestellt. Der "verfaulte" Westen mit seinen "verfallenden" Demokratien wurde verächtlich gemacht; und als er dann siegte, wurde diese Tatsache nicht als Beweis für seine größere Kraft und seinen stärkern Opfermut sondern zu der grotesken Beschuldigung verwendet, daß das deutsche Volk seinem eigenen "siegreichen" (das heißt in Wirklichkeit dem geschlagenen, von seinen Feldherren aufgegebenen, mit Kriegsgerät, Munition, Speise, Trank und Kleidung nicht mehr ausgerüsteten, an Mannschaften täglich ärmer werdenden) Heer den "Dolchstoß in den Rücken" versetzt hätte. Und abermals seit 1918: Welch ein Wettkampf der Phrasen, die man selbst nicht glaubte! Der politische Mord ist von großen Gruppen zum anerkannten Kampfmittel erhoben. Die Verfemung des Mitmenschen um seiner Überzeugung willen ist der geistige Normalzustand in dem Verhältnis deutscher Staatsbürger zu einander geworden. Die Gegner des Staats werden vom Staat subventioniert, daß sie ihn auf Tod und Leben bekämpfen können. Die bewußte Lüge ist taktisches Hauptkampfmittel geworden: nach außen wie nach innen.

Das Schlimmste aber, das am meisten auf der Seele lastet, die wieder zur Hoffnung sich hinaufschwingen möchte, ist, daß zum moralischen auch noch das intellektuelle Vakuum kommt. Diesem ist recht eigentlich während des Krieges die Reihe jener selbstmörderischen Aktionen entsprungen, die im Oktober 1918 zu einem Zusammenbruch führten, der in der Geschichte seinesgleichen nicht hat: die Polenproklamation, die den von Stuermer angestrebten Frieden mit Rußland unmöglich machte, die systematische Sabotierung des Kerenskijischen Friedensmanifests, die sinnlose Ignorierung der elsäß-lothringischen Tatsache durch das Kühlmanssche »Niemals!«, das eine Verständigung mit Frankreich unmöglich machte, die ungeheuerlichen Zerstörungen auf dem letzten Rückzug, als der Krieg schon verloren war, durch die die Reparationslast so furchtbar schwer wurde. Dies war im Krieg. Und nachher? War die Methode da wesentlich geändert? Ganz abseits von allen moralischen Erwägungen: Was gab es Dümmeres als die Finanzierung des Krieges durch die Notenpresse und durch die Krieganleihen? Nur eins: Nachdem einmal das Unheil, das vorausgesagt worden war, daraus wirklich entstanden war, diese Dummheit zu wiederholen. Und das ist im Ruhrkrieg des Jahres 1923 geschehen.

Der General Max Hoffmann hat kürzlich ein (sehr lesenswertes und aufschlußreiches) Buch geschrieben, dem er den Titel Der Krieg der versäumten Gelegenheiten gab. Bezeichnend genug, daß selbst dieser General (wohl der intelligenteste unter allen deutschen hohen Militärs in dieser Kriegszeit, eine ganz andere geistige Kapazität als etwa Ludendorff) an dem Herrscherberuf der Kaste, die nach seiner klaren, schwerlich zu entkräftenden Darstellung alle sich bietenden Gelegenheiten versäumte, keineswegs zweifelt. Noch viel bezeichnender ist, daß nach all diesen Erfahrungen der Friede, der auf den Krieg folgte, diesem in seinem Charakter so genau glich, daß seine Geschichte unter keinem vollständiger den Tatbestand deckenden Titel geschrieben werden könnte, als unter dem Der Friede der versäumten Gelegenheiten. Ich erinnere daran, wie oft, wie nachdrücklich in den vergangenen Jahren von Frankreich der Weg der direkten politischen und wirtschaftlichen Verständigung mit Deutschland besritten wurde. Jedesmal, mit alleiniger Ausnahme der Versuche Rathenaus, die er und wir mit seinem Leben bezahlen mußten, erstarrte das kluge, das menschliche Wort von jenseits des Rheins im harthörigen Ohr, das nur englische Töne aufzunehmen imstande schien. Ich erinnere daran, wie oft sich uns Gelegenheit bot die schlimmsten Positionen der wirtschaftlichen Ausbeutung in Deutschland zu beseitigen, wenn man mit den Versuchen planmäßiger, den Staatsnotwendigkeiten angepaßter Wirtschaft Ernst gemacht hätte. Ich erinnere daran, wie viele, die vorgeben Sozialisten zu sein, sich von der Schwärmerei für die segensreichen, heilenden Wirkungen der freien Wirtschaft begeistert und für sie eingesetzt haben. Wie haben die sozialistischen Führer es fertig gebracht in der Währungspolitik den Kern des Problems, den Produktionsgedanken, so gründlich zu übersehen und mit technisch-kleinbürgerlichen "Maßnahmen" die unsere Wirtschaft verschlingende Währungsnot beseitigen zu wollen? Wie konnten sie jede Sabotage der Produktion zulassen und, an ihr vorbeisehend, eine in solcher Zeit vollends sinnlose Konsumentenpolitik treiben?

Zu erklären ist das alles aus dem Phänomen der Mischung zweier Motive: aus Verachtung der eigenen Glaubenssätze und aus Unbereitschaft von Tatsachen Kenntnis zu nehmen. Als Beispiel (wobei betont sei, daß keine

Gruppe der Sünde bloß ist) sei der Bolschewismus erwähnt, so wie er als deutscher Spartakismus nicht nur die Parlamente und die politischen Versammlungen sondern auch die sozusagen schöne Literatur und die Wissenschaft unsicher machte. In Rußland hat eine Minderheit früher nachweislich sozialdemokratisch organisierter Gewaltpolitiker die Macht an sich gerissen, die zu ihrer Aufrechterhaltung erforderliche Anzahl von Henkern und Bürgerkriegssöldnern in Bewegung gesetzt und das Ganze in einen Schleim von angeblich marxistischen Theorieen gehüllt, der so wenig zu bedeuten hat, daß erste "Theoretiker" dieser Art vom Halbgott der Partei, wie nach seinem Tod bekannt wird, als minderwertige, lasterhafte, gefährliche Scharlatane der Masse der Parteimitglieder denunziert werden. Diese Partei (das heißt diejenigen, die in ihrem Namen regieren) bringt nun die Theorie auf, Rußland hätte die Machtergreifung der Bolschewiki erleben müssen, damit der Staatskapitalismus eingeführt werden könne, denn selbstverständlich sei es zu einer Sozialisierung noch nicht reif. Nachdem diese Lehre unter dem Namen der neuen ökonomischen Politik den Parteimitgliedern eingebläut war, wurde sie — nicht durchgeführt. Wer kann da noch behaupten, daß die Männer, die diese Propaganda getrieben und so mit den Schicksalen des russischen Volkes, das doch, trotz allem, immer noch da ist, gewaltet haben, an ihre Lehre geglaubt haben? Wer kann es selbst im Innersten seines Herzens noch glauben, daß hinter diesen Theorieen ehrliche Überzeugung steckte? Zur selben Zeit aber, wo man in Rußland Staatskapitalismus als allerfeinste Tagesmode des "Marxismus" anzog, verhöhten man in Deutschland die sozialistische Forderung einer organischen Gestaltung der Wirtschaft als Staatskapitalismus, als Liebedienerei gegen die Kapitalisten. Die selbe Rote Fahne aber, die 5 Jahre lang die Planwirtschaft als organisierten gemeinen Volksverrat der Sozialpatrioten denunziert hat, schwärmt jetzt von Rußland als dem Paradies der Planwirtschaft mit jenem beglückten Augenaufschlag, der den Vertretern der Lehre, daß der Weg der neuen Menschheit von der Ausbeutung zur Humanität durch die Bestialität gehe, so gut ansteht.

Es schlägt schließlich immer gegen den Tyrannen selbst aus, wenn er gegen die Menschen ihre guten Instinkte ausspielt. Aber allerdings unter einer Voraussetzung: daß nämlich die Menschen, denen so mitgespielt wird, nicht nur gute, aber ungeklärte Instinkte haben, sondern daß sie es verstehen diese Instinkte zu klären, bewußten und ihr eigenes Leben bestimmenden Ideen und Erkenntnissen zu stärken. Aber gerade hieran fehlt es heute nahezu völlig. Nichts ist dafür bezeichnender, als daß man sich schon völlig damit abgefunden hat, daß es der Normalzustand der ehrlichen Idealisten ist, daß sie sich täuschen. Wahr ist es: Diejenigen haben am schwersten geirrt, die es am besten meinten. Man denke nur an die Pazifisten, die während des Krieges ihre Hoffnung erst auf das demokratische England, dann auf Wilson setzten. Heute haben wir eine Neuauflage des alten Irrtums, und fast in genau gleicher Art. Auch hier wieder im Innern wie nach außen. Die Legende von der deutschen Freiheit wird von so vielen, und nicht den schlechtesten, Deutschen geglaubt, daß die Überzeugung, Fichtes Reden an die deutsche Nation seien nicht ein furchtbarer Spiegel für die Deutschen von 1810, sondern ein Maturitäts- und Sittenzeugnis für die Deutschen von 1914 und 1924, unausrottbar in den Köpfen vieler Anständiger sitzt. Heute genügt im allgemeinen schon der "gute Wille", um jemandem eine Schandtats eines Parteifreundes entschuldigbar oder gar gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Und

noch nie ist guter Glaube so leichtsinnig, so bereitwillig zum Zweck des Aufgebens eines eigenen Urteils erworben worden wie in diesen Jahren. Der Krieg hat Fürchterliches hierin gezeugt. Und wie soll es anders werden, solange die Menschen es sich nicht wieder angewöhnen, daß zum guten Glauben gewissenhafte, mit großer Geistesmühe erworbene Urteilsfähigkeit über Dinge gehört, über die man im Vertrauen auf eine im allgemeinen längst verschlammte und versunkene Allgemeinbildung sich ein Urteil zuspricht. Es ist schon begreiflich, wenn der einfache Mann die Ahnungslosigkeit des "gutgläubigen" Ideologen fast noch mehr fürchtet als die Hemmungslosigkeit des routinegerüsteten Demagogen.

Wenn diese Beispiele sämtlich aus dem Leben (wofern man den Zustand der letzten 10 Jahre Leben nennen will) des deutschen Volkes genommen wurden, wenn auf die Benutzung ausländischen Materials verzichtet wurde, so soll darin natürlich weder die Behauptung besonderer Verworfenheit bei uns noch die Meinung liegen, daß es auf das deutsche Volk allein für das Jahrzehnt menschlicher Wiedergeburt, das nun folgen muß, ankäme, sondern es geschieht einfach deshalb, weil wir alle diese Tatsachen aus Deutschlands Leidenskreis am besten kennen, und weil die Erinnerung an sie bei der Betrachtung unserer Lage noch am ersten die Macht haben kann auf deutsche Gemüter Eindruck zu machen, die dann den Willen und dadurch die Kraft haben werden von unten auf neu aufzubauen.

AUF die Lage, die so für uns entstanden ist, passen nun gewiß nicht die politischen Rezepte von früher. Sie waren schon vor dem Krieg so veraltet, daß keine Partei, mochte sie noch so stark sein, noch so bedenkenlos brutal vorgehen, imstande war mit deren Hilfe ihre Ziele zu erreichen. Die Eroberungssüchtigen, die an die Wiedergeburt Deutschlands aus dem Blutbad des Krieges glaubten, waren sie imstande richtig auch nur ihr eigenes Geschäft, das Kriegführen, vorzubereiten und die Aussichten ihres Unterfangens abzuschätzen? Hat die Zerschlagung Rußlands das deutsche Volk von der "slawischen Gefahr" befreit oder nicht vielmehr seiner stärksten Stütze für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg vorderhand beraubt? Ist das französische Erz der deutschen Kohle erobert worden? Alle diese Ziele machtpolitisch eingestellter Ideologen der bürgerlichen Welt sind verfehlt worden. Aber nicht nur auf seiten der Machtpolitiker steht es so, auch ihre Gegner erlebten bitterste, lebensgefährlichste Enttäuschungen. Der Pazifismus erwies sich als eine Schimäre von Schreib-tischschwärmerei; weder seine bürgerliche noch seine proletarische Spielart war imstande das grauenvollste Töten der Weltgeschichte zu verhindern, ja auch nur innerhalb jener Grenzen völkerrechtlicher Bindungen zu halten, die bis dahin seit einem Jahrhundert überall beobachtet worden waren. Und wie ging es dem Parteisozialismus? In Rußland, in Österreich, in Ungarn, in Deutschland fiel ihm die politische Macht zu, die zu erkämpfen er immer als nächste Aufgabe betrachtet hatte. Als er aber nun glücklich in ihrem Besitz war, da wußte er nicht, was er mit ihr anfangen sollte. Von Rußland abgesehen, war er nicht einmal imstande sich den Besitz dieser Staatsgewalt zu erhalten, geschweige denn nach seinen Idealen die Wirklichkeit der Gesellschaftsordnung auch nur anfangsweise umzugestalten. Und in Rußland erkaufte eine sich sozialistisch nennende Gruppe den Besitz der Macht mit dem schlimmsten Verrat, der an der sittlichen Idee und wissenschaftlichen Theorie des Sozialismus jemals begangen worden ist.

Die alten Rezepte der Politik haben versagt. Es muß ein Neues werden. Wie kann dies Neue aussehen?

Der Klassenkampf im alten Sinn ist auch heute keineswegs einfach etwas Überholtes. Er hat noch immer seinen vollen Sinn als Gegenwehr der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter, als Bemühung um eine Gesellschaftsordnung, in der das Eigentum nach dem Prinzip der Gleichheit verteilt ist und dadurch der Aufstieg zu den wirklichen Werten der Kultur jedem, der sich ehrlich um ihn bemüht, mag er "begabt" oder "unbegabt" sein, gleich weit offensteht. Und sicherlich wird er auch nicht nur mit Tarifvertragsverhandlungen und parlamentarischen Abstimmungen allein immer geführt werden können; sicherlich wird es auch augenblicksbedingte Lagen geben, in denen durch Anwendung durchgreifenderer Mittel mehr und dauernder Haltbares im Streit gegen die Ausbeutung erreicht werden kann. Keine Methode, von der sanftesten bis zur schärfsten, soll im Klassenkampf versagt sein. In ihm gilt auch künftig für die Wahl der Mittel zur Besiegung des Gegners das Kottwitzwort »Die Regel, die ihn schlägt, das ist die höchste«. Aber auch der Klassenkampf darf nicht nach der Methode von Tannenberg, das heißt nach der Methode geführt werden, daß man nur den Gegner sieht und sich nur um den kümmert, der einem unmittelbar gegenübersteht. Auch der Gegner in der Flanke und im Rücken muß berücksichtigt werden, und durch Ignorierung vernichtet man gewiß den Gegner nicht, kann sich aber einen Genickbruch zuziehen. Auch der Gedanke des Klassenkampfes darf die Arbeiter nicht monomanisch beherrschen; denn nur gegen *eine* Gefahr für ihr Lebensglück und ihren geistigen Aufstieg richtet er sich. Die Aufgabe zwischen den Menschen rechtliche, gesellschaftliche Verhältnisse herzustellen schließt im allgemeinen 2 von denen, die nichts als den Klassenkampf im alten Sinn zu sehen vermögen, immer vernachlässigte Pflichten ein: nämlich diejenige das Leben der Menschenmassen zu erhalten, deren Verhältnis zu einander man rechtlich regeln will, und ferner die: über der Tatsache der Ausbeutung der einen durch die anderen innerhalb des selben Staatsvolks nicht die weitere Tatsache zu übersehen, daß auch zwischen den Staatsvölkern ein Kollektivverhältnis der Ausbeutung bestehen kann, und daß es ein nicht minder wichtiges Erfordernis der Herstellung rechtlicher Zustände ist auch dieses Ausbeutungsverhältnis aufzuheben und durch Gleichberechtigung als wirksames Ordnungsprinzip zu ersetzen.

Das wird aber nur zu leicht vergessen. Es sind 2 große Tatsachen, die hierher gehören, und deren Einfluß auf die Gestaltung der Geschehnisse gerade von der Arbeiterklasse Europas bisher, wie die Erlebnisse dieser 10 Jahre gezeigt haben, noch fast völlig verkannt, jedenfalls in der Praxis der proletarischen Politik, wie sie tatsächlich ist, nicht beachtet wird. Diese beiden Tatsachen sind hier in den Sozialistischen Monatsheften so oft erwähnt, dargestellt, untersucht worden, daß ich mich damit begnügen kann einfach ihre Überschriften zu wiederholen und für Einzelheiten auf alle die Jahrgänge der Zeitschrift hinzuweisen. Die eine Tatsache ist die, die sich als die Herausbildung eines amerikanischen, russischen, ostasiatischen Wirtschaftsimperiums neben einem vielleicht bestehen bleibenden britischen Wirtschaftsimperium und einem in verfeindete Splittergebilde zerteilten Europa bezeichnen läßt; die andere, daß in jenen 3 in Bildung begriffenen Imperien die natürlichen und gesellschaftlichen Produktivkräfte größer sind als der Bedarf, während für Europa, wie es heute ist, in geradezu hoffnungslosem Ausmaß das Gegen-

teil gilt. Daraus folgt, daß die Arbeitermassen Europas im Begriff sind teils die Grundlagen ihrer Existenz zu verlieren, teils, soweit sie übrigbleiben, Objekte der Ausbeutung der anderen, vornehmlich des angelsächsischen Wirtschaftsimperiums zu werden. Und es ergibt sich dadurch die doppelte Aufgabe proletarischer Selbsterhaltungspolitik in Europa: das Zurückbleiben der europäischen Produktivkräfte hinter dem Bedarf wieder auszugleichen und, soweit das nicht möglich ist, zwischen den Wirtschaftsimperien ein Verhältnis der Verbündung zu schaffen. Auch hier stellt der natürliche geographische Zusammenhang das werdende Kontinentaleuropa an die Seite Rußlands und Ostasiens, während das Britische Reich und Amerika die angelsächsische Einheitsfront bilden. Aber diese beiden Komplexe höherer Gattung stehen dann nicht wieder gegen einander; bei dem Kräfteausgleich unter ihnen wäre jeder versuchte Einbruch des einen in das andere aussichtslos, jede Gegnerschaft verlöre daher ihren Sinn, und es kann nur noch ein Neben- und zuletzt ein Miteinander geben.

Dieses mit wenigen Worten bezeichnete Programm besteht nun in Wirklichkeit in einer ungeheuren Masse von allerschwierigsten Einzelaufgaben, deren Lösung davon abhängt, ob es gelingt mit dem Geist der letzten 20 Jahre in Europa zu brechen. Und, was die Sache ganz besonders erschwert, was aber eben deshalb keinesfalls verschwiegen werden darf, ist dies: daß gerade die Arbeiterklasse die Trägerin einer solchen Politik sein muß, obwohl ihr zum Durchführen der Aufgabe, wenn sie einmal erkannt hat, daß es geschehen muß, Opfer gerade an jenem Teil der Politik zugemutet werden, der ihren durch ihre Klassenlage bedingten Instinkten am allerbesten entspricht.

Nur ein Beispiel, um über diese Frage keine Unklarheit aufkommen zu lassen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Zusammenschluß der Völker des europäischen Festlands die Schaffung einer kontinentaleuropäischen Zollunion in sich schließt. Kommt sie aber zustande, so wird sie, darüber muß man sich klar sein, protektionistisch sein. Und wiederum ist klar, daß das Kernproblem der Herstellung dieser europäischen Zollunion die Verschmelzung gewisser Wirtschaftsinteressen in Deutschland und Frankreich ist. Nun ist' aber eine wirtschaftliche Verschmelzung der deutschen und der französischen Industrien des Stein-, Braunkohle-, Kali-, Erzbergbaus und der Verwertung dieser Produkte sowie der Textilindustrie in ihrem weitesten Umfang, heute nur auf der Basis kapitalistischer Großorganisationen möglich, die vielleicht einen gewissen planwirtschaftlichen und staatskapitalistischen Einschlag haben mögen, aber zunächst und vermutlich noch auf viele Jahre hinaus Fleisch vom Fleisch und Bein vom Bein des Großkapitalismus sein werden. Und den Gipfel der Schwierigkeit stellt es dar, daß die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs, wenn es überhaupt dazu kommen soll, den Kapitalisten ihrer Länder oder doch allermindestens einer großen Gruppe unter ihnen diese Herausbildung kapitalistischer Riesengebilde, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, werden schaffen helfen, vielleicht sogar aufzwingen müssen, mit Einsatz aller tauglichen Mittel der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik, wobei sie selber nicht geringe Opfer auf ihre eigenen Schultern zu nehmen haben. Der Klassensozialismus wird hier manchmal hinter dem Weltsozialismus zurückstehen müssen, der zwar nicht das Ausbeutungsverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter, wohl aber das zwischen Kapitalistenvolk und Arbeitsvolk beseitigt und keinen »Despoten des Weltmarkts«, um mit Marx zu reden, mehr aufkommen läßt.



UR ein Beispiel ist dies. Und es zeigt nur die Größe des Arbeitsfelds und die Schwierigkeit des Werkes, das vollbracht werden muß: Aber wenn über den Jammer der Erkenntnis dessen, was uns in den letzten 10 Jahren angetan wurde, was wir selbst uns angetan haben, irgendetwas hinweghelfen kann, so ist es das Bewußtsein, daß die Aufgaben, mögen sie auch noch so groß sein, doch wenigstens klar erkannt werden können. Wir müssen überzeugt sein, daß es der Arbeiterklasse Europas letztthin gelingen wird diese Aufgaben entschlossen anzupacken und zu lösen.

Das Bewußtsein der Pflicht zu schöpferischer Gestaltung stirbt nicht aus unter den Menschen. Man mag es sich erklären, wie man will: durch göttliches Walten in dem Gang der Welt oder durch Überleben des Passendern oder durch irgendeine andere illegale Beute aus dem Gebiet des ewig Transzendenten: der Tatbestand ist da und überdauert auch die hilfälligsten Erklärungsversuche. Deshalb bedeutet die Erkenntnis der wirklichen Größe der Schrecknis und des Verfalls dieser 10 Jahre und der schier überwältigenden Schwierigkeit der Aufgabe der Selbstrettung Europas nicht das Bekenntnis zur Hoffnungslosigkeit alles menschlichen Bemühens sondern umgekehrt das Bekenntnis dazu, daß die ewigen Gesetze endlich einmal wieder sichtbar werden, und die Menschen endlich einmal wieder aufhören werden wie eine Horde losgelassener Schakale oder Giftschlangen mit einander zu verfahren. Und wenn der Gedenktag des 10jährigen Unheils auch nur in den Armen und Stillen einen Geist von 1924 erzeugt, der in diesem Sinn des Namens Geist würdiger ist als der Ungeist von 1914 bis 1923, dann ist der Kern da, um den herum klar der Kristall sich bilden kann, und dann können wir nach langer Winternacht freudig und mutig des Frühlings warten.

LUDWIG QUESSEL · FRANKREICHS EUROPÄISCHE AUFGABE



IN dem halben Jahrzehnt, das uns jetzt von Versailles trennt, hat Frankreich, während Deutschland sich in nutzlosen Bemühungen erschöpfte die Reparationslast loszuwerden, entschlossen, zielklar und selbstbewußt ein Bündnissystem in Europa errichtet, das trotz den chaotischen Zuständen, in denen der Weltkrieg unsern Erdteil zurückließ, sich als ausreichend erwiesen hat die in Versailles geschaffene Neuordnung des Kontinents nicht nur zu erhalten sondern auch zu festigen. Das Bündnis Frankreichs mit Belgien, das nicht nur politischer sondern auch militärischer Natur ist, stärkte die Position Frankreichs in Westeuropa so sehr, daß kein vernünftiger Mensch auch nur daran denken konnte die Grenzziehungen des Versailler Vertrags im Westen Europas in Frage zu stellen. Im Südosten Europas schloß sich unter französischer Führung Tschechien mit Jugoslawien und Rumänien zur Kleinen Entente zusammen. Auch diese Vereinigung hat sich, ebenso wie das französisch-belgische Bündnis, als ein Gebilde erwiesen, das durchaus fähig ist den südöstlichen Wetterwinkel Europas vor Erschütterungen zu bewahren. Selbst Polen, wohl das gefährdetste Staatsgebilde des neuen Europas, konnte sich dank dem Bündnis mit Frankreich gegenüber dem bolschewistischen Rußland erhalten. Aber noch mehr. Auch die Aussöhnung Italiens mit Jugoslawien an der Adria, die ein fast unlösbares Problem schien, ist mit französischer

Unterstützung gelungen. Und im gegenwärtigen Moment erleben wir das Aneinanderrücken Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens, aus dem ein Báltischer Bund hervorgehen kann, sowie Bestrebungen der Südslawen zu einer großen Südslawischen Föderation zu gelangen, was beides eine starke Friedenssicherung im Sinn des Versailler Vertrags bedeuten würde. Daß England dieser Befriedung des europäischen Kontinents unter französischer Führung, die für sein Zweimächtegruppensystem keinen Raum mehr läßt, nur mit Unbehagen zusieht, ist begreiflich. An englischen Wühlereien gegen die Konsolidierung Europas hat es unter den Kabinetten Lloyd George, Bonar Law und Baldwin auch nicht gefehlt; aber sie blieben ergebnislos. Selbst Griechenland, das schon ganz in die Gewalt Englands geraten zu sein schien und dem Schicksal Portugals zu verfallen drohte, vertrieb seine Dynastie, um sich als Republik Frankreich anschließen zu können.

Wie ist dieser Abfall der Kontinentalstaaten von England, das seit den Napoleonischen Kriegen Europa ununterbrochen nach dem Zweimächteprinzip heimlich, geräuschlos, fast unbemerkt zu beherrschen vermochte, zu erklären? Die Antwort hierauf muß lauten, jaß England, um das große imperialistische Werk Kap-Kairo, Kairo-Kalkutta zu vollenden, einer Neuordnung Europas zustimmen mußte, die das Zweimächtegruppenprinzip preisgab und Frankreich zum führenden Staat Europas machte. Es ist ein großer Irrtum, wenn man annimmt, daß Frankreichs Führung in Europa sich lediglich auf militärische Gewalt gründet. Wahr ist vielmehr, daß die kontinentalen Interessen Frankreichs sich so sehr mit den Interessen der neugebildeten oder durch den Versailler Vertrag vergrößerten Staaten decken, daß selbst britische Staatskunst sich als unfähig erweist sie von Frankreich zu trennen. Alles das hat in England jetzt auch der einfachste Verstand begriffen. Noch ein wesentlicher Umstand kommt hinzu Englands europäische Stellung zu schwächen. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit steht Frankreich einer britischen Blockade nicht mehr wehrlos gegenüber. Seine europäische Politik ist von dem lähmenden Druck britischer Seegewalt befreit. Frankreich kann, dank der Entwicklung der Luftschiffahrt, wieder frei atmen. Gewiß, England kann auch heute noch Frankreich von seinen Kolonien und von allen überseeischen Zufuhren absperren. Daran hat sich noch nichts geändert. Der Unterschied gegen früher besteht aber darin, daß das französische Volk heute einem solchen Angriff nicht mehr wehrlos ausgeliefert ist. Frankreich kann heute Gleiches mit Gleichem vergelten. Wenn es auch längst nicht richtig ist, daß der von Frankreich betriebene Ausbau der Luftflotte etwa eine so große Gefahr für England bedeutet wie der von Tirpitz betriebene Ausbau der deutschen Großkampfflotte nach seiner Vollendung dargestellt hätte, so ist es doch eine nicht rückgängig zu machende Tatsache, daß diese Luftflotte, schon in ihrem gegenwärtigen Bestand, eine lang ausgedehnte britische Blockade der französischen Küsten kaum möglich machen wird.

Die Bombenflugzeuge Frankreichs, die auf Englands Küste gerichteten französischen Ferngeschütze werden, selbst wenn man von der Wirkung der Unterseeboote absieht, die Rohstoff- und Lebensmittelzufuhren Englands erheblich stören. Dabei nähme eine solche Abwehr aber nur sehr wenige Menschenkräfte in Anspruch, so daß Frankreich im uneingeschränkten Besitz seiner Landstreitkräfte bliebe. Nun weiß freilich jeder, der den Weltkrieg miterlebt hat, daß England, abgesehen von seiner Flotte, im Verlauf eines halben Jahres auch eine Landungsarmee von mehreren Millionen Mann auf-

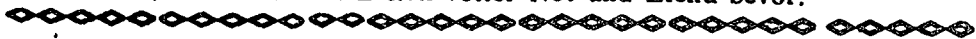
stellen kann. Man ist jedoch seit dem Kampf um die Dardanellen auch darüber unterrichtet, daß die Landung von Truppen an einer feindlichen Küste ein wenig aussichtsreiches Unternehmen ist, insbesondere dann, wenn das angegriffene Land über eine leistungsfähige Luftflotte verfügt. 60 Bombenflugzeuge sollen nach der Berechnung des Nauticus zur Vernichtung eines Linienschiffs ausreichen. Bei dieser Sachlage ist anzunehmen, daß England sich kaum dazu entschließen wird seine Schlachtflotte einzusetzen, um eine Landung englischer Truppen an der französischen Küste zu ermöglichen. Will England zu Land Frankreich angreifen, so kann das nur am Rhein geschehen. Den Weg zum Rhein sich offen zu halten, das bezweckt Englands Deutschlandpolitik. Ohne Deutschlands Hilfe ist Frankreich für England tatsächlich unangreifbar geworden. Aber auch die Kreise in Deutschland, die gewissenlos genug wären den Westen Deutschlands als Schlachtfeld herzugeben, würden sich dazu doch nur entschließen, wenn England sich bereit erklärte den territorialen Teil des Versailler Vertrags umzustößen. Dieser Zusammenhang der Dinge kann aber den Staaten, die durch den Versailler Vertrag entstanden oder vergrößert sind, nicht verborgen bleiben. In dem Augenblick, wo englische Truppen nach dem Rhein zögen, hätte aus diesem Grund England eine europäische Koalition gegen sich, die Frankreich, Belgien, Tschechien, Polen, Jugoslawien, Rumänien und vielleicht auch Italien und die baltischen Staaten umfassen würde. Dazu käme, daß eine deutsche Regierung, die Deutschlands Industriegebiet zum Schlachtfeld machen ließe und damit der Zerstörung überantwortete, unmöglich das ganze deutsche Volk hinter sich haben könnte. Die Dinge liegen also, solange die territoriale Neuordnung Europas nach dem Versailler Vertrag besteht, so, daß England durch aggressives Vorgehen gegen Frankreich wohl eine kontinentale Koalition gegen sich, aber nicht für sich bilden kann. Und dieser Zustand ist keine Episode. Mit der territorialen Neuordnung Europas hat ein neuer Zeitabschnitt für die europäischen Völker begonnen. Das Zeitalter, wo England Europa durch sein balance of power-System ständig im Zustand eines bewaffneten Heerlagers halten konnte, ist vorbei.

Die Tatsache, daß Englands Seestreitkräfte allein Frankreich nichts anhaben können, und ein Einsetzen der britischen Landstreitkräfte am Rhein unvermeidlich zu einer großen kontinentalen Koalition gegen England führen müßte, hat die konservative und die liberale Partei, nachdem der Ruhrkrieg, den Deutschland als Degen Englands führte, mit einem vollen Sieg Frankreichs geendet hatte, dazu bestimmt der pazifistischen Europapolitik freie Bahn zu geben. Die Erfolge dieser Politik sind unbestreitbar. Sie haben zunächst zu einem Umschwung in Frankreich geführt, der England sehr erwünscht kam. Gestützt auf die Finanzmacht der beiden angelsächsischen Reiche konnte MacDonald in vieler Hinsicht auf der Londoner Konferenz eine Haltung annehmen, als wäre Großbritannien der Herr Europas, als bestände noch das Zweimächtegruppensystem, als gäbe es gegen die britische Blockade noch keine Luftflotte. Namentlich in der Ruhrfrage vermochte er anfangs ganz Europa um sich zu scharen. Wer den Dingen tiefer auf den Grund geht, wird sich indessen von diesen Erfolgen nicht blenden lassen. Gewiß ist es richtig, daß der Kontinent eine Räumung der Ruhr wünscht. Dieser Wunsch beseelt aber auch Frankreich. Wenn also die in London vertretenen Kontinentalstaaten darauf hinarbeiteten, so geschah das nicht zum wenigsten aus dem Grund Frankreich, die große Vormacht des neuen

Europas, aus einer unbequemen Position zu befreien, ihm zu helfen ein Unternehmen zu beenden, das keine weiteren Vorteile mehr bringen kann. Es wäre ein Verhängnis für die deutsche Politik, wenn sie in dem Willen der Kontinentalstaaten den Ruhrstreit so schnell wie möglich beizulegen so etwas wie eine Isolierung Frankreichs auf dem Kontinent erblickte. In der Tat hat ja dann MacDonalld, als Herriot in der Bestimmung der Frist für die Ruhräumung unbeugsam blieb, es für zweckmäßig befunden die Machtlage anzuerkennen und an die Seite Frankreichs zu treten.

In Frankreich zweifelt kein Mensch daran, daß Deutschland 1922 die Erfüllung nicht eingestellt hätte, wenn es nicht von England dazu ermuntert worden wäre. Die Garantien für die Erfüllung des Dawesplans, die Frankreich fordert, sind daher als Sicherung gegen England bestimmt. Auch Herriot ist sich wohl allmählich klar geworden, daß er mit dem bösen Willen oder mindestens der passiven Resistenz der beiden angelsächsischen Reiche in der Erfüllungsfrage als mit einer gegebenen Tatsache rechnen muß. England und Amerika wünschen nicht, daß Deutschland mehr Waren ausführt als zur Finanzierung seiner Einkäufe in den angelsächsischen Rohstoff- und Lebensmittelgebieten unbedingt notwendig ist. Am stärksten ist der Wunsch die deutsche Ausfuhr auf dieses Maß zu reduzieren bei der Labour Party, wie die Aussprache im Unterhaus gezeigt hat. Bei den Konservativen und den Liberalen kommen zu den ökonomischen Gründen noch koloniale und machtpolitische. Man wünscht den französischen Einfluß in Europa und Asien finanziell lahmzulegen. Daraus ergibt sich, welche Bedeutung die sogenannte Transferfrage für Frankreich hatte. Es würde einem Staatsbankrott durch Inflation entgegengehen, wenn es England und Amerika gelänge die Übertragung der deutschen Zahlungen zu sabotieren. Wie schwer Frankreich zu ringen hat, um einem neuen Staatsbankrott durch neue Inflation zu entgehen, zeigt die Tatsache, daß nach Francis Delaisi Frankreich heute Schuldner Amerikas und Englands in der Höhe von 35 Milliarden Goldfrancs ist, wofür 1,5 Milliarden Goldfrancs jährlich Zinsen zu zahlen sind. Die an Amerika zu zahlende Schuldsumme beträgt allein 16,8 Milliarden. Die guten internationalen Werte hat der französische Staat aufkaufen müssen, um sie als Sicherheit für die in Amerika aufgenommenen Darlehen zu hinterlegen. Man versteht daher den Ausruf Herriots, daß, wenn ein englisch-amerikanisches Zugeständnis in der Schuldenfrage zustande käme, Frankreich das Ruhrgebiet frisch und fröhlich morgen verlassen würde.

So schwer auch die Verschuldung Frankreich drückt, es wird dadurch nicht abgehalten werden seine europäische Aufgabe zu lösen: einen von angelsächsischer Einmischung befreiten Kontinent zu schaffen. Dieses Ziel scheint nur deshalb fern, weil es hoch ist. Zahlreiche ernste und schwere Hindernisse werden in der Tat noch zu überwinden sein, bis dies Ziel erreicht sein wird. Aber erreicht werden muß es, weil Europa in den Zustand der Vorkriegszeit, der dem einer Mörderhöhle glich, in der die Völker sich wie Banditen, bis zu den Zähnen bewaffnet, einander gegenüberlagen, nicht mehr zurückfallen will. Wenn Deutschland sich dieser Entwicklung zu einem Völkerbund der Kontinentalstaaten einordnet, ist sein ökonomischer und kultureller Aufstieg gesichert; zieht es vor als Degen Englands zu agieren, von dem es in entscheidenden Momenten doch immer wieder in Stich gelassen wird, so stehen ihm Zeiten voller Not und Elend bevor.



MAX COHEN · ZUR FRAGE DES AGRARSCHUTZES



BWOHL der Krieg und seine Folgen dem deutschen Volk die Notwendigkeiten und Zusammenhänge der Produktion ganz nahe gebracht haben, scheint es doch so, als ob wir in den Fragen des Schutzes unserer Landwirtschaft die selbe Gruppierung erleben würden wie im Jahr 1902. Die alten "Konsumenten"-argumente der Freihändler kehren heute in der sozialistischen Presse wieder; man sieht wie ehemals in landwirtschaftlichen Zöllen nur ein Mittel die Preise zu erhöhen; daß sie zugleich, und zwar in der Hauptsache, eine produktionssteigernde Wirkung haben, wird von den politischen Führern der Linken geflissentlich übersehen. Das ist merkwürdig genug. Wie kommt insbesondere die deutsche Arbeiterpartei dazu in der Wirtschaftspolitik den altliberalen Standpunkt des *laissez faire* einzunehmen, der für sie in der Sozialpolitik ärgste Rückständigkeit bedeutet?

In der industriellen Produktion haben die Tarifverträge die organisierten Arbeiterklassen mit dem Prinzip und der Praxis des Protektionismus vertraut gemacht. Hier hat sie Verständnis für den Produktionsstandpunkt, wo sie selber sich als Produzentin fühlt. Aber das ist verschwunden, sobald es sich um die agrarische Produktion handelt. Hier spielt der Gegensatz zwischen Stadt und Land seine unheilvolle Rolle. Auf einmal fühlt sich der Arbeiter nur noch als Verbraucher, der alles von einem nur das Heute sehenden Konsumentenstandpunkt aus betrachtet. Wenn man zur Verteidigung dieser Auffassung darauf hinweist, daß es sowohl praktisch sei den Verbrauch an der billigsten Quelle zu decken wie es auch wirtschaftlich das zweckmäßigste sei, daß die zum Verbrauch der Menschen notwendigen Waren dort hergestellt werden, wo ihre Herstellung am besten und rationellsten erfolge, so übersieht man dabei einiges Wesentliche. Man setzt eine sich über die ganze Erde erstreckende Organisation der Weltwirtschaft voraus, die allerdings eine solche Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Produktionsgebieten ermöglichen würde. Diesem Zustand müssen wir zustreben, und gerade in den Sozialistischen Monatsheften ist die organische Gestaltung der Weltwirtschaft durch die sich bildenden Wirtschaftsimperien als Programm aufgestellt worden, für dessen Durchführung sich der Sozialismus mit aller Kraft einzusetzen hat. Die erste und wichtigste außenpolitische Aufgabe ist daher die wirtschaftliche Vereinigung der Länder des europäischen Kontinents. Diese müssen eine Zollunion bilden, die deshalb allen zugute käme, weil alle Teilnehmer auf einander angewiesen sind. Alles würde hier auf Gegenseitigkeit beruhen, so daß eine Ausbeutung des einen Volkes durch das andere sich von selbst ausschloße. Wie kann aber davon die Rede sein, wenn man einfach heute auf Grund eines ganz formalen Internationalismus proklamiert, man solle die Erzeugnisse da nehmen, wo sie zurzeit am billigsten hergestellt werden? Das wäre substanziell das Gegenteil einer wirklich rationellen Produktionsorganisierung. Es würden dann die schwächeren Länder, deren Rohstoffproduktion durch ein solches Prinzip lahmgelegt ist, von den großen überseeischen Länderkomplexen abhängig werden, ohne das irgendeine Gegenseitigkeit bestünde. Verhängnisvoll wäre das aber vor allem für die Nahrungsmittelversorgung. Was eine solche einseitige Abhängigkeit im Kriegsfall bedeutet, braucht nach den Erfahrungen des Weltkriegs nicht mehr besonders hervorgehoben zu werden. (Der Einwand, daß die deutsche Land-

wirtschaft im Krieg doch zum Teil lahmgelegt wird, weil sie die ausländischen Wanderarbeiter entbehren muß, kann nicht schwer wiegen, da im Krieg sich auch Reservoir für Ersatzkräfte öffnen; zudem spräche dieser Einwand nur für eine in Angriff zu nehmende neue Innenwirtschafts- und Siedlungspolitik, die der Landwirtschaft neue und zuverlässige Kräfte zuführte. Indessen soll gar nicht damit gerechnet werden, daß Deutschland wieder in einen Krieg aktiv verwickelt würde. Eine neue Außenpolitik wird hoffentlich das deutsche Volk vor diesem Schicksal bewahren. Wohl aber muß man darauf hinweisen, daß auch kriegerische Auseinandersetzungen, an denen Deutschland *nicht* beteiligt ist, die schlimmsten Folgen für Deutschland auf diesem Gebiet haben könnten, wie denn auch reine Wirtschaftskriege und wirtschaftliche Krisen dem Land besonders gefährlich sind, das auf die Zufuhr unentbehrlicher Lebensmittel aus anderen Ländern angewiesen ist, die seinem Einfluß gänzlich entrückt sind. Diese Länder können uns die Zufuhren sperren, oder sie können uns die Preise diktieren, und da wir keine Wahl haben, weil wir die Erzeugnisse unter allen Umständen brauchen, so können jene billigen Produkte für uns über Nacht die allerteuersten werden. Und dabei braucht noch gar nicht einmal bei den anderen Ländern ein böser Wille oder eine besondere Absicht mitzusprechen. Vielmehr kann eine Änderung in den Produktionsbedingungen, die natürliche Industrialisierung bisheriger Agrarländer, die Preise der Agrarprodukte auch dort in die Höhe treiben und sie veranlassen, um die eigene Bevölkerung zu schonen, zunächst die Mehrkosten aus dem Ausland herauszuholen, das in diesem Fall, anders als bei Industrieprodukten, wo es sich ja eine Zeitlang des Kaufs enthalten könnte, keine Möglichkeit eines Käuferstreiks hat.

Die These, daß man nur dort etwas produzieren soll, wo die natürlichen Produktionsbedingungen die Produktion am billigsten machen, wird also durch den Gesamtzustand der Weltwirtschaft und Weltpolitik unter den bestehenden Verhältnissen ad absurdum geführt. Und dazu muß man sich vor allem fragen: Ist denn die billigste Produktion auch die rationellste? Und verspricht sie Dauer? Namentlich bei der landwirtschaftlichen Produktion müssen beide Fragen verneint werden. Die "Überlegenheit" der anderen beruhte und beruht einmal auf dem jedes menschliche Gefühl verletzenden Hungerdasein des Produzenten (Rußland) oder auf einer extensiven Wirtschaft aus ganz oder teilweise unerschlossener Erde (Amerika). Beides aber sind Zustände provisorischen Charakters. Daß es sich in Amerika nicht um eine bessere sondern um eine schlechtere Produktionsmethode im Vergleich zu Deutschland handelt, zeigt eine Gegenüberstellung des Durchschnittsertrags eines Hektars Erde in Deutschland und in den Vereinigten Staaten für die wichtigsten Getreidearten:

Getreideart	Jahr	Ertrag pro Hektar (in Doppelzentner)	
		Deutschland	Vereinigte Staaten
Weizen	1913	24,1	10,2
	1922	14,2	9,4
Roggen	1913	19,3	10,2
	1922	12,6	9,7
Gerste	1913	22,0	12,7
	1922	14,0	13,5
Hafer	1913	22,0	10,5
	1922	12,5	10,7

Eine gute Vergleichungsmöglichkeit geben natürlich nur die Zahlen aus dem Jahr 1913, da 1922 die alte Intensität der Vorkriegszeit bei uns noch nicht wieder erreicht war. Der wenig Arbeit erfordernde Boden in den Vereinigten Staaten ermöglicht den Vorsprung vor dem mit vieler Arbeit intensiv gestalteten deutschen Ackerbau. Aber dieser Zustand währt nicht ewig. Die weitere Entwicklung (und unter Umständen kann sie schneller vor sich gehen als man meist annimmt) bringt auch dort den Übergang von der Extensität zur Intensität. Wenn man nun die deutsche Landwirtschaft ohne den nötigen Schutz ließe, so müßten wir einen immer steigenden Tribut an das Getreide liefernde Land zahlen. Wir sehen also, daß man, sobald man die Dinge auf längere Zeit hinaus betrachtet, auch als Konsument nicht besser sondern schlechter fährt, wenn man sich grundsätzlich gegen Agrarschutz ausspricht. So hart es auch für den einzelnen oft sein mag für die Beschaffung jedes Brotes mehr ausgeben zu müssen, und so sehr es Pflicht der Arbeiterpartei ist die Lebenshaltung der schwer ringenden Arbeiter zu verbilligen, so darf man doch nicht vergessen, daß die Mehrausgabe in der Gegenwart uns die viel höheren Mehrausgaben in der Zukunft spart.

Das alles ist oft genug dargelegt worden, und die Darlegungen haben von ihrer Beweiskraft noch nichts eingebüßt. Heute weist noch ein weiterer mit der besondern Lage Deutschlands zusammenhängender Umstand in die selbe Richtung. Wir wissen, daß wir auf lange Zeit hinaus Jahr um Jahr beträchtliche Summen für Reparationen werden zahlen müssen, und daß diese Summen, außer von den Ersparnissen einer rationalisierten Innenwirtschaft und Staatsverwaltung, nur durch einen ansehnlichen Exportüberschuß aufgebracht werden können. Um Exportüberschüsse zu erzielen, müssen wir uns bemühen möglichst viele deutsche Waren auszuführen. Wenn man über eine Ausfuhrsteigerung auch durchaus nicht so pessimistisch zu urteilen braucht wie es gerade diejenigen getan haben, die gegen den landwirtschaftlichen Protektionismus Sturm laufen, so müssen wir immerhin aussprechen, daß es der allergrößten Anstrengungen bedürfen wird, wollen wir alle die Waren an den Mann bringen, die wir zur Begleichung unserer Reparationsschulden an das Ausland verkaufen müssen. Menge und Wert der auszuführenden Waren müßten aber noch viel größer sein, wenn wir zu den anderen Dingen, die wir in Deutschland nicht erzeugen (besonders alle möglichen Rohstoffe), auch noch Lebensmittel einführen sollten, die wir sehr wohl im eigenen Land produzieren können. Wenn wir es darauf ankommen lassen, daß unser Getreidebau verkommt, weil wir den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen und uns von parteipolitischen und agitatorischen Gesichtspunkten nicht frei zu machen vermögen, so wird uns das viel teurer zu stehen kommen, als wenn wir jetzt für das Brot einige Pfennige mehr bezahlen. Die ganze sozialistische Politik ist so sehr auf die Zukunft gerichtet und von der Sorge diktiert eine bessere Zukunft gestalten zu helfen, daß sie es auch vertreten muß, wenn man durch Opfer in der Gegenwart sich den wichtigsten Produktionszweig: die Landwirtschaft, in voller Leistungsfähigkeit erhalten will. Unterlassungssünden, die auf diesem Gebiet begangen werden, sind nicht so leicht wieder gut zu machen wie in der Industrie. Getreideland, aus dem, weil der Getreidebau nicht mehr rentierte, Weide oder gar Industriegebiet geworden ist, läßt sich nicht so leicht oder gar nicht mehr in Ackerland zurückverwandeln; spätere Generationen würden zu büßen haben, was von uns heute versäumt ist.

Ein paar Worte müssen noch gegen die oft ausgesprochene Meinung gesagt werden, daß landwirtschaftliche Zölle eine Faulheitsprämie für die Produzenten seien und die Rückständigkeit der Produktion bewirkten. Ist nicht die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft während der Geltungsdauer der beim Kriegsausbruch suspendierten Zölle die bündigste Widerlegung solcher Befürchtung? Richtig ist, daß die Landwirtschaft in der Inflationszeit ihre Produktionsgrundlagen durch Verbesserung und Vermehrung ihrer Betriebsmittel (besonders Maschinen, Geräte, Gebäude) außerordentlich gestärkt hat. Es soll auch nicht übersehen werden, daß sie nunmehr, vollkommen frei von Hypothekenschulden, mit größerer Aussicht auf Erfolg an die Arbeit gehen kann, als wenn sie noch mit dieser Schuld belastet wäre. Dazu freilich muß man wieder darauf aufmerksam machen, daß dieser Befreiung andere Belastungen gegenüberstehen, durch die die Hypothekenentschuldung wieder aufgehoben wird. In einer Untersuchung der gegenwärtigen Lage der deutschen Landwirtschaft hat Fritz Baade in den Sozialistischen Monatsheften vor einem halben Jahr den mit 650 Millionen Goldmark jährlich einzusetzenden jetzt wegfallenden Hypothekenzinsen folgende Summen gegenübergestellt: Fortfall der Schutzzölle 450 Millionen, Preissteigerung der Phosphorsäure 162,5 Millionen, Erhöhung der Grundsteuer 30 Millionen. Das macht zusammen 642½ Millionen gegen 650. Und dabei ist die Belastung durch die Rentenbankhypothek, andere Steuern und die Verteuerung der meisten Betriebsmittel nicht mit in Betracht gezogen. Daß die so einfach scheinende Rechnung der Befreiung von der Hypothekenschuld, durch die man die glänzende Lage der Landwirtschaft beweisen möchte, nicht stimmt, das zeigen auch die Darlegungen, die der Landrat des westpreußischen Kreises Rosenberg F. Friedensburg in der Vossischen Zeitung vom 31. Juli 1924 gemacht hat. Friedensburg berechnet, unter Zugrundelegung einer Mittel-ernte, den gesamten Reinertrag aus der neuen Ernte in seinem Kreis auf 2,1 Millionen Mark, dem an Abgaben insgesamt 3,35 Millionen Mark gegenüberstehen. Bei dieser Berechnung ist eine dauernde Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte vorausgesetzt und der Preis für 1 Zentner Roggen, der im Juli durchschnittlich 6,82 Mark betrug, mit 7 Mark angenommen worden. Die von Friedensburg aufgestellte Rechnung dürfte im ganzen (wenn sie auch nur eine Wahrscheinlichkeitsrechnung ist (die 3,35 Millionen Abgaben können natürlich ganz genau festgestellt werden), da Ernteschätzungen und voraussichtliche Preise nie eine ganz zuverlässige Unterlage abgeben) ein wahres Bild der Lage unserer Landwirtschaft geben. Sie zeigt, daß aus den Erträgen der Produktion die Gesamtbelastung der Landwirtschaft nicht bestritten werden kann, wenn nicht der Erzeuger bessere Preise für seine Erzeugnisse erhält.

Es ist zu beachten, daß in Deutschland die Vertreter der Gewerkschaften dem Agrarzoll keineswegs so intransigent gegenüberstehen wie die offiziellen Vertreter der politischen Partei. Das ist in den Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats über diese Angelegenheit klar zutage getreten. Eine im März dieses Jahres vom Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung eingesetzte 5köpfige Kommission hat nach Anhörung zahlreicher Sachverständiger die nachstehend wiedergegebene Resolution angenommen, die dann im Mai vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats bestätigt wurde:

»1. Es liegt im Interesse gleicherweise der Landwirtschaft wie des Verbrauchers, daß gesunde Grundsätze des Agrarschutzes baldigst festgestellt und durchgeführt

werden, soweit die fortbestehende Unsicherheit der Wirtschaftslage es irgendwie gestattet. Noch bedeutungsvoller ist dies vom Standpunkt der internationalen Handelspolitik. Wenn, wie zu erhoffen, neben der Meistbegünstigung auch das System der Tarifverträge wieder zur Geltung kommt, so bleiben gerade für Deutschland ausreichende landwirtschaftliche Zölle nicht nur wichtigste Schutzwehr sondern zugleich ein unentbehrliches Mittel zur Beeinflussung der ausländischen Zölle und damit zur Wiederbelebung der industriellen Ausfuhr. Die Arbeit des seit längerem tagenden Zolltariffausschusses gewinnt erst dann Rückhalt, wenn man zum festen Entschluß über die Gestalt der landwirtschaftlichen Zollsätze zunächst im autonomen Tarif gelangt sein wird. Mit Vorbehalt der technischen Prüfung dieses Ausschusses im einzelnen scheint es am nächsten zu liegen von dem Ausgleich der Gegensätze auszugehen, welcher im geltenden Zolltarif nach langjährigem Widerstreit erreicht worden ist.

2. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte müssen in Einklang gebracht werden mit den Preisen der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel. Der Reichswirtschaftsrat fordert Maßnahmen, die eine angemessene Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion gewährleisten und eine Steigerung dieser Produktion ermöglichen. Der Landwirtschaft ist für ihre Produkte wieder der selbe Schutz zu gewähren, der bereits seit langem den Erzeugnissen der anderen Berufsstände wieder gewährt wird. In dem kleinen Arbeitsausschuß haben, unter der Wucht der von den Sachverständigen vorgetragenen Tatsachen, auch Arbeitervertreter für diese Resolution gestimmt. Im großen Wirtschaftspolitischen Ausschuß, wo die Sache später verhandelt wurde, freilich nicht mehr; hier wurde die Resolution gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter angenommen. Eine erneute Verhandlung über landwirtschaftliche Schutzzölle fand Ende Juli im Reichswirtschaftsrat statt, im Wirtschaftspolitischen und im Finanzpolitischen Ausschuß, die sich zu diesem Zweck vereinigten, nachdem die Regierung, auf Grund des eben erwähnten Votums, die beiden Ausschüsse um ihre Zustimmung zur Wiedereinführung der Vorkriegszölle für landwirtschaftliche Produkte ersucht hatte. In diesen Verhandlungen haben zwar die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmervertreter gegen den wichtigsten Absatz der zustimmenden Erklärung der beiden Ausschüsse gestimmt, aber ausdrücklich erklärt, daß sie keine grundsätzlichen Gegner des landwirtschaftlichen Schutzzolls seien. Sie haben vielmehr im Lauf der Beratungen den Tatsachen insoweit Rechnung getragen, als sie eine von ihnen eingebrachte vollkommen ablehnende Resolution zurückzogen und durch eine anders formulierte ersetzten, die durch die Zeitbegrenzung, die sie enthält, deutlich die mehr auf das Sachlich-Objektive gerichtete Haltung der wirtschaftlichen Arbeiterklassenorganisation zeigt. Die von den Vertretern der freien Gewerkschaften eingebrachte Resolution hatte ursprünglich folgenden Wortlaut:

»Es wird beschlossen von der Einführung von Agrarzöllen Abstand zu nehmen, weil dadurch die industrielle Produktion verteuert wird und dann erst recht zu befürchten ist, daß das bestehende Mißverhältnis zwischen den Preisen landwirtschaftlicher Produkte und den Preisen für die Produktionsmittel der landwirtschaftlichen Betriebe nicht beseitigt wird.«

An ihrer Stelle schlugen die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerverbände später vor nur zu sagen:

»Von der Einführung von Agrarzöllen ist zurzeit Abstand zu nehmen.«

Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt, und mit beträchtlicher Mehrheit das Nachstehende beschlossen:

»Der Wirtschaftspolitische und der Finanzpolitische Ausschuß billigen grundsätzlich in Bestätigung des frühern Beschlusses des Wirtschaftspolitischen Ausschusses die Absicht der Regierung einen einheitlichen Schutz der gesamten nationalen Arbeit wiederherzustellen. Die Ausschüsse halten es auch für notwendig, daß der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Agrarzölle gemäß Artikel 3 des Entwurfs unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Reiches gewählt wird.«

Nachdem nun auch der Reichsrat den Agrarzöllen zugestimmt hat, werden vermutlich bald die Verordnungen vom 4. August 1914 über vorübergehende Einfuhrerleichterungen aufgehoben werden und damit die in der Vorkriegszeit geltenden Zollsätze wieder in Kraft treten. Die Hauptschlacht um die Agrarzölle aber wird erst Ende des Jahres im Reichstag stattfinden, wenn die Positionen des als Grundlage für Handelsvertragsverhandlungen dienenden autonomen Zolltarifs fertiggestellt sind und dem Parlament vorgelegt werden können. Es scheint, als ob unsere Partei die selbe Haltung einzunehmen beabsichtigt wie bei den Zolltarifikämpfen des Jahres 1902, und als ob sie sie diesmal damit begründen wird, daß man, infolge der durch den Krieg geänderten Verhältnisse, vom Schutz für Rohstoffe (dazu werden natürlich auch landwirtschaftliche Produkte gerechnet) zum Schutz der Fertigfabrikate übergehen müsse. Eine solche einfache Gegenüberstellung ist aber grundsätzlich unhaltbar. Ganz abgesehen davon, daß landwirtschaftliche Erzeugnisse in jedem Fall eine Sonderstellung einnehmen, muß, wie die Dinge heute liegen, jeder Staat danach trachten, bei den notwendigsten Waren alle Produktionsstufen innerhalb seiner nationalen Grenzen zu vereinigen. Man braucht es sich auch nur einmal zu überlegen, auf welchem unsichern Fundament man steht, wenn man statt des Rohstoffschutzes den Schutz der Fertigfabrikate einführen will. Was sind Fertigfabrikate? Sind es zum Beispiel in der Textilwirtschaft bereits die Garne oder das Gewebe oder erst die fertige Konfektion? Genau genommen ist nur diese das endgültige Fertigfabrikat, in dem am meisten Qualitätsarbeit steckt. Will man nun, um es richtig schützen zu können, auf den Schutz aller vorhergehenden Produktionsstufen verzichten, die gegenüber dem Fertigfabrikat Rohstoffe respektive Halbfabrikate sind? Die Frage aufwerfen heißt sie verneinen. Und so wie in der Textilindustrie liegen die Dinge auch auf vielen anderen Gebieten.

Am allerwenigsten aber sollte die Sozialdemokratie sich in dieser für das nationale Wirtschaftsleben so entscheidenden Frage durch Wahrücksichten beeinflussen lassen. Es wäre übrigens auch verkehrt, wenn sie glaubte, ihr Erfolg bei den Reichstagswahlen von 1903 habe gezeigt, wie richtig ihre Haltung im Zolltarifikampf von 1902 gewesen sei. Das "Post hoc, ergo propter hoc" trifft in diesem Fall gewiß nicht zu. Die Anziehungskraft der Sozialdemokratie lag damals auf allgemeinem Gebiet, es war die Zeit, in der die in jedem Betracht aufstrebende Arbeiterklasse, die ihre wirtschaftlichen Machtorganisationen (Gewerkschaften und Genossenschaften) mächtig ausgebaut hatte, dieses Werk politisch krönte und naturgemäß der Sozialdemokratie zuströmte. Wäre es die Bekämpfung des Zolltarifs gewesen, die so anziehend wirkte, so ist nicht recht einzusehen, warum die Freisinnige Vereinigung um Barth, die damals mit den Sozialdemokraten im Zollkampf wetteiferte, bei den Wahlen so schlecht abschnitt, sie hätte dann doch auch eine stattliche Ernte mit heimbringen müssen. Nein, unsere Partei sollte den Lorbeer von damals ruhig verwelken und sich von größeren Auffassungen leiten lassen. Es kommt dabei im Augenblick auch gar nicht so sehr auf die Höhe des Tarifs an. Denn es werden weder für Agrarprodukte noch für andere deutsche Erzeugnisse die autonomen Zölle gelten, sondern die in den kommenden Handelsverträgen festzusetzenden. Wenn also jetzt zunächst der autonome Tarif der Vorkriegszeit wieder in Kraft gesetzt wird, so ist damit noch gar nicht ausgemacht, welche Zölle in Wirklichkeit gezahlt werden, welche Verteuerung also der Verbraucher zu befürchten hat.

Mit allen diesen Erwägungen soll durchaus keine abschließende Antwort auf die Frage gegeben sein, welcher Schutz die deutsche Landwirtschaft in der gegenwärtigen Periode bedarf, und welche Rolle dabei insbesondere den Zöllen wird zufallen müssen. Es soll zunächst nur die Arbeiterklasse, und gerade diese, vor apodikistisch negativen Urteilen gewarnt werden. Ihre Position als nationaler Machtfaktor wird am besten gestärkt werden, wenn sie sich als Trägerin der nationalen Produktion erweist und, in Konsequenz dessen, auch der Landwirtschaft, der Urquelle alles Lebens, die notwendige Förderung angedeihen läßt. Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft muß für das nächste Jahrzehnt sichergestellt sein. In diesem Jahrzehnt wird der europäische Kontinent neu aufgebaut werden, und dann wird auch die deutsche Wirtschaft unter ganz anderen Bedingungen arbeiten können als heute. Dann wird man auch einer produktiven Arbeitsteilung innerhalb des europäischen Kontinents (und des ihm angehörenden Kolonialgebiets) nähertreten können, dergestalt, daß jeder Teil der agrarischen Produktion demjenigen Boden überlassen wird, auf dem er unter den günstigsten Bedingungen und mit dem höchstmöglichen Ertrag ausgeführt werden kann. Jetzt aber muß die Landwirtschaft Deutschlands in *allen* ihren Zweigen fruchtbar gemacht, darf keiner vernachlässigt oder gar preisgegeben werden. Die Opfer, die die Arbeiterklasse für diese Zukunftssicherung bringt, werden durch das Steigen des Nationalvermögens, von dem die Arbeiter durch ihre in Zeiten des Produktionsaufschwungs automatisch immer stärker werdenden Organisationen einen immer höhern Anteil nehmen werden, bald ausgeglichen sein. Es sind jedenfalls Opfer, die der Gesamtwirtschaft Deutschlands, dem ganzen deutschen Volk gebracht werden.

MAX SCHIPPEL · INTERNATIONALE WÄHRUNGS- PROBLEME



RST allmählich werden die Schwierigkeiten einer internationalen Rückkehr zur Goldwährung, gleichviel von welcher Parität aus, mehr und mehr erkannt. Den schlagendsten Beweis für die bevorstehende Sisyphusarbeit auf diesem Gebiet liefert vielleicht England selber, das zuletzt zwar nur noch einen Abstand von etwa 10 % zwischen dem tatsächlichen papierernen Pfund Sterling und der Goldwährungsgrundlage der Vorkriegszeit zu verzeichnen hatte, das aber vor der Überschreitung selbst dieses schmalen trennenden Grabens noch im letzten Augenblick zurückbebt, und das deswegen seit langem schon inmitten der lebhaftesten theoretischen und praktischpolitischen Auseinandersetzungen steht. Wie sollen andere Länder, die sich tiefer und tiefer im Labyrinth grenzenloser Valutaentwertung verloren, im Handumdrehen den ersehnten Ausweg finden? Wenn sie vorläufig weniger vom Meinungs- und Interessenstreit widerhallen, so erklärt sich dies vorwiegend daraus, daß ihnen greifbare bestimmte Lösungen, um die sich ein Streit lohnte, heute noch zu fern liegen. Immerhin haben ihnen international vielbeachtete Schriften wie die Keynes¹⁾ mancherlei Beklemmungen erweckt und auch sie zu Betrachtungen und Debatten angeregt.

1) Siehe Keynes A Tract on Monetary Reform /London 1924/, auch ins Deutsche übersetzt: Ein Traktat über Währungsreform /München 1924/; das spätere Zitat hier Seite 171 und 203.

SOGAR die Frage könnte aufgeworfen werden, ob die Währung der hierin vom Glück so außerordentlich begünstigten *Vereinigten Staaten* bereits wieder als vollentfaltete normale Goldwährung bezeichnet werden darf. Der freie Markt für Gold ist in der Union allerdings insoweit vorhanden, als dem internationalen Zustrom und Abstrom von Gold, ferner der freien Goldmünzprägung rechtlich nichts im Wege steht. Im übrigen jedoch herrscht zwischen dem Federal Reserve Board, dem amerikanischen Gegenstück zu unseren europäischen Zentralnotenbanken, und dem allgemeinen innern Wirtschaftsleben ein früher ganz unbekanntes und zweifellos durchaus unerwünschtes Verhältnis. Infolge der unerhörten Goldmehrzuflüsse (Einfuhr minus Ausfuhr 1923 fast 300 Millionen Dollars, 1924 nach den bisherigen Monatsergebnissen wahrscheinlich noch mehr) waren die Vereinigten Staaten von einer Preisaufblähung bedroht, so daß der Federal Reserve Board, ganz entgegen der traditionellen Bankpolitik, trotz den ungeheuren Kosten dieses Gold als brachliegenden Schatz festhält. Die Vereinigten Staaten sind auf diese Weise gleichfalls der normalen freien Währungsentwicklung entzogen: allerdings nicht, wie Europa, an eine unterwertige Valuta sondern an einen künstlich überwerteten Dollar gebunden. Die Darlegung Keynes' ist hier keineswegs übertrieben:

»Das Gold ist selbst zu einer "manipulierten" Währung geworden. Im Westen sowohl wie im Osten hat man gelernt Gold aufzuspeichern; jedoch die Motive der Vereinigten Staaten sind nicht die gleichen wie die Indiens. Heutzutage, nachdem die meisten Länder den Goldstandard aufgegeben haben, würde das Metallangebot sich als überreichlich erweisen, wenn der Hauptkonsument seine Bestände auf den wirklichen Bedarf beschränkte. Die Vereinigten Staaten dürften das Gold nicht auf seinen "natürlichen" Wert fallen lassen, weil sie nicht die daraus entspringende Entwertung ihres Standards in Kauf nehmen konnten. Sie wurden dadurch zu der kostspieligen Politik getrieben in den Gewölben Washingtons alles zu begraben, was die Bergleute des Rands mit Mühe an die Oberfläche gebracht haben. Demzufolge steht das Gold heute auf einem "künstlichen" Wert, dessen weitere Gestaltung fast völlig von der Politik des Federal Reserve Board der Vereinigten Staaten abhängt... Die Theorie, nach der der Federal Reserve Board angeblich seine Diskontpolitik einrichten soll, nämlich nach dem Zu- und Abfluß von Gold und dem Deckungsverhältnis des Goldes gegenüber den Verbindlichkeiten, ist mausetot. Sie starb und starb mit Recht, sobald der Federal Reserve Board sich um sein Deckungsverhältnis nicht mehr kümmerte und die Aufnahme von Gold zuließ, ohne es seine volle Wirkung ausüben zu lassen, lediglich, weil eine Ausdehnung von Kredit und Preisen in jenem Zeitraum unerwünscht schien. Von diesem Tage an war das Gold durch beinahe das letzte Land, das ihm immer noch Lippendienste leistete, demonetisiert, und ein Dollarstandard wurde auf dem Sockel des goldenen Götzen aufgerichtet. Während der beiden letzten Jahre haben die Vereinigten Staaten angeblich einen Goldstandard aufrecht erhalten. Tatsächlich haben sie einen Dollarstandard eingeführt. Und anstatt daß sie dafür sorgen, daß der Wert des Dollars dem des Goldes entspricht, treffen sie mit großen Kosten Anstalten, damit der Wert des Goldes dem des Dollars entspricht.«

Ein solcher Zustand ist selbstverständlich nur vorübergehend erträglich, und aus der zunehmenden Beunruhigung der maßgebenden amerikanischen Kreise erklärt sich zu einem guten Teil das plötzlich zutage tretende überseeische Interesse an der Erledigung der europäischen Reparationskonflikte. Eine Wiederherstellung der Goldwährung in den verschiedenen Ländern, eine reichliche Anleihegewährung sei es für diese sei es für andere europäische Wirtschaftszwecke würde den beängstigenden Goldalp jenseits des Ozeans beseitigen helfen. Für alle diese Schritte bedarf es jedoch der Wiederherstellung übersehbarer und gesicherter politischer Verhältnisse, daher das Auftauchen der amerikanischen Vertrauensmänner erst im Sachverständigenausschuß in Berlin, dann auf der Konferenz in London.



ICHT weniger drängt die Frage in *England* zu einem Entschluß. England als die große internationale Kreditvermittlungs- und Abrechnungsstelle hat noch unmittelbarer ein Interesse an der Wiedergewinnung fester internationaler Währungszustände und Währungsbeziehungen, wie sie dereinst durch die allgemeine Goldwährung mit ihren festen gegenseitigen Valutakursen gegeben waren.

Nur befindet sich England in einer eigentümlichen Zwickmühle. Sucht es den Anschluß an den Dollar heutiger Struktur zu erreichen, so bedeutet dies eine Werterhöhung des eigenen Wertstandards und Zahlungsmittels um reichlich 10 % und jede Deflation eine Einkommensumschichtung zwischen Gläubigern und Schuldern, eine durchgehende Preissenkung mit langwieriger Produktionslähmung und entsprechendem Druck auf den Arbeitsmarkt und unter Umständen auf den Arbeitslohn. Einflußreiche Kreise empfehlen deshalb, trotz allen entgegenstehenden Bedenken, abzuwarten, weil in der Zwischenzeit wahrscheinlich die unnatürliche Dollarwertsteigerung unter der Wucht des Goldüberflusses in sich zusammensinken müsse, so daß schließlich der Dollar und das Pfund Sterling wie von selber zur gegenseitigen Parität, wie sie sie früher hatten, zurückkehren würden.

Wie stark diese letzterwähnte Strömung war und noch ist, kann man daraus ersehen, daß das Referat Gustav Cassels vor dem Institute of Bankers, am 11. Juni 1924 in London,² sich wesentlich gegen diese Art von Währungspolitik polemisch wandte und die Fähigkeit Amerikas sein Gold ohne neue Inflation festzuhalten ausführlich zu beweisen versuchte:

»In England überwog, was den Dollar anlangt, seit einer Reihe von Jahren die Auffassung, daß die Preise in Amerika steigen müßten, und daß durch diese Steigerung der Dollar bis zur Parität mit dem Pfund Sterling herabgebracht werden wird. Unter solchen Umständen sei für England nicht daran zu denken den Wert des Pfundes Sterling durch einen schmerzhaften Deflationsprozeß emportreiben zu wollen. Die Parität würde England ganz von allein in den Schoß fallen, wenn es nur zu warten und inzwischen die Kaufkraft seines eigenen Zahlungsmittels (currency) gegenüber den Waren zu erhalten verstände... Aber besteht diese Goldüberfüllung in Amerika wirklich, und ist sie so groß, daß sie ein beträchtliches Preissteigen notwendig nach sich ziehen muß? Das Bundesreservesystem weist eine Goldreserve von 70 bis 80 % des Gesamtbetrags von Depositen und Notenumlauf auf. Das ist zweifellos eine unnötige Höhe. Das Gesetz fordert nicht mehr als 40 %, und eine Reserve von, sagen wir, 60 % würde wahrscheinlich reichlich genügen. Aber dies zugegeben, so bleibt immer noch ein weiter Weg bis zu der Behauptung, daß der Goldüberfluß eine starke Preisaufblähung bewirken müsse. Die Leute haben hierüber gewöhnlich ganz überspannte Vorstellungen... Ohne Zweifel läßt sich in den Vereinigten Staaten der verhältnismäßige Anteil des Goldes an der Gesamtheit der Zahlungsmittel noch steigern, ohne daß dadurch die Gesamtzirkulation oder das Gesamtangebot an Zahlungsmitteln übermäßig ausgedehnt würde. Deshalb ist es auch falsch sich einzubilden, ein weiterer Goldzufluß nach den Vereinigten Staaten müsse die Preise aufblähen und die Binnenkaufkraft des Dollars schwächen.«

Andrerseits unterbreitete soeben die Federation of British Industries, die rasch emporgewachsene Zentralorganisation des englischen Unternehmertums, dem Governor der Bank von England eine Eingabe, die vollständig die geschilderte Politik des wait and see weiter vertritt und der Bankleitung sogar Vorwürfe macht, daß sie durch hohen Diskont und kräftige Kreditabschnürung die Deflation einzuleiten und so den Anschluß an den Dollar zu gewinnen strebe.³ Die Federation wolle sich in keiner Weise in die Dis-

² Siehe *The Manchester Guardian Commercial* vom 19. Juni 1924, wo das Referat im Wortlaut abgedruckt ist

³ Siehe *The Times Trade and Engineering Supplement* vom 2. August 1924, wo die Eingabe im Wortlaut abgedruckt ist.

kontropolitik der Landeszentralbank einmischen, soweit rein bankmäßige Erwägungen dafür bestimmend seien. Nach vorher und gleichzeitig getanen Äußerungen müsse man jedoch annehmen, daß die Handhabung der Bankrate nicht nur der »normalen und legitimen Beeinflussung der Geldbewegung« sondern einer willentlichen Krediteinschränkung dienen solle, mit dem Endziel, rasch die Parität zwischen Pfund Sterling und amerikanischem Dollar wiederherzustellen. Angesichts eines solchen außerordentlichen (extra-normal) Gebrauchs der Bankrate halte sich die Federation als hervorragendste (principal) Vertretung der britischen gewerblichen Produktion zu einer ausdrücklichen Warnung und Einsprucherhebung für berechtigt:

»Von vornherein möchte die Federation of British Industries bestimmt betonen, daß nach ihrer Meinung, da Großbritannien das hauptsächlich internationale Clearinghaus sowohl für Geld wie Waren ist, eine allgemeine Rückkehr zur Goldwährung seitens der hervorragenderen Industrieländer für uns von wesentlichem Nutzen wäre. Nicht nur würden die wesentlicheren Wechselkurse in ihrem Stand von neuem gesichert werden, sondern auch der internationale Handel erränge seine vorkriegszeitliche Beweglichkeit zurück und ebenso der innere Geldumlauf (the internal currency system) unseres Landes eine zweckmäßige Elastizität... Aber ein Versuch den Realwert des Pfundes Sterling durch willkürliche Kreditverkürzung um 10 % zu steigern müßte nach der Meinung der Federation bei den gegenwärtigen Kreditverhältnissen und angesichts der gegenwärtigen Geschäfts- und Preistendenz in unserm Land die ernstesten Folgen für unsere Industrie nach sich ziehen. Die unmittelbaren Folgen einer Werterhöhung der Geldeinheit... sind bekannt und unbestritten. Unter anderm schließen sie ein: 1. schwere zeitweilige Unterbrechungen der Wirtschaft und Zunahme der Beschäftigungslosigkeit, weil Produzenten, Händler und Abnehmer mit Sicherheit eine allgemeine Preissenkung vor sich sehen, 2. schwere Interessenkämpfe und Störungen, weil alle Warenproduktionskosten und deshalb auch Löhne und Gehälter sich dem niedrigeren Preisniveau anpassen müssen, 3. schwere Einbußen für alle, die Warenvorräte halten oder die mit entliehenem Gelde wirtschaften, das heißt tatsächlich für alle Angehörigen des Handels und der Produktion, 4. wahrscheinlich eine starke Einschnürung der Ausfuhr, da die Senkung der Binnenpreise nicht so rasch erfolgen würde wie nach außen hin die Kursbewegung des Pfundes Sterling.«

Die Federation empfiehlt deshalb »zu warten in der Hoffnung, daß die heute schon erkennbaren Kräfte den Wert des Dollars erniedrigen« und so das bisher einzige und das künftige zweite Goldland auf gleichem Niveau zusammenführen werden. Als Mittelweg, falls man um dringender anderer Interessen willen die für die Industrie ausschlaggebenden Rücksichten nicht ausschließlich nehmen könne, empfiehlt die Federation schließlich eine Verständigung mit dem Federal Reserve Board für die Übergangszeit bis zur englischen und, wenn möglich, international allgemeineren Goldwährung. Verschiedene Anzeichen sprechen in der Tat dafür, daß diese angelsächsische Kooperation sich auch auf dem Währungsgebiet vorbereitet.



HARAKTERISTISCH ist es, wie heute von angesehener Seite überhaupt der Metallwährung die Zukunft abgesprochen wird. Der international rührigste Wortführer dieser, man kann beinahe sagen: englisch-amerikanischen währungspolitischen Schule ist John Maynard Keynes, dessen Währungsschrift ja auch einem weitem deutschen Leserkreis zugänglich gemacht wurde. Keynes meint, man habe in den letzten Jahren mehr und mehr gelernt zielbewußt durch eigenartige neue Mittel auf Preisstabilität und konstante Kaufkraft des Währungsgeldes hinzuwirken: eines Währungsgeldes, das vom Gold tatsächlich vollkommen losgelöst war. Ein »regulierter« metallfreier Standard habe sich unbemerkt eingeschlichen, er bestehe und berge die entwickelungsfähigsten

Keime. Dagegen verspreche der verfügbare Weltgoldvorrat und die zu erwartende Weltgoldproduktion in keiner Weise eine Stabilität der Warenpreise und der sozialen Einkommensschichtung: gleichviel, ob man den gegebenen neuen Zustand, also die Währung »nach ihrem derzeitigen Wert und ohne Rücksicht auf ihren Vorkriegswert« im Verhältnis zum Gold zu stabilisieren versuche (Devaluation), oder ob man »den Tauschwert der Währung, in Gold gemessen, zu steigern« und womöglich zur alten Goldnorm, wie in England, zurückzukehren suche (Deflation).

Es ist heute nicht möglich diese Gedankengänge weiter zu verfolgen. Aber auch Keynes schwenkt am Ende in die mehrerwähnte angelsächsische Front ein. Einen beherrschbaren »unabhängigen« Währungsstandard könnten im Grunde nur Großbritannien und die Vereinigten Staaten aufrichten. Für die übrigen Länder wäre es »das vernünftigste ihre Währungen entweder auf dem Pfund oder auf dem Dollar fußen zu lassen« und durch Guthaben in London und New York, neben den Goldreserven daheim, die Stabilität aufrechtzuerhalten. Nur sieht Keynes die vollkommene angelsächsische Einigkeit einer spätern Zeit, entsprechend dem »Fortschritt von Erfahrung und Verständnis« vorbehalten. Dann sei für die kontinental-europäischen Länder die Wahl zwischen Dollar- und Sterlingstandard »ziemlich belanglos«.

So erhebt sich auch hier das Zukunftsbild einer anglo-amerikanischen Vorherrschaft, falls die Länder des europäischen Kontinents sich durch festern Zusammenschluß nicht eine selbständigere Zukunft offen zu halten verstehen.

WLADIMIR SENSINOW · LENINS ERBE

FREMDE, die in letzter Zeit Rußland besucht haben, erzählen von einer in den russischen Volksmassen verbreiteten Legende, nach der Lenin ein politisches Testament hinterlassen haben soll. Einstweilen werde es nicht für nötig gehalten es zu veröffentlichen, so erzählt man sich. Lenins Schüler verwirklichten jedoch unbeirrt seine Bestimmungen. Und so werde Rußland vom toten Lenin regiert. Es ist unbestreitbar, daß in den letzten Monaten sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf politischem Gebiet eine weitaus schärfere Politik getrieben wird als früher. Die Tscheka hält wieder die Zügel fest in der Hand; die Verhaftungen und Verfolgungen aller gegnerisch gestimmten Elemente, die niemals ganz eingestellt worden waren, haben jetzt ihr Höchstmaß erreicht. Dieser neue verschärfte Kurs soll die Erfüllung der letzten Verfügungen Lenins sein. Es ist gleichgültig, ob Lenin wirklich ein Testament hinterlassen hat oder nicht. Die Legende hat, wie jede andere, die der Volksmund weitergibt, einen Kern von Wahrheit.

Man wird sich noch der sogenannten Parteidiskussion entsinnen, die im Spätherbst 1923 innerhalb der Bolschewistenpartei entbrannt war. Der Streit drehte sich damals darum, ob es zulässig sei die Partei zu demokratisieren. Die von Trotzki gelenkte Opposition behauptete, daß eine gründliche Neugestaltung des Parteiorganismus notwendig sei, aufgebaut auf den Grundsätzen der Demokratie und des Parlamentarismus. Die führende Gruppe des Zentralaussschusses, das sogenannte Politische Bureau, und die 3 Führer dieses Bureaus, Sinowjew, Stalin und Kamenew, bestanden auf der Beibehaltung der Diktatur, die zu Lenins Zeiten in der bolschewistischen Partei

herrschte und dann, nach Lenins Tod, auf seine 3 oben genannten Adjutanten übergegangen war. Man kennt auch die Ursachen dieser Diskussion, die die bis dahin unerschütterte Partei zu spalten drohte. Einer der 3 Leninmandarine, Stalin, hat sie in einem Artikel in der Prawda vom 6. Dezember 1923 klar und eindeutig dargelegt. Er schrieb dort: »Die erste Ursache der Diskussion ist eine Welle von Unruhen und Streiks, die infolge der Lohnstreitigkeiten einige Distrikte der Republik im August überschwemmte. Diese Welle hat die Mängel unserer Organisation aufgedeckt. Wir entdeckten eine Reihe illegaler, antibolschewistischer Körperschaften, die von innen unsere Partei zu zersetzen drohten.« In Wirklichkeit jedoch lag die Ursache, die die Diskussion herbeiführte, viel tiefer. Sie lag im grundsätzlichen Gegensatz zwischen Stadt und Land, der für das bolschewistische Rußland so bezeichnend ist, in dem Unterschied der Bewertung von Stadt- und Landproduktion. Die Preise für Industrieprodukte schnellten in die Höhe, während die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ihre niedrigen Preise beibehielten. Schließlich wollten die Bauern ihr Korn nicht fast umsonst für die Fabrikate hergeben, deren sie benötigten. Auch hatte die zerstörte Industrie nicht genügend produziert, um ihren Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen decken zu können. So entstand für Rußland eine wirtschaftliche Krise: Die Städte hatten kein Brot, das Land keine Waren. Die Bolschewisten, die die Ursache der Not begriffen, bestanden auf einer Änderung der gesamten Wirtschaftspolitik der regierenden Partei und forderten mehr Rücksicht auf das ländliche Rußland. Eine Änderung der Wirtschaftspolitik war jedoch nur möglich, wenn die Partei als solche durchgreifend neu organisiert wurde und eine Annäherung, wenn nicht an die Volksmassen, so doch wenigstens an die 600 000 Bolschewisten, aus denen sie selber besteht, vollzog. So kam es zu jener Diskussion. In ihr behielten die Mandarine recht, und Trotzki mußte einen Krankheitsurlaub von 4 Monaten antreten. Sein Aufenthalt fern von Moskau, an den Ufern des Schwarzen Meeres, wirkte wohltuend auf seine politische Krankheit. Er kehrte nach Moskau als folgsamer Adept der Drei zurück und führt jetzt mit großer Treue, äußerlich wenigstens, die Weisungen Sinowjews, Stalins und Kamenews aus. Diejenigen, die im Kampf gegen die Diktatur innerhalb der bolschewistischen Partei ihre Hoffnungen auf ihn gesetzt hatten, wurden schmachvoll betrogen. Im kritischen Augenblick verriet Trotzki seine Gesinnungsgenossen und streckte die Waffen, um nur ja in den Vorderreihen des kriegerischen Bolschewismus zu bleiben.

Die Drei haben ihren Sieg vollständig ausgenutzt. Zuerst führten sie eine gründliche "Reinigung" der Partei durch. Alle oppositionellen Elemente, alle Waffengenossen Trotzkijs wurden entweder aus der Partei ausgestoßen oder erhielten Missionen irgendwo weit vom Zentrum entfernt, gingen ins Ausland oder nach Sibirien. Um die gewonnenen Positionen zu verstärken, wurde im Mai nach Moskau der 13. Kongreß der Partei einberufen. Die Opposition war auf dieser Tagung beinahe gar nicht vertreten; dafür hatten die siegreichen Drei schon gesorgt. Trotz dem Protest Preobraschenskijs, eines der Wortführer der Opposition, wurden alle vom Politischen Bureau eingebrachten Resolutionen "einstimmig" angenommen. Die bolschewistische Presse feierte die Unterdrückung der Opposition. Zur Vermeidung jeglicher Unannehmlichkeiten wurde Preobraschenski als »Spezialist in Wirtschaftsfragen« zu der englisch-russischen Konferenz nach London abkommandiert. Die Diktatur innerhalb der Partei befestigte sich endgültig. Wie jede andere

wurde sie allmählich zu einer reinen Personendiktatur. Kamenew wurde nach und nach zurückgedrängt. Die Macht blieb in den Händen Sinowjews und Stalins. Trotzki hat sich gänzlich ergeben. Es wurde ihm erlaubt bei festlichen Gelegenheiten Reden zu halten. Krassin beschränkt seine Tätigkeit auf rein wirtschaftliche Fragen. Radek ist in Ungnade gefallen und beinahe zum Sozialverräter erklärt. Bucharin und Dserschinskij sind das geblieben, was sie früher waren: technische Werkzeuge, Dserschinskij der Büttel, Bucharin der Ideologe.

Die Verschärfung der Diktatur hatte unmittelbare Folgen auf den Gebieten der Wirtschaft und der Politik. Man feierte wahre Orgien in Massenverhaftungen. Der Frühling dieses Jahres übertraf jedoch alles, was man in Rußland auf diesem Gebiet bisher erlebt hatte. Die Gefängnisse reichten nicht aus für alle, die der Staat einzusperren für nötig erachtet hatte. Das Charakteristische an den Verhaftungen war, daß sie sich hauptsächlich gegen Arbeiter richteten. Es wurden nicht nur die Feinde der Bolschewisten verhaftet, sondern auch die, die es werden konnten. Das Land duckte sich; alle erinnerten sich der Jahre 1918 und 1919, dieser ersten Jahre der bolschewistischen Schreckensherrschaft. Da der Regierungsapparat sich seitdem vervollkommen hat, ist auch der Terror noch furchtbarer geworden.

In den letzten Monaten lenken 2 Erscheinungen in Rußland die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich: die sogenannte Reinigung der Hochschulen, die eher ein Krieg gegen die Hochschulbildung genannt werden kann, und, das Schrecklichste für das russische Land, die drohende Hungersnot.

Die Bolschewisten nennen die Entfernung aller unerwünschten Elemente von den Hochschulen eine Reinigung. Sie begründen diese Maßnahme mit der grotesken Behauptung, Rußland leide an einer »Überproduktion an gelernten Spezialisten«, und darum müßten die Hochschulen »von unnötigem Ballast befreit« werden. Da haben wir den tragischen Witz des gegenwärtigen Rußlands. In einem Land, in dem mangels ärztlicher Hilfe die Sterblichkeit auf unheimliche Weise zunimmt, in dem die Steinkohlentransporte infolge schlechter Verkehrsverhältnisse von Südrußland nach Petersburg auf dem Seeweg rund um Europa geführt werden müssen, in dem es weder genügend Lehrer noch Landmesser noch Tierärzte gibt, leidet man also an einem Überfluß von Fachleuten. Nun, welche Behauptung wäre wohl in bolschewistischem Mund unmöglich? In Wirklichkeit liegt die Sache natürlich ganz anders. Die Bolschewisten fürchten sich vor der Verbreitung der Bildung in breiten Schichten des Volks. Von Jahr zu Jahr setzten die Bolschewisten die Zahl der Studierenden herab, die in den Hochschulen Aufnahme finden konnten. Nach den Angaben des Kommissars für Volksbildung Lunatscharskij wurden im Jahr 1922 in die russischen Hochschulen im ganzen 45 000 Studierende aufgenommen, im Jahr 1923 waren es 38 000, und in diesem Jahr sind es nur 13 600. Nach amtlichen Angaben gab es im Jahr 1922 in Rußland 198 000 Studenten, in diesem Jahr, in dem die "Reinigung" begann, gab es nur noch 140 000 (die neu aufgenommenen mit eingerechnet). Die Iswestja teilen amtlich mit, daß bis zum 12. Juni in Moskau 28 605 Studenten der Kontrolle unterzogen wurden; von diesen wurden 7724 relegiert. In Petersburg wurden 31 444 Studenten kontrolliert, 6682 mußten die Universität verlassen. In der Ukraine wurden 42 000 Studenten von der Charkower und der Kiewer Universität gewiesen, in Odessa mußten 4072 ihre Studien aufgeben usw. Diese Verweisungen galten als Strafe für politische

Unzuverlässigkeit oder "bürgerliche Abstammung". Beide Verfehlungen werden von einem besondern, aus Bolschewisten bestehenden Ausschuß festgestellt, der die Studenten einer Prüfung in »politischer Entwicklung« zu unterziehen hat. Um eine Universität besuchen zu können, bedarf es einer besondern Empfehlung seitens der bolschewistischen Parteiorganisation. Es sei hier noch darauf hingewiesen, daß sich unter den Studenten, die wegen politischer Unzuverlässigkeit die Hochschule verlassen mußten, natürlich auch zahlreiche Bauern- und Proletarierkinder befinden. Infolge dieser Maßregeln brachen in einigen Städten studentische Unruhen aus, die seit der Zeit des Zarismus nicht mehr vorgekommen waren. Sie hatten die üblichen Folgen: Man verhaftete die beteiligten Studenten, schlug sie mit der Nagaika (an Stelle der früheren Kosaken arbeiten jetzt die Tschekisten) und verbannte sie nach den Solowezkijinseln oder nach Sibirien. Daraufhin begannen wiederum Hungerstreiks der Verhafteten als Protest gegen schlechte Behandlung; einige Studenten begingen Selbstmord in den Gefängnissen. Diese Geschehnisse bilden das Tagesgespräch in vielen russischen Städten. Tausende von Studenten sind fortgejagt, ihr Leben ist verpfuscht. Und nun geschieht, was in der russischen Geschichte schon wiederholt geschehen ist: Breite Volksschichten beginnen wieder Anteilnahme an der Politik zu zeigen, die Gleichgültigkeit der Massen schwindet.

Schrecklicher jedoch als diese Taten der Willkür, die von politischen Kalkulationen diktiert werden, ist die elementare Katastrophe, die Rußland bedroht und sich wie eine schwarze Wolke am Horizont zusammenballt: die Hungersnot. Sie ist die unvermeidliche Gefährtin der Bolschewistenherrschaft. Ein russisches Sprichwort sagt: »Die Mißernte kommt von Gott, die Hungersnot von den Menschen.« Wenn man auch, nach der schrecklichen Hungerkatastrophe von 1921, eine neue Mißernte nicht voraussehen konnte, eine neue Hungersnot konnte man damals schon voraussagen. Man war darauf gefaßt, und, leider, ist das, was man erwarten mußte, auch in Erfüllung gegangen. Als erste wies die in Berlin erscheinende russische Zeitung Dni auf die drohende Hungersnot hin. Sie stellte Anfang Juni die Berichte über Dürre und Kornschädlinge zusammen, die in der bolschewistischen Presse in kurzen Notizen auftauchten, besonders oft in der Ekonomitscheskaja Schisn. Daraufhin ergingen sich die bolschewistischen Blätter in Schmähartikeln gegen die ausländische russische Presse, die nach ihrer Behauptung alles im bolschewistischen Rußland schlecht mache. Unter dem Druck neuer trauriger Nachrichten aus den Landbezirken mußte dann aber die bolschewistische Presse ihre Haltung ändern. Am 25. Juni schrieb die Prawda schon: »Die Dürre im südlichen Wolgagebiet nimmt bedrohlichen Umfang an. Die Erinnerung an die Schrecken von 1921 wird immer deutlicher und ruft jetzt, wo sich die Dürre über den Saratower Distrikt und andere Landesteile ausbreitet, eine geradezu panische Stimmung hervor.« Von Tag zu Tag wurden die Berichte trostloser. Die Regierung getraute sich nicht mehr sie zu verheimlichen, obschon sie versuchte sie möglichst günstig zu deuten. Schon muß die bolschewistische Presse von der Panik berichten, die in einigen Gegenden die Bevölkerung ergriffen hat, und von der Flucht der Bauern aus den von der Mißernte betroffenen Gebieten, den gleichen, die im Jahr 1921 so schwer gelitten hatten. Die Bevölkerung verkauft das Vieh und die Ackergeräte, die Brotpreise schnellen in die Höhe. »Einer ganzen Reihe von Gegenden droht die Mißernte, einigen sogar die

Hungersnot« bekunden die Iswestja. Schließlich erklärte die bolschewistische Regierung amtlich, daß von der Mißernte ein Gebiet von 5 Millionen Deßjatinen mit einer Bevölkerung von 5 Millionen Menschen betroffen sei. Zur Beruhigung setzte sie hinzu, daß im Jahr 1921 ein Gebiet von 25 Millionen Deßjatinen unter der Hungersnot zu leiden hatte. In Wirklichkeit aber beträgt das von der Katastrophe heimgesuchte Gebiet laut der bolschewistischen Presse jetzt schon mehr als 60 Millionen Deßjatinen.

Weshalb darf die ganze Wahrheit nicht an den Tag kommen? Die Antwort ist leicht zu erteilen: Die Bolschewisten haben Angst davor die günstigste Karte in ihrem Spiel zu verlieren, nämlich den Getreideexport. Die wirtschaftliche Lage des Reichs ist verzweifelt, und die Regierung braucht einen Valutafonds für all ihre politischen und polizeilichen Zwecke. Die Hoffnungen auf eine Auslandsanleihe sind schwach. Es bleibt nur das eine übrig: der Verkauf des einzigen noch vorhandenen Wertgegenstands, nämlich des Korns der russischen Bauern. In ihrem Bestreben ihr einziges Handelsobjekt nicht zu verlieren suchen die Bolschewisten zu verheimlichen, was doch nicht mehr verheimlicht werden kann: die herannahende katastrophale Hungersnot. Sie verschweigen die alarmierenden Nachrichten und versichern Europa (man sehe das Telegramm des Temps vom 26. Juni 1924): »Die Ernte von 1924 hat die Ernte von 1923 um 38 Millionen Pud überschritten [als ob das schon vor dem Einbringen der Ernte bekannt sein könnte!], und die Überschüsse von 700 Millionen Pud erlauben in diesem Jahr die Ausfuhr auszubauen.« Die Prawda vom 24. Juni 1924 erzählt von der Verstärkung der Maisausfuhr aus Batum nach Marseille. Die ausländischen Zeitungen melden die Ankunft von 5000 Tonnen Getreide aus Nikolajew nach Libau auf dem Seeweg. Parallel mit den Meldungen über die nahe Hungersnot gehen die Vorarbeiten für den Getreideexport. Um diesen durchzuführen, müssen schon im August große Korneinkäufe vorgenommen werden. Die bolschewistische Regierung beobachtet deshalb mit großer Unruhe das Steigen der Kornpreise und tut alles, was in ihrer Macht steht, um diese zu drücken. Die Schwierigkeiten bestehen aber darin, daß bei dem ihr eigenen System von Veruntreuungen die Nebenausgaben für Überführung und Aufspeicherung des Getreides ins Ungeheuerliche anwachsen. Sollte es der Regierung auch gelingen Getreide im Inland zu 25 bis 30 Kopeken pro Pud einzukaufen, so würde es sich doch für sie nicht lohnen das Getreide nach dem Ausland zu exportieren. Und nun beträgt der Kornpreis in Rußland jetzt schon 1,50 bis 2 Rubel, während er sich in Hamburg auf 1 Rubel stellt. Infolgedessen müßte die bolschewistische Regierung die Preise um ein Drittel bis ein Viertel herunterschrauben. »Wir brauchen einen festen Damm, sonst verschlingt uns das Element.« Dies das Bekenntnis der Prawda vom 2. Juli 1924.

So sieht die nächste wirtschaftliche Zukunft der bolschewistischen Herrschaft aus. Sie ist trostlos. Die Bolschewisten werden die Zügel noch straffer spannen und die Diktatur verschärfen müssen. Die ungehemmte äußere Gewalt soll die absolute Unproduktivität des Systems ausgleichen. Dieser Tatbestand widerlegt auf das bündigste alles Gerede von der innern Wandlung des Bolschewismus, das in Europa in Kurs gesetzt ist. Dieses Parasitenregime kann sich nicht wandeln. Es muß von Gewalt zu immer größerer Gewalt schreiten, bis die Gewalt sich gegen seinen eigenen Bestand richtet.

REGINA BARKAN · NIETZSCHE DER IMPERIALIST

MAN wird kaum bestreiten können, daß in Nietzsches Lehre vom Willen zur Macht eine Philosophie des Imperialismus vorliegt. Weniger eindeutig als die Tatsache ist der Charakter dieses Imperialismus. Ist das Ziel dieser Philosophie wirklich die nationale Eroberungspolitik (die nach der jetzt gebräuchlichen Auffassung das Wesen des Imperialismus ausmacht oder mindestens zu ihm gehört), und sollte damit in der Tat jene Macht gemeint sein, die sich mit Kanonen durchsetzt? Hätten demnach also jene recht, die, was noch gar nicht lange her ist, die Philosophie Nietzsches für alle Vergehen verantwortlich machen wollten, die man mit Recht oder mit Unrecht der deutschen Politik und der deutschen Heerführung zum Vorwurf gemacht hat?

Zunächst scheint einiger Grund für eine solche Auffassung durchaus vorhanden zu sein. Da ist einmal das Fundament, auf dem sich die Philosophie vom Willen zur Macht aufbaut, jene Anschauung, nach der, wie es in Jenseits von Gut und Böse heißt, das Leben Aneignung ist, »Verletzung, Überwältigung des Fremden und Schwächern, Unterdrückung, Härte, Aufzwingung eigener Formen, Einverleibung und mindestens, mildestens Ausbeutung«, die Ausbeutung also zum Wesen des Lebendigen gehört. Dann findet sich hier die etwas unsanfte (übrigens durchaus kritikbedürftige) Theorie von der Entstehung des Staates in der Genealogie der Moral, wonach dieser seinen Ursprung einem »Gewaltakt« verdankt, einem »Rudel blonder Raubtiere, einer Eroberer- und Herrenrasse, welche . . . ihre furchtbaren Taten auf eine . . . noch gestaltlose . . . Bevölkerung legt«, und im weitem jenes Bild des aristokratischen Staatswesens, das Wille zur Macht ist und daher den Willen haben muß zu wachsen, um sich zu greifen, an sich zu ziehen und Übergewicht zu gewinnen. Diese und ähnliche Ausführungen, die anscheinend jenen recht geben, die in Nietzsches Willen zur Macht die Philosophie eines blutgierigen Imperialismus sehen, sehen aber ganz anders aus, wenn man sie im Zusammenhang mit der ganzen Machtlehre betrachtet.

Das Wesen dieser Philosophie ist im tiefsten Grund Einheit. Die Welt als Einheit: dies bedeutet eine Aufhebung jeder Zweiheit, auch des Guten und Bösen, und eine Bejahung der Gesamtnatur, auch der eigenen mit allen ihren Abgründigkeiten. Daraus erwächst folgerichtig eine Ethik, die sich auf der Ehrenrettung der bisher, auch von Schopenhauer, verleumdeten Affekte gründet. Die Affekte und das Böse, diese »Wildwasser der Seele«, dürfen als die »großen Kraftquellen« weder getötet noch unterdrückt werden, weil sie dazu da sind »ökonomisiert«, in Dienst genommen, erhöht zu werden. Die natürlichen Triebe müssen am Leben bleiben, weil man ohne sie nicht zur Höhe gelangen kann, und sie dürfen am Leben bleiben, weil (und wenn) eine Macht hinter ihnen steht, die ihrer Herr zu werden weiß, ja weil sie selber es sind, die nach dieser Macht, nach der Formung begehren; denn dies tun sie nach Nietzsche, und daraus vor allem leitet sich sein Zutrauen zu den Trieben und Instinkten her. Die Machtethik setzt also, in der Sprache der Psychoanalyse ausgedrückt, die Sublimierung der Naturtriebe an die Stelle der Verdrängung. Gewiß, wie auf dem Grund alles Lebens, so waren und sind nach Nietzsche auch in den Ursprüngen des Staats- und Völkerlebens Raubtierneigungen wirksam. Wie sieht aber dieses Völkerleben in seiner ausgebildeten Form aus, auf die es ja Nietzsche vor allem ankommt?

Bald nach dem Krieg 1870-1871 finden sich Befürchtungen, daß man den von den Schlachtfeldern heimgebrachten Gewinn als einen Verlust auf der Seite der Kultur werde buchen müssen. Ganz allgemein wird dies, später, in der Götzendämmerung, damit begründet, daß alle großen Zeiten der Kultur politische Niedergangszeiten gewesen sind, »was groß ist im Sinn der Kultur, war unpolitisch, selbst antipolitisch«. Denn »gibt man sich für Macht, für große Politik, für Wirtschaft, Weltverkehr, Parlamentarismus, Militärinteressen aus, gibt man das Quantum Verstand, Ernst, Wille, Selbstüberwindung, das man ist, nach *dieser* Seite weg, so fehlt es auf der andern Seite«. »Gesetzt, ein solcher Staatsmann stachle die eingeschlafenen Leidenschaften und Begehrlichkeiten seines Volkes auf, mache ihm aus seiner bisherigen Schüchternheit und Lust am Danebenstehen einen Flecken, aus seiner Ausländerei und heimlichen Unendlichkeit eine Verschuldung, entwerte ihm seine herzlichsten Hänge, drehe sein Gewissen um, mache seinen Geist eng, seinen Geschmack "national": wie, . . . ein solcher Staatsmann wäre groß?« Die Politik des Bismarckschen Zeitalters fordert auch sonst die Kritik heraus: »Man vergaß, daß Bildung Zweck ist und nicht das Reich . . . Die Deutschen mißtrauen jetzt dem Geiste, die Politik verschlingt allen Ernst für wirklich geistige Dinge. "Deutschland, Deutschland über alles": ich fürchte, das war das Ende der deutschen Philosophie.« Resigniert wird in Jenseits von Gut und Böse von den mancherlei »Wolken und Störungen« gesprochen, die einem Volk, das am »nationalen Nervenfieber« leidet, über den Geist ziehen, von jenen »Anfällen von Verdummung«: »bald die antifranzösische Dummheit, bald die antijüdische, bald die antipolnische, bald die christlich-romantische, bald die teutonische, bald die preußische«. Alle diese Sorgen klingen schließlich in den Rat aus: »Mag die "deutsche Tiefe" sein, was sie will, . . . wir tun gut ihren Anschein und guten Namen auch fürderhin in Ehren zu halten und unsern alten Ruf als Volk der Tiefe nicht zu billig gegen preußische Schneidigkeit . . . zu veräußern.« Zum Überfluß rückt Nietzsche seinen Willen zur Macht noch ausdrücklich von der herrschenden Machtpolitik ab, indem er den Willen zur Macht als einen Willen zum Reich von seinem Willen zur Macht unterscheidet. »Der Wille zur Macht als Prinzip wäre ihm schon verständlicher« heißt es in einem Brief über Wilhelm II. Im *Ecce homo* verwahrt er sich dagegen, daß man seine Herrenmoral als Junkermoral mißverstehe, und in einer für sein Hauptwerk geplanten Vorrede bedauert er den Willen zur Macht nicht französisch geschrieben zu haben, damit dieses Werk nicht als »Bestärkung irgendwelcher reichsdeutschen Aspirationen« genommen werde. Auch dies scheint dafür zu sprechen, daß die Machtlehre es unternimmt an Stelle des »Reichs« die »Bildung« zu setzen, daß Zarathustra den Willen zur Macht vor der Verwechslung mit Macht Tendenzen anderer Natur zu schützen sucht, indem er das »Markten um Macht« und das »Machtgesindel« dem eigentlichen Willen zur Macht gegenüberstellt. »Seht mir doch diese Überflüssigen, Reichtümer erwerben sie und werden ärmer damit. Macht wollen sie und zuerst das Brecheisen der Macht: viel Geld . . ., diese Unvermögenden.« Man wird daher der Behauptung Spenglers (der auch hier nur das Außen sieht), daß Nietzsches Machtmoral heute Realität sei, in »Realpolitikern, Geldmagnaten, Ingenieuren, Organisatoren«, nur sehr bedingt zustimmen können. Weit eher darf man unter der Machtgewinnung auf Erden jenes Zuhausesein in dieser Welt verstehen, über das auch persönliche Äußerungen einigen Aufschluß

geben. »Mir liegt an der immer größern Befreiung Ihres Gefühls und an dem Erwerbe eines innigen und stolzen Zuhauseins, in summa an Ihrem glücklichsten, allerglücklichsten Schaffen und Reifwerden so unendlich viel« heißt es in einem Brief an einen Freund. Man wird daher in der Tat leicht zu dem Ergebnis gelangen, daß der Wille zur Macht, der auf primitiven Stufen vorwiegend ein Wille zur Aufhäufung sein mag, in seinen höchsten Formen nicht mehr ein Wille zum *Mehrhaben* sondern ein Wille zum *Mehrwerden* ist, zu einem organischen Mehrwerden, aus dem tiefsten Kern des eigenen Wesens heraus. Und so ist jener Italiener, der aus einer Komposition Nietzsches etwas vom »Kalvarienberg«, eine »*musica ecclesiastica*« heraushören wollte, ein schlechter Nierenprüfer gewiß nicht gewesen. Denn es kann heute kaum mehr übersehen werden, daß die Machtlehre in ihrem tiefsten Wesen wirklich mehr von Kalvarienberg und *musica ecclesiastica* in sich enthält als von einer Guttheißung der üblichen Machtpolitik. In die gleiche Richtung weisen auch die vorgeschlagenen »Mittel zum wirklichen Frieden«: »sich wehrlos machen, während man der Wehrhafteste war«, »zweimal lieber zugrunde gehen als sich hassen und fürchten machen« usw.

Und doch wäre es ein Irrtum, wollte man nun den Schluß ziehen, daß die Machtlehre, ins andere Extrem verfallend, eine vollständige Abwendung von jeder Politik erstrebt, was in der Tat einen Rückfall in ein weit zurückliegendes Stadium vorstellen würde. Aus dem ursprünglichen Jasagen zur Macht, bei aller Einsicht, daß sie »böse« ist, kann nicht eine unpolitische Haltung erwachsen. »Wer hier zu Berge zieht,« wurde auf die Bemerkung von der *musica ecclesiastica* erwidert, »ist schon ein ganz anderer. Der trägt Speer und Morgenstern statt des Kreuzes, und wenn er oben ist, jauchzen ihm die Machthaber der Erde zu.« Aber eine ganz andere Art der Politik wird sich daraus ergeben müssen, eine Politik, die durchaus im Gegensatz steht zu jener Politik des »kurzen Blicks und der raschen Hand«, die dank der »krankhaften Entfremdung, welche der Nationalitätenwahnsinn zwischen die Völker Europas gelegt hat,« gar nicht ahnt, daß dies alles notwendig nur »Zwischenaktspolitik« sein kann. Es ist die »große Politik«, die Nietzsche meint, und die er im *Ecce homo* verkündet. Wie wird diese »große Politik« aussehen? Es soll versucht werden die Antwort darauf im wesentlichen von jenen Gebilden abzulesen, die der Antichrist, als der einzige von Nietzsche selbst vollendete Teil des Willens zur Macht, und als sein letztes Vermächtnis, und der *Ecce homo*, als die dafür bestimmte »feuerspeiende Vorrede«, zeichnen. Den Verkörperungen des niedergehenden Lebens, gegen die der Antichrist mit Prophetenzorn eifert, werden da als Objektivierungen des lebendigen Machtwillens gegenübergestellt: die Kultur der Veden, deren Niederschlag Nietzsche im Gesetzbuch des *Manu* sieht, und die sich ihm vor allem in der Kulturpyramide verkörpert, das *Imperium Romanum*, die Welt des Islams, die Renaissance und vor allem das Werk Napoléons; manches davon mit souveräner Nichtbeachtung des historischen Sachverhalts und nicht frei von willkürlichen Entstellungen, wobei man sich aber nicht aufzuhalten braucht, weil es sich lediglich um Typen und Symbole handeln soll.

Die Gesetzgebung des *Manu* wird von der Heiligung des Lebens getragen. Ihr Zweck ist eine »große Organisation der Gesellschaft zu "verewigen"« als die »oberste Bedingung dafür, daß das Leben gedeiht«. Es sollte damit der »Vernunftvertrag von langen Zeiten des Experiments und der Unsicherheit zum fernsten Nutzen angelegt, und die Ernte so groß, so reichlich, so

vollständig wie möglich eingebracht« werden. Es ist ersichtlich, daß hier ein Leben des Heute gemeint ist, das aber das Morgen im weitesten Sinn in sich einschließt. Schon bei den niedersten Lebewesen ist nach Nietzsche dieser Trieb zum Leben nicht ein Wille zum Dasein im Sinn eines bloßen Dableibens sondern ein Drang nach Steigerung, nach Mehrwerden, nach Expansion, selbst, wenn diese wie beim Protoplasma zum Zerfall, bei der Amöbe zu Spaltung und Untergang führt. »Das Leben selbst gilt mir als Instinkt für Wachstum, für Dauer, für Häufung von Kräften, für Macht.« Verwandt damit ist dieser Ausspruch: »Bis jetzt hatte die "Erziehung" den Nutzen der Gesellschaft im Auge, nicht den möglichsten Nutzen der Zukunft.« Auch dies läßt ahnen, wie stark in Nietzsches Abwendung vom Sozialismus die Ehrfurcht vor einer höhern Macht mitgesprochen haben wird, die nicht ver-raten werden durfte, auch um des Sozialen willen nicht, so daß es im Grunde auch hier ein Gott war, der ihn zu seiner Gottlosigkeit bekehrte. In der Kulturpyramide stellt sich ein Kulturleben dar, das sich auf dem Mitwirken aller Kasten aufbaut und das Können, das ist die Machtauswirkung aller einzelnen Kräfte, zur Voraussetzung hat. Denn das Können der »Mittelmäßigen«, der »Muskelkräfte«, ist die erste Bedingung für die Herrschaft der Geistigsten. Diese geschulten Kräfte bilden das Gefolge, die »rechte Hand« jener Geistigsten aus keinem andern Grund, als weil diese, wie es der Nachlaß ausdrückt, »wandelnde Gesetzgebungen« sind, wie es ja auch nach Zarathustra »kein härteres Unglück in allen Menschenschicksalen gibt, als wenn die Mächtigen der Erde nicht auch die ersten Menschen sind«. Demnach wird die Rangordnung nur das »oberste Gesetz des Lebens« formulieren, sie ist also von vornherein als eine solche gedacht, die aus dem Gesetz des Lebens erwächst und nicht dieses Gesetz fortwährend vernichtet und durchkreuzt. »Unterschätzen wir die Vorrechte der Mittelmäßigen nicht . . . Für den Mittelmäßigen ist mittelmäßig sein ein Glück . . . Das Leben nach der Höhe zu wird immer härter.« Ähnlich auch »die höhere Kaste: also ärmer und einfacher, doch im Besitz der Macht«. Überflüssig zu sagen, daß die Vaterschaft eines solchen Staates natürlich Plato zukommt, und sein Urbild in jenem Staat zu suchen sein wird, in dem die Philosophen die Könige sind. Wesentlicher als diese historische Erinnerung ist die Tatsache, daß hier Nietzsche, gemäß der Forderung, die er selbst aufgestellt hat, in der Tat versucht »an Stelle der "Gesellschaft" den Kulturkomplex« zu setzen.

Ein solcher Kulturkomplex ist auch das Imperium Romanum. Und hier wird es noch deutlicher, daß ein Staat, der sich auf Gesetzen gründet, deren Verkörperungen die großen Einzelnen sind, doch nicht auf der Person ruht. Diese »Organisationsform aere perennius«, dies »bewunderungswürdigste Kunstwerk großen Stils«, das mit »granitnem Selbstbewußtsein« den Unterbau zu einer »Arbeit von Jahrtausenden« gelegt hat, war ein Anfang, berechnet sich mit Jahrtausenden zu beweisen. Die »ungeheure Tat« dieses Imperiums bestand darin »den Boden für eine große Kultur zu gewinnen, die Zeit hat . . . Der Zufall von Personen darf nichts in solchen Dingen zu tun haben: erstes Prinzip aller großen Architektur«. Indem diese Organisation fest genug war auch »schlechte Kaiser« auszuhalten, konnte sie den Boden für eine große Kultur bereiten, auch dadurch, daß sie alle nötigen »Voraussetzungen zur gelehrten Arbeit« geschaffen hat. »Alles Wesentliche war bereits gefunden, um an die Arbeit gehen zu können«: der Tatsachensinn, die »unvergleichliche Kunst gut zu lesen«, der »freie Blick vor der Realität«, die

»vorsichtige Hand«, die ganze »Rechtschaffenheit der Erkenntnis« und überdies auch noch der »gute, der feine Takt und Geschmack«, und zwar nicht als »Gehirndressur«, nicht als »deutsche Bildung mit Rüpelmanieren sondern als Leib, als Gebärde, als Instinkt, als Realität«. Dies ist das Imperium Romanum; die »Vornehmheit des Instinkts, der Geschmack, die methodische Forschung, das Genie der Organisation und Verwaltung, der Glaube, der Wille zur Menschenzukunft, das große Ja zu allen Dingen, als Imperium Romanum sichtbar, für alle Sinne sichtbar, der große Stil nicht mehr bloß Kunst sondern Realität, Wahrheit, *Leben* geworden«.

Und schließlich Napoléon. Im Antichrist waltet sein Geist gleichsam hinter den Kulissen. Der grandiose Schatten streift bei Erwähnung der »"Freiheitskriege« vorüber, die für Nietzsche zu jenem »Umsonst für etwas, das bereits da war, für etwas Unwiederbringliches,« gehören. Man weiß, daß die Gestalt und das Werk Napoléons dazu bestimmt waren einen großen Platz in Nietzsches Willen zur Macht einzunehmen, daß Nietzsche geneigt war in einer »Wallfahrt nach Corte, der Stadt der Empfängnis Napoléons, eine geziemende Vorbereitung für den Willen zur Macht« zu sehen. Aufschlußreich ist auch die Notiz im Zarathustranachlaß: »Mit der Genesung Zarathustras steht Caesar da.« Aus dieser Verheißung und aus der Art, wie Nietzsche die Sendung Napoléons erfaßt, läßt sich nicht nur entnehmen, daß auch in dieser Philosophie eine Wendung zur Tat im Plan lag, sondern man kann darauf gestützt auch versuchen bestimmte Linien der geschauten Aufgabe aufzudecken.

Bedeutet die Person Napoléons eine Verkörperung jener Einheit, die den ethischen Sinn der Machtlehre bildet, als eine »Synthese von Unmensch und Übermensch«, so ist für Nietzsche die Einheit auch der Sinn der politischen Sendung Napoléons. Wörtlich schreibt er sich aus dem Napoléonischen Memorial heraus: »J'ai refermé le gouffre archaïque et débrouillé le chaos. J'ai ennobli les peuples.« Die große Mission Napoléons war die Bindung, die Bindung der Nationen in einer höhern Einheit nicht durch Vernichtung dieser Nationen sondern durch ihre Erhöhung in Form der kräftigen Herausgestaltung der besonderen Fähigkeiten jeder einzelnen. J'ai ennobli les peuples. Napoléon ist einer jener großen »Vereinfacher der Welt« aus der Reihe der »Gegenalexander«, nach denen die 4. Unzeitgemäße Betrachtung ausschaut, deren Aufgabe es nicht mehr sein kann »den gordischen Knoten . . . zu lösen, wie es Alexander tat, so daß seine Enden nach allen Weltrichtungen hin flatterten, sondern ihn zu binden, nachdem er gelöst war: das ist jetzt die Aufgabe«. Daß die Deutschen diese Sendung nicht erkannt haben, daß sie in der Entscheidungsstunde nicht das »ökumenische Weltreich« gewählt haben sondern sich »zur ichtsüchtigen Verengung, zur kleinen Nurddeutschheit, zum Nationalismus« entschieden haben, dies ist nach Nietzsche die »eigentliche Urschuld des deutschen Wesens«, und darauf gründen sich die Anklagen des *Ecce homo* (man lese darüber auch das Kapitel über Napoléon in Ernst Bertrams Nietzschebuch). »Die Deutschen haben endlich, als auf der Brücke zwischen 2 Décadencejahrhunderten eine *force majeure* von Genie und Wille sichtbar wurde, stark genug aus Europa eine Einheit, eine politische und *wirtschaftliche* Einheit, zum Zweck der Erdregierung zu schaffen, mit ihren "Freiheitskriegen" Europa um den Sinn, um das Wunder von Sinn in der Existenz Napoléons gebracht; sie haben damit alles, was kam, was heute da ist, auf dem Gewissen, diese kulturwidrigste Krankheit und Unvernunft, die es gibt, den Nationalismus, diese *névrose nationale*, an der Europa

krank ist, diese Verewigung der Kleinstaaterei Europas, der *kleinen* Politik; sie haben Europa selbst um seinen Sinn, um seine *Vernunft*, sie haben es in eine Sackgasse gebracht.« Die Bindung Europas durch die »Kraft über die nationale Bewegung Herr zu werden«: dies ist der Sinn der Napoléonischen Politik; ihr Ziel: »ein Europa als politische Einheit«, ein Europa, das alle Nationen in jenem Hegelschen Sinn in sich aufgehoben hat, so daß diese dabei sich nicht aufzugeben brauchen, weil sie damit zugleich in ein Höheres emporgehoben werden, in dem sie mit all ihren Werten aufgehen können. Mit einem solchen Ziel vor Augen können die Stunden der »herzhaften Vaterländerei« nichts anderes bedeuten als einen »Plumps- und Rückfall in alte Lieben und Engen«, und wengleich es immer »dumpfe und zögernde« Rassen geben wird, die lange Zeit brauchen, »um solche atavistischen Anfälle von Vaterländerei und Schollenkleberei zu überwinden und wieder zur Vernunft, will sagen zum "guten Europäer" zu kommen«, so mehren sich doch die »unzweideutigsten Anzeichen, daß *Europa eins* werden« will. Während sich bei allen »tieferen und umfänglicheren« Menschen dieses Jahrhunderts durch die »Gesamtrichtung in der geheimnisvollen Arbeit ihrer Seele« der Weg zu jener »neuen Synthesis« vorbereitet hat, und so »versuchsweise der Europäer der Zukunft« vorweggenommen wurde, geht auch ganz allgemein bereits der Prozeß des »werdenden Europäers« heute überall vor sich in Form der »Anähnlichung, der wachsenden Loslösung von den Bindungen, unter denen klimatisch und ständisch gebundene Rassen entstehen, ihre zunehmende Unabhängigkeit von jedem bestimmten Milieu«, also »die langsame Heraufkunft einer wesentlich übernationalen und nomadischen Art Mensch, welche, physiologisch geredet, ein Maximum von Anpassungskunst und -kraft als ihre typische Auszeichnung besitzt«.

Was in diesem Prozeß vor sich geht, ist nichts anderes als was sich nach Nietzsche im gesamten Geschehen vollzieht, in der organischen wie auch in der anorganischen Welt, »Jedes Atom wirkt in das ganze Sein hinaus.« Jeder spezifische Körper strebt danach »über den ganzen Raum Herr zu werden und seine Kraft auszudehnen (sein Wille zur Macht) und alles das zurückzustoßen, was seiner Ausdehnung widerstrebt. Aber er stößt fortwährend auf gleiche Bestrebungen anderer Körper und endet sich mit denen zu arrangieren ("vereinigen"), welche ihm verwandt genug sind: so konspirieren sie dann zusammen zur Macht. Und der Prozeß geht weiter.« Diesem Urzustand der Zellen wird im menschlichen Reich eine Politik entsprechen, »wo alle Machtgebilde der alten Gesellschaft in die Luft gesprengt sind«, wo die Politik selber »gänzlich in einen Geisterkrieg aufgegangen ist«, und wo die Machtfragen nichts anderes sind als »Fragen des Könnens«. Der Plan Europa als Einheit zu gestalten wird vielfach auch im einzelnen erwogen, es ist von »weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten« die Rede, von »Interessen« an Stelle der »Volksvertretungen« und Ähnlichem.

So sieht der Imperialismus Nietzsches aus. Er will dem Geist sein Haus auf Erden bauen und die Welt zu gemeinsamem Schaffen vereinen, jeden Nationalismus durch die Erhöhung der Nationen aufheben. Er hat also nichts mit jener Mißgestalt zu tun, die man heute mit dem Schlagwort Imperialismus zu meinen pflegt, er ist ein echter Imperialismus, der das Bild der an Schöpferkraft mächtigsten Imperien hervorzaubert, die es jemals gegeben hat. Mit einem solchen Imperialismus vor Augen darf man den Willen zur Macht im Gesellschaftsleben als einen Willen zur Gemeinschaft definieren,

Die aufmerksam mich beobachtet,
 Ich grüße dich, Schwester,
 Doch weiß ich, daß ich größer bin als du,
 Größer als alles andere.
 Ich bin mir selbst größer als die Wüste oder die Welt
 Oder die himmelweiten, fremdartigen Sterne,
 Die neugierig lügen.
 Ich bin geheimnisvoll,
 Teil der Ewigkeit und Teil der Zeit.
 Wenn ich den Tod begrüßt und seine Hand ergriffen habe,
 Wird' ich losgesprochen sein und nichts mehr wissen.
 Dennoch, ich bin jetzt ein Teil der Zeit
 Und werde ein Teil der Ewigkeit sein,
 Unzerstörbar wie die Sonne oder die Sterne.

Wo bist du, Wahrheit? Wo bist du?
 Die Wüste ist so unbarmherzig.
 Ich fürchte mich vor ihrer Größe.
 Ihre Gleichgültigkeit erschreckt mich.
 Ich bin allein, ein Atom,
 Von der Ewigkeit in die Zeit geworfen;
 Ausgelost mein Teil zu tun.
 Ich will mein Teil tun, und es soll mein eigenes sein.
 Ich will mich weigern in der gemeinen Form geformt zu werden,
 Regelsam im Schrittmaß des Herkommens zu schreiten,
 Mich an einförmigen Schablonen zu messen.
 Ich will meine Fesseln fortwerfen und, in Lumpen selbst,
 Wie ein Straßensänger, mein Lied singen.
 Ich will herrscherhaft schreiten und die Pfade zerstören,
 Die Formen und die Schablonen.

VICTOR NOACK · KOMMUNALER WIEDERAUFBAU

PFLICHT zum Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft und Verantwortung für dessen Gelingen lastet nicht zuletzt auf den Gemeinden. Daher darf man das Gemeindevertretungsmandat nicht unterschätzen. Die Streitfrage "Politisierung oder Entpolitisierung der Gemeindevertretung?" ist jetzt, bei den uns unmittelbar gestellten produktiven Aufgaben, veraltet. Wo der Neuaufbau den Inhalt der Politik zu bilden hat, kann die Gemeinde nicht "unpolitisch" sein. Man braucht kommunalpolitische Arbeitsprogramme, die auf Weltanschauung sichten. Aber gerade der sozialdemokratischen Kommunalpolitik mangelt Klarheit und Ziel, weil jede bestimmte Richtung fehlt. Ortsfragen sind örtlich zu behandeln. Dabei gibt es naturgemäß Kompromisse. Der Erfolg ist der Preis. In Überzeugungs- und Weltanschauungsgrundsätzen duldet der Charakter kein Abbiegen. Orientierung durch Parteiprogramm kann nötig sein, damit der Blick nicht an der Kirchturmspitze hängen bleibe. Am nötigsten ist sie wohl dem *Gemeindevorsteher*, dem Bürgermeister, Magistratsdirigenten, der Kopf der Verwaltung sein, das Steuer führen muß, an dessen sicherer Hand der Wagen stillsteht oder läuft, rückwärts

oder vorwärts, gerade aus, links oder rechts herum. Bei hinreichendem Verstand, kühl und scharf, und Blutwärme, idealem Schwung und sozialem Gefühl, woraus schaffender Eifer für die Aufgaben und Pflichten der Verwaltung und darüber aufbauende Phantasie wachsen, bei Energie und Charakterstärke Ziele zäh zu verfolgen und an der Kurve nicht zu entgleisen: bei solchen Tugenden ist der Verwaltungsdirigent Träger und Bahnbrecher der Wirtschafts- und Sozialpolitik, weit über Kirchturmshorizont hinaus. So stark, wird er auch Widerstände in der Gemeindevertretung niederringen. Ist er unser Mann, ist es Pflicht ihn zu stützen, auch wenn die Fraktion nicht einhellig seiner Meinung ist. Hat er wahrhaftig nur das Wohl der Gemeinde zum Ziel, will er wirklich das Gute, Gemeinnütziges schaffen, dann wurzelt er tief und sicher im Vertrauen seiner Bevölkerung, ist er unüberwindlich. Freilich muß er wissen, was jeweils am dringendsten nottut, das Nötigste vom weniger Nötigen unterscheiden können und Ohr und Mund der Öffentlichkeit haben. Seine Vorlagen für die Gemeindevertretung müssen sachlich klar sein. Er muß die Grenzen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit seiner Gemeinde kennen und sich hüten Forderungen an die Gemeindevertretung zu stellen, die jene überschritten. Er schließt auf, und wie unter dem Stab des Moses in der Wüste sprudeln unter seiner Feder Quellen auf. Er lockt durch Fanfaren seines Wirkens Industrie und Handel oder Unternehmer für Hotelbauten oder andere Betriebe, die den Fremdenverkehr heben. Er bringt ins Hinterland der Zivilisation Gas und Elektrizität und zwingt Gebirgs-wässern stählerne Bügel und Zügel der Technik auf. Er baut Häuser, damit sie wohnen, die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Schaffenden in Handel und Industrie. Und seine Sorgen schaffen Betriebskapital, verteilen die Last nach Maß der Kräfte auf die, die den Segen der Arbeit genießen: Umlage teils auf das Ganze, teils auf bestimmte Gruppen der Bevölkerung.

Der Gemeindevorsteher soll also Leitlinien der Entwicklung finden und abstecken, wonach seine Beamten, Angestellten und Arbeiter schaffen können. Er gleicht dem Wirtschaftspolitiker, der weltüberblickend auf der Landkarte den Weg der Bahn einzeichnet, die dem Staat neue Einflußgebiete erschließen soll: Imperialismus. Die Gemeindevertretung ist Aufsichtsrat, der prüft und korrigiert. Rechnungsführer (Kämmerer) und Gemeinsekretär sind Ingenieure, geistige Vorarbeiter für die praktischen Arbeiter, die Tunnel durch Gebirge brechen und den Weg mit blanken Schienen überspannen. Die übrigen sind Muskelleistung.

In der *Gemeindevertretung* wirken sich parteipolitisch fraktionelle Meinungen aus. Beratungen in der Gemeindevertretung sollen die mitunter im Raum hart sich stoßenden Sonderinteressen der einzelnen Stände zwischen den Parteien ausgleichen. Dabei müssen unsere Mandatsträger sich auf der Höhe unserer Weltanschauung bewegen. Erforderlich ist, daß sie in jedem Fall wissen, wo die Partei grundsätzlich steht. Also kommunalpolitisches Arbeitsprogramm. Eine sprunghafte Entwicklung wie jetzt wirft immer neue Probleme auf, die nicht mit einemmal und auf Jahre hinaus entschieden werden können. Mithin bedarf es neben grundsätzlichem Arbeitsprogramm laufender Belehrung und Aufklärung der Gemeindevertreter und Verwaltungsbeamten. Es war schädlich, daß das parteioffizielle kommunalpolitische Organ nicht durchgehalten wurde, wie gut geführte bürgerliche Organe, und dadurch diesen möglich wurde unsere Kommunalpolitik wesentlich zu beeindrucken. Gewiß ist es wünschenswert, daß wir bürgerliche Fachliteratur kennen. Aber

das notwendige Korrelat unserer eigenen Wissenschaft durfte nicht fehlen. Länger als ein halbes Jahr, und zwar das politisch so außerordentlich stark bewegte Winterhalbjahr 1923-1924, hat die Partei der kommunalpolitischen Führung durch ein parteioffizielles Organ entbehrt. Erst Mitte Mai dieses Jahres haben die Genossen die erste Nummer des neuen sozialdemokratischen Organs Die Gemeinde empfangen. Eine laufende Belehrung durch die Halbmonatsschrift genügt aber nicht. Wichtiger noch ist die mündliche Aufklärung auf Gemeindevertreter- und Vorsteherkonferenzen durch sach- und fachkundige Referenten und Aussprachen. Ich verweise auf meinen Vorschlag zur Bildung einer Reichsgemeindevertreterkonferenz, einer Zentralorganisation der gesamten Kräfte unserer Partei, die kommunalamtlich zu arbeiten haben: Die Fraktion der zu Kreis, Bezirk, Provinz, Land gehörigen Gemeinden (einschließlich Kreis- und Provinziallandtagsabgeordneten) bilden Kreis-, Provinzial- und Landeskonferenzen und zusammengefaßt die Reichskonferenz, deren obligatorisches Organ die parteiamtliche Zeitschrift wäre. Die Verwaltungsgeschäfte der Reichskonferenz besorgte das dem Parteivorstand anzugliedernde Kommunalpolitische Generalsekretariat der Sozialdemokratischen Partei, das Auskunftsstelle, Propaganda- und Agitationszentrale wäre, Material sammelte und verarbeitete, Parlament und Presse mit Unterlagen und Artikeln versorgte (Korrespondenz, Statistik) und womöglich zu einer Spezialabteilung unseres Parteiverlags in Berlin ausgebaut würde. So vermöchte die Partei ihre Gemeindevorteiler, -vorsteher und -beamten geistig auszurüsten, daß sie allen Gegnern gewachsen wären. In der Gemeindevertretung ist der Gemeindevorsteher der ruhende Pol, der Kopf, dessen Objektivität und vorurteilslose Gerechtigkeit Konflikte vorbeugt oder sie mildert; besonders bei der Bürgermeistereiverfassung und nach der thüringischen Gemeindeordnung. Bei der Gemeindevertretung aber liegen Macht und Entscheidung. Sie kann Schwert sein die Geisteskinder des Gemeindevorstehers und seiner Mitarbeiter zu köpfen; aber auch jener schützende, nährnde, erhaltende Mutter. Folglich ist sie auch vor allen verantwortlich, und die korporative Verantwortlichkeit ruht auf jedem einzelnen Mitglied. Nicht zu Unrecht wird der einzelne wegen einer Abstimmung, einer Entscheidung der Gemeindevertretung, wobei er mitgewirkt hat, vom betroffenen Interessenten persönlich zur Rechenschaft gezogen. Einen Teil der Verantwortung trägt die Partei, sofern sie sich grundsätzlich zu der betreffenden Frage geäußert hat; das entlastet die Fraktion nicht unwesentlich.

Noch einen andern Weg gibt es Verantwortung auf eine breite Basis zu stellen. Ein Beispiel: In meiner Gemeinde legte ich, als Gemeindevorsteher, der Gemeindevertretung ein Ortsgesetz vor, wonach künftig einzig nach den Bestimmungen des Reichsheimstättengesetzes Gemeindeland auszugeben ist. Bei einer sozialistisch-kommunistischen Mehrheit von nur 1 Stimme war das Schicksal der Vorlage in der Gemeindevertretung zweifelhaft. Unzweifelhaft aber war mir, daß die Mehrheit der Einwohnerschaft meine grundsätzliche Stellung billigte. Ich spielte sie gegen die Gemeindevertretung aus, indem ich in öffentlicher Volksversammlung eine Resolution zur Annahme brachte, worin klipp und klar gefordert wird, daß Gemeindeland nur noch zu den Bedingungen des Reichsheimstättengesetzes vom 10. Mai 1920 ausgegeben werde. Nach dieser Willenskundgebung von nahezu 1200 Einwohnern wurde meine Vorlage in der Gemeindevertretung einstimmig angenommen. Dieses Verfahren entspricht dem demokratischen Grundsatz der Volksabstimmung.

Gemeindevertreter, die nach Gewissen und bestem Wissen ihr Mandat wahrnehmen, scheuen persönliche Verantwortung nicht. Die Mannigfaltigkeit der Arbeit erfordert aber Wissen, Lebenserfahrenheit und Urteilskraft ungewöhnlichen Maßes, um Fehlgriffe zu vermeiden. In Preußen ringen die Parteien noch immer um Verfassungs- und Verwaltungsreform. Severing legte am 18. Januar 1923 dem Landtag Entwürfe für die neue Städte- und Landgemeindeordnung vor, die 2 Tage später samt Vorschlägen des Staatsrats im Sonderausschuß "beigesetzt" wurden. Thüringen hat das Jahr 1922 die in vielem vorbildliche kommunale Verfassungs- und Verwaltungsreform gebracht. Den Landtagswahlen im Februar 1924 folgte eine Rückbildung: das Notgesetz zur Vereinfachung der Verwaltung vom 27. März 1924. Zu den Verfassungs- und Verwaltungsproblemen gehört auch der zweckmäßige Aufbau durch Ein- und Umgemeindung, Verschmelzung von Gemeinden, Bildung von Zweckverbänden. Neben den großen Fragen der äußern, staatskommunalpolitischen Verfassung und Verwaltung stehen, praktisch nicht weniger bedeutend, die der innern Verwaltungsorganisation, der Werksbetriebsverwaltung (Wasser, Gas, Elektrizität und dergleichen), weiter die der Finanzwirtschaft: Vermögens-, Schulden-, Grundkapital-, Steuerverwaltung (Bank- und Sparkassenwesen), die der Polizeiverwaltung (Sicherheits-, Ordnungs-, Gewerbe-, Sach-, nämlich Feld-, Forst-, Jagd-, Fischereipolizei). Zur Gewerbe-, Polizei gehören Gewerbeaufsicht und Arbeiterschutz. In das verzweigte Gebiet Öffentliche Wohlfahrtspflege hinüber führt das Sozialversicherungswesen (Reichsversicherungsordnung, Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Hinterbliebenen-, Angestelltenversicherung usw.). Dann die Sozialhygiene: Medizinalwesen (Krankenhaus-, Heilanstaltsverwaltung, Apothekenfragen), Seuchenschutz (Tuberkulosebekämpfung), Leichenbestattung, Nahrungsmittelkontrolle, Veterinärwesen; das Kulturwesen: Unterricht und Erziehung (Schule, Berufs- respektive Fortbildungsschule); das Volksbildungswesen: Volkshochschule (Bibliothek), Theater, Museum; die Armenpflege: offene, geschlossene (Anstalten, Stiftungen); die Jugendfürsorge: Vormundschaft, Waisenpflege, Jugendgerichtshilfe, Fürsorgeerziehung, Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkindpflege (Kinderbewahranstalt, Krippe, Ferienkolonie usw.); die Gesundheitsfürsorge: Tuberkulosen-, Krüppel-, Siechen-, Trinker-, Blinden-, Taubstummengfürsorge; die Wohnungsaufsicht und Hauspflege; die gewerbliche und wirtschaftliche Fürsorge: Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung, Arbeitsvermittlung, Kleinrentner-, Sozialrentner-, Kriegsinvaliden-, Hinterbliebenengfürsorge usw. Da sind ferner Standesamtswesen, Land- und Forstwirtschaft, Handel, Gewerbe, Verkehr usw. und, last not least, die überaus wichtige Boden-, Siedelungs-, Bau- und Wohnungspolitik.

Die Finanzierung der Siedelungs- und Bauunternehmen ist die härteste Nuß, die die Gemeindeverwaltung zu knacken hat. Die städtischen Sparkassen sind erschöpft, Goldhypothenken nicht zu bekommen. Dazu die Blutleere im Reich und in den Ländern. Das Reichsarbeitsministerium gab mir Anfang Mai dieses Jahres durch einen zuständigen leitenden Beamten Erklärungen ab, die einen Bankrott der Reichssiedelungs- und -wohnungspolitik bedeuten. Auch die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge fällt nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsministeriums für Wohnungsbauten völlig aus. Die "Pflichtarbeit" Erwerbsloser ist, da sie von diesen mangels sozialpolitischer Einsicht innerlich abgelehnt wird, minderwertig und für den Wohnungsbau nicht zu gebrauchen. Der vom Stadtrat Becker /Jena/ so hervorragend geführte

Thüringer Städteverband fordert übrigens die Beseitigung des bisherigen Systems der produktiven Erwerbslosenfürsorge, weil größer als sein wirtschaftlicher Ertrag die Verwaltungskosten sind. Die Mietsaufwertungssteuer auf Grund der 3. Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 fließt zu spärlich dieses schwere Mühlwerk treiben zu können. Man denkt hier und dort auch daran den öffentlichen Wohnungsbau durch Ausgabe sogenannter Baukassenscheine nach Darmstädter Muster zu finanzieren, Scheine, die auf einen bestimmten Goldmarkbetrag lauten und die Stadt zu gewissen Leistungen verpflichten, wie Lieferung von Gas und Strom aus städtischen Werken oder Holz aus städtischen Forsten. Also Vorschußzahlungen, die die laufenden Einnahmequellen der Gemeinde (Werksbetriebe) trocken legen. Ich halte dieses Verfahren, allgemein auf alle städtischen Leistungen angewandt, für sehr bedenklich. Dagegen habe ich mit dem größten Sägewerk in meiner Gemeinde einen Monopolvertrag auf Holzlieferung aus dem Gemeindewald abgeschlossen, der mir zinslose Vorschüsse auf das zu liefernde Holz sichert und mir auch schon bei Lebensmittelbeschaffungen während der Notzeit 1923-1924 geholfen hat. Freilich verstopft solch ein Abkommen ebenfalls je nach Größe des Vorschusses eine der wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinden; immerhin doch nur die eine. Die auf Grund des Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus (Mietssteuergesetz) vom 28. März 1923 gewonnenen Mittel waren Tropfen auf heißen Stein. In Thüringen kann man mittels der §§ 8 und 10 des Gemeinde- und Kreisabgabengesetzes vom 28. März 1923 Unternehmerbeiträge zu den Kosten des Kleinwohnungsbaus erheben. Das Gesetz ist zwar vom Verband der mitteldeutschen Industrie angefochten; aber der Thüringer Städteverband empfiehlt seinen Mitgliedern sich an diese Bestimmungen zu halten. Der Ertrag auch dieser Maßnahme ist, besonders in kleinen Gemeinden, gering. In der Sitzung des Bau- und Wohnungsausschusses des Thüringer Städteverbandes am 14. März 1924 wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Unternehmerbeiträge sich im gleichen Verhältnis verringern wie die Mieten steigen, weil die Unternehmerbeiträge nur zur Deckung eines Teils der nicht rentierenden Baukosten verwendet werden dürfen. Empfohlen wird mittels des § 9 des Gemeinde- und Kreisabgabengesetzes die Unternehmer zum Bauen zu bewegen.

Boden gehört zum Siedeln, Bauen, Wohnen, Arbeiten, kurz zum Leben wie zum Sterben. Im Boden keimt, wurzelt, wächst alles Neue, Bodenpolitik ist das Primäre, das allem Vorausgehende. Eine Gemeinde ist so reich wie sie Boden: Bauland, Ackerland, Wald, überhaupt Wirtschaftsland, besitzt. Je lebendiger eine Gemeindeverwaltung, um so rühriger und gefährlicher das Bodenspekulantentum. Noch haben wir in Thüringen das Bodensperrgesetz (Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken vom 16. Mai 1923). Aber Gesetzen solcher Art klingt jetzt das Armesünderglöcklein. Grundsatz kommunaler Bodenpolitik muß sein: Die Bodenrente gehört der Gemeinde.

Schon dieser kurze Ausflug in das Arbeitsgebiet der Gemeinde zeigt dessen Mannigfaltigkeit. In unübersehbarer Folge grenzen Arbeitsäcker aneinander. Sie ordentlich und ertragreich zu bestellen braucht eine *Gemeindeverwaltung* Arbeitskräfte. Falsche Sparsamkeit bedeutet der Kommunalabbau auf Grund der Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben vom 27. Oktober 1923 dann, wenn damit den Verwaltungen für gedeihliche Fortführung ihrer Obliegenheiten erforderliche Kräfte entzogen werden. Freilich, der Beamten-

abbau als solcher ist notwendig. Die große Anzahl der Arbeitenden muß überall durch intensive Arbeit ersetzt werden, die eine Mehrleistung erzielt. Nur so kann die Volkswirtschaft ihr Gesamtprodukt erhöhen. Aber es muß bei der Verminderung der Angestelltenzahl rein sachlich vorgegangen werden. Entscheidend muß die Qualität sein. Schematische Anwendung von Gesetzen ohne Rücksicht auf sozial-individuelle Verhältnisse (in diesem Ausdruck liegt nur scheinbar eine *contradictio in adiecto*) führt zur Lahmlegung wirtschaftlich und sozialpolitisch schaffender Kräfte. Also kein formales Schema sondern produktive Gestaltung auch in der Beamtenfrage. Bei allen großen und in den meisten mittleren Gemeinden ist ein gründlicher Abbau das Mittel der Gesundung. In manchen kleinen Gemeinden tut umgekehrt ein Aufbau not. Es gibt Gemeinden, deren ganzer Verwaltungsapparat in dem außerordentlich kärglich besoldeten Gemeindevorsteher besteht und einem alten Faktotum, Gemeindediener betitelt, das durch "Freitische" ernährt wird, das heißt wie ein Bettler mit seinem Teller jeden Mittag vor immer eines andern Tür hintreten muß. Beide sind unwissend und stehen mit einander hilflos dem Andrang öffentlicher Aufgaben gegenüber. Gesetze, Verordnungen, Verfügungen vorgesetzter Behörden wachsen in der Ecke der Amtsstube ungelesen, unbeachtet zu Papierbergen an. Wichtigste Ansprüche der Gemeindeglieder gehen verloren. Hoffnungen, Erwartungen, insbesondere in der öffentlichen sozialen Fürsorge, werden bitter getäuscht, öffentlichrechtliche Interessen überhaupt nicht vertreten, wirtschaftliche Möglichkeiten nicht genutzt, Kapitalschätze nicht gehoben.

Leicht ist es sich auszudenken, wie viel Land und Reich infolge Mißwirtschaft in Gemeindeverwaltungen an ideellen und materiellen Werten einbüßen, wenn man begriffen hat, daß alle staatswirtschaftliche und sozialistische Entwicklung in den Gemeinden beginnen muß, und auch daran denkt, daß die Gemeinden Steuereinheber für Land und Reich sind, und bei den Gemeinden auch die letzte Exekutive der Staatsordnungsmacht liegt. Wäre etwa ein Stinnes Eigentümer des Landes, die Verwaltung also privatkapitalistisch orientiert, wäre Unwirtschaft in Gemeindeverwaltungen nicht möglich, würde in ihnen hochgespannte Arbeit pulsieren. Ich bin, als Sozialdemokrat, selbstverständlich für Sozialisierung (Kommunalisierung), und nichts liegt mir ferner als für Privatkapitalismus eintreten zu wollen. Nein, sozialisieren wollen wir und kommunalisieren. Aber mit der Energie, mit den hochkultivierten Methoden, die wir von den besten Führern der Industrie lernen können, freilich nur, soweit solche sich mit sozialer Gesinnung vertragen, die Vorbedingung erfreulichen öffentlichen Wirkens ist. Das tut not für kommunalen, für kommunalsozialistischen Wiederaufbau.

WALTHER KOCH · VOM WAHREN FRIEDEN

JETZT, 10 Jahre nach dem Ausbruch des Weltkriegs, in dem Monat August, da große Kundgebungen auf der einen Seite mit der Parole "Nie wieder Krieg!", auf der andern Seite zur Feier der Wiederkehr des Mobilmachungstags stattfanden, ist es Pflicht sich zu besinnen und zu prüfen, was denn nun für Wege wirklich zum wahren Frieden führen, den trotz allem doch alles menschliche Sehnen und Arbeiten anstrebt. Der Friede und die ihn vertreten, die Pazifisten, sind oft an sich und in den Augen der Gegner zur Partei geworden,

die man eben einfach bekämpft, ohne ihre Idee auf ihre Berechtigung und Güte hin zu prüfen. Und sind sich die, die sich Pazifisten nennen, immer der Tragweite ihrer oft auch wieder im Schlagwort steckenbleibenden Ideale bewußt? Man kann nicht mit schönen Ideen allein die Welt kurieren, wenn nicht sowohl im geistigen wie im wirtschaftlichen Zusammenleben der Menschen bestimmte Verwirklichung, Verleblichung des Gewollten und Erstrebten geschaut und geschaffen wird. Der Ruf "Nie wieder Krieg!" kann ebensowohl ein Zeichen müder, opferscheuer Schwäche wie ein Ausdruck überlegener und einsichtiger Stärke sein. Wo der Ruf nur Massenkundgebung ohne klares Willensziel und geistige Vertiefung auch des einzelnen bleibt, da kann und wird aus dem Hosiannah sehr bald ein Crucifige werden. Wir haben es erlebt, wie die Massen von Stimmungen patriotischer Begeisterung, kriegsmüder Enttäuschung und rachgieriger Kriegshetze gegen Frankreich hin und her geworfen werden, ein Opfer alles durch die Zeitverhältnisse begünstigten Demagogen- und Agitatorentums. Demgegenüber gilt es in der Masse immer klarer und bewußter einzelne Menschen und einzelne Menschengruppen zur eigenen Wahrheit und damit zur Festigkeit kommen zu lassen, so daß sie das hin und her geschleuderte Schiff mit fester Hand meistern lernen. Ganz besonders notwendig ist es den Friedensgedanken nicht in allgemeinen Stimmungen und Resolutionen verschwimmen noch in organisatorischen Vorschlägen erstarren zu lassen sondern ihn so im Geistigen und im Wirtschaftlichen zu verwurzeln, daß er nicht mehr eine blasse Idee sondern eine, ja die tiefste Lebensgesetzlichkeit darstellt, aus der heraus wir leben und sind. Nur wenn der Friedensgedanke aus solch letzter Tiefe emporquillt, als Ausdruck starker innerer Kraft, die auch Verfolgung und Opfer als ein neues Friedensheldentum, wenn es sein muß, auf sich zu nehmen vermag, wird sich der Pazifismus Achtung und Anerkennung über die kleinen Kreise hinaus, ja selbst bei den sachlichen Gegnern erringen. Viele Kräfte ringen heute in Deutschland um eine solch heldische und realistische Friedenshaltung. Ich erinnere nur an Fritz von Unruh, der sich in seiner Wiener Rede Wider den Pazifismus, im Gegensatz zu aller Schlagwort- und sentimentalen Friedensarbeit, mit ganzer Kraft für ein neues Europäertum einsetzt, das aus neuem Bewußtsein der Verantwortung fürs Ganze heraus die überkommenen Grenzen erweitert und Neuland entdeckt und anbaut.

Erst wo sich der internationale Gedanke aus einer Negation des nationalen Gedankens zu einer auf Verwurzelung mit dem eigenen Volk und Vaterland beruhenden Verbundenheit mit Schicksal und Leben der Vaterländer der anderen, zumal der Nachbarn, umwandelt, erst wo auch der Friedensgedanke in seiner ganzen ethischen, ja religiösen Voraussetzung eines Einswerdens der Menschen auch im ganzen Lebenszusammenhang, nicht nur in der Ferne sondern auch in der Nähe, erfaßt wird, und wo andererseits die wirtschaftlichen Voraussetzungen eines harmonischen Zusammenlebens der Völker erkannt und erstrebt werden, erst da tritt der Friedensgedanke aus dem Reich der Utopie in das Reich der Lebenswirklichkeit. Friedrich Wilhelm Foerster, der vielverlästerte Friedenskämpfer, hat mit feinem pädagogisch-psychologischem Verständnis immer wieder auf diesen realistischen Weg der Gegebenheiten, an denen sich unsere Friedensgesinnung bewähren muß, hingewiesen. Und er hat in dem Zustand unseres Wirtschaftslebens das Versagen geistiger Kräfte erkannt, die früher noch die Materie durchseelten und ordneten. In seinem Buch *Jugendseele, Jugendbewegung, Jugendziel* führt er den Sturz

der Valuta, die Entwertung aller Papiere, die völlige Unsicherheit aller Exporte, die Unberechenbarkeit aller weltwirtschaftlichen Horizonte darauf zurück, »daß die ganze menschliche Ökonomie samt ihrem weitgespannten Kreditwesen letzten Endes geheimnisvoll auf moralisch-religiösen Grundlagen ruht, die allein vertrauensvolle Gemeinschaft und Friedenssicherheit schaffen können«. So ist es klar, daß die heute im Schwang befindlichen Versuche die Weltprobleme "rein wirtschaftlich" zu lösen aus Mangel an Realitätssinn für das in allem Wirtschaftlichen steckende Geistige mit Notwendigkeit scheitern müssen, wenn nicht das Leben, die Wirklichkeit in ihrer geistigen Verbundenheit und wirtschaftlichen Bedingtheit zugleich erfaßt wird.

Wie kommen wir zum wahren Frieden? Diese Frage führt uns in die schwersten erzieherischen Aufgaben und religiös-sittlichen Konflikte hinein. Überall, wo wir echte Friedensgesinnung sich auswirken sehen, ist sie nicht isolierter Selbstzweck sondern lediglich eine reife Frucht des Geistes. Friedenhaltenkönnen ist ein Geschenk eines neuen Geistes, nicht irgendwelcher krankhaften Bemühungen. Die ersten Quäker haben wohl darum gewußt, wenn sie fragten, woher denn all das Hassen und Sichbekriegen anders herkäme als aus unfriedlichem Herzen und eigensüchtigen Gelüsten der Menschen. Als George Fox, der prophetische Gründer des Quäkertums in der Mitte des 17. Jahrhunderts, zum Hauptmann des Heeres der Republik gegen Karl Stuart gemacht werden sollte, erwiderte er, er wisse wohl, woher aller Krieg komme? Nämlich aus der Begierde, wie schon Jacobus lehre: »Ich aber stehe in jener Kraft und jenem Leben, die von vornherein allen Krieg ausschließen.« Es war keine Schwäche sondern eine Kraft, ein Leben, das ihn zu seiner Friedensbetätigung führte. Auch die heute unter uns wirkenden Quäker zeigen uns immer wieder, wie auch ihr Pazifismus nicht mit einem Radikalpazifismus zu verwechseln ist, der, ohne die seelischen Voraussetzungen des vom Tierischen in höhere geistige Kraft umgewandelten Menschentums, nichts als Frieden vertreten will, dessen rationalistische Begründung nicht so starke Spannungen auslösen kann, daß sie den furchtbaren Triebkräften der menschlichen Natur gewachsen wären. So sind die Friedensfreunde, die sich in Deutschland mit den Quäkern in einer größern Zahl von Gruppen von Deutschen Freunden und Freunden des Quäkertums zusammengeschlossen haben, auf dem Weg einen religiösen Pazifismus in stiller Versenkung in die Tiefen der Quellen des Lebens zu gewinnen. Sie begnügen sich nicht mit dem guten Willen nie wieder Krieg zu führen sondern sind in dem Bestreben einig nun auch im ganzen Leben um die Auswirkung des wahren Friedensgeistes zu ringen und wirkliche Menschen des Friedens zu werden. Quäkeraufgabe ist es nicht nur Kriege verhindern zu wollen sondern vielmehr die Wurzeln zu allen Kriegen auszuroden, die tief im menschlichen Egoismus verhaftet sind. Dieser Pazifismus ist zugleich ein Kampf um ein Einswerden der Menschheit, um den echten internationalen Zusammenschluß, wie ihn das von der Londoner Jahresversammlung der Quäker vom Jahr 1912 veröffentlichte Zeugnis für den Frieden in die folgenden Worte gefaßt hat: »Der universelle Friede, der als Ideal vor uns steht, ist kein passiver Zustand, an dem die männliche Kraft der Menschheit durch Mangel an Übung schwindet. Er ist eine aktive Bewegung zum Einswerden der Menschheit und zur Verwirklichung des Reiches Gottes auf Erden. Er bedingt Teilnahme an einem Feldzug kühnster Art gegen die festgefühten Kräfte des Bösen. Und als solcher bietet er dem demütigen Nach-

folger Christi weitesten Raum zu hingebungsvollem Eifer und Mut.« Dieser Kampf um das Einswerden der Menschheit hat die Quäker dazu veranlaßt in allen Ländern, wo Not und Elend als Folgen des Krieges das Leben der Massen untergraben, zur Überwindung des Hungers und mancher Seuchen zu arbeiten, zuerst in Frankreich, dann gleich nach dem Friedensschluß in Deutschland, in Österreich, in Polen und später auch in Rußland. Wo meist in Deutschland den Quäkern nur für das gedankt wird, was sie an deutschen Kindern getan haben, sei in diesen Tagen der Rückschau auf 10 furchtbare Jahre des Krieges und der Not, der Folgen des Krieges, doch auch dessen gedacht, was die Quäker durch ihre Arbeit in verschiedenen Ländern Europas zur Versöhnung und Annäherung der Völker Europas beigetragen haben. Ganz besonders muß es festgehalten werden, daß von den Quäkern immer neue Versuche ausgehen in stiller Einzelarbeit das Ihre zu einem neuen Geistesaustausch zwischen Deutschland und Frankreich beizutragen, und daß sie so mit der britischen Staatsüberlieferung des gegenseitigen Auspielens Frankreichs und Deutschlands gegen einander kraft eines ihnen innewohnenden universalreligiösen Verantwortungsbewußtseins nichts zu tun haben.

Dieses universale Bewußtsein ist aus einer Deutung des Wortes universal, das ist "auf Eines gerichtet", erklärlich. Wo die große Einheit in allem Leben so stark erlebt wird, ist die natürliche Folge die Arbeit an der Einheit auch des Menschengeschlechts, das doch im Göttlichen eine Einheit darstellt. Aus dieser letzten religiös-ethischen Tiefe muß all unser politisches und soziales Wollen gespeist sein, wenn es nicht aus Mangel an Saft und Kraft ursprünglichen Lebens absterben und verdorren will.

Dann aber heißt es den Schwierigkeiten, Gegensätzen klar ins Auge sehen und praktische Wege zu ihrer Überwindung gehen lernen. Alles Ethische, Menschliche, Religiöse muß sich dann in konkretes politisch-soziales Wollen und Handeln umsetzen. Keines ohne das andere. Deswegen ist es ein großes Mißverständnis, wenn es in einem Bericht in der Glocke vom 3. Juli 1924 über die Gudensberger Pfingsttagung der Jungsozialisten heißt: »Selbst die in unserm Kreise gern gesehenen Gäste aus der christlich-religiös orientierten Friedensbewegung (Walther Koch und sein Kreis) hielten mit ihren ethischen Argumentationen der Ideen des Völkerbundes, des vereinigten Europas usw. zurück, überzeugt von der Notwendigkeit, daß für Gegenwart und absehbare Zukunft allein die männliche, tatsachenbewußte, politische Haltung in Frage kommt.« Da kann man nur sagen: Eine angebliche Realpolitik ohne geistige Begründung ist ein gedankliches Schema, das niemals der Lebenswirklichkeit gerecht wird. Auch die Nachbetung der antifranzösischen Politik vieler maßgebender Kreise der Sozialdemokratie im selben Aufsatz zeigt, daß noch viel für eine klarere und tiefergehende Erkenntnis der Schicksalsverbundenheit des europäischen Kontinents zu tun ist. Da heißt es nämlich, durchaus im Widerspruch mit einer Reihe von Vorträgen und Diskussionsrednern, also das wirkliche Bild der Meinungen der Jungsozialisten nicht unerheblich verschiebend: »Alle Ergebnisse der Vorträge und lebhaften Diskussionen lagen in der gleichen Richtung: politische Orientierung Deutschlands an England und Anschluß Deutschlands an den Völkerbund. Begründung: Deutschlands Interessen laufen am meisten parallel mit denen Englands und sind am meisten entgegengesetzt denen Frankreichs.« Im diametralen Gegensatz zu dieser Meinung wies gerade Faust /Bremen/ in seinem Referat über Frankreich den unbedingten Gleichlauf der Interessen

Frankreichs mit denen Deutschlands nach. Wie soll ein Friede einmal kommen, wenn kein Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich kommt? Daher ist jeder, der nie wieder Krieg, wie jeder, der das Beste seines Volkes will, verpflichtet gerade dieser Frage trotz ihren Schwierigkeiten seine ernste Mitarbeit zu widmen. Dieser Ausgleich wird auch wieder sowohl geistig wie wirtschaftlich sein müssen. Es muß eine wahre Gemeinschaft der Nationen auf einer gerechten und zusammenhängenden Produktion und Verteilung der lebenswichtigen Rohstoffe der Erde aufgebaut werden, wie sie natürlich in jedem Land die Zusammenfassung aller produktiven Kräfte jedes Landes zum Dienst am Ganzen erfordert.

Ein genossenschaftlicher Aufbau der Volks- und Völkerbeziehungen von unten her muß das vermeintlich freie Spiel der Kräfte ersetzen. Staatszwang allein kann hier nicht helfen. So ist eine gesunde soziale Ordnung in jedem Volk zugleich die notwendige Bürgschaft des Friedens auch zwischen den Völkern. Die diesjährige Konferenz der Deutschen Freunde des Quäkertums, die im Juli in Kassel stattfand, hat daher vor allem, im Anschluß an mein Referat über die soziale Verwirklichung der Quäkerbotschaft, sich sehr stark mit der Notwendigkeit sozialer Neuordnung beschäftigt; sie sah in dem Kampf für die Lebensnotwendigkeiten der Massen des Volkes die religiös-sittliche Aufgabe unserer Tage. Neues Menschentum und neue Wirtschaft sind so die beiden Grundpfeiler des wahren Friedens, an denen zu arbeiten unsere heiligste Aufgabe ist.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

**Wohlfahrts-
pflege**

Das erste deutsche Land, das, schon im Jahr 1918, durch ein Gesetz die Wohl-

fahrtspflege regelte und sie zu einer Pflichtaufgabe der Pflegebezirke oder der Gemeinden machte, war Sachsen. Das Gebiet der öffentlichen Wohlfahrtspflege wurde in dem Gesetz nicht endgültig begrenzt; doch wurde eine Anzahl von Aufgaben zu Pflichtaufgaben erklärt, nämlich die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die Tuberkulosenfürsorge, die Krüppelhilfe und die Wohnungspflege. Über die Entwicklung, die die Wohlfahrtspflege unter der Herrschaft dieses Gesetzes genommen hat, hat das Landesamt für Wohlfahrtspflege eine Erhebung vorgenommen. Ihre Ergebnisse hat sie dem sächsischen Landtag in einer Vorlage unterbreitet. Dem Bericht seien einige Mitteilungen entnommen.

Am weitesten ausgebaut sind die Säuglings- und die Kleinkinderfürsorge, vollständig bei 76 von 109 Pflegebezirken, im Ausbau begriffen bei 31. An 2. Stelle steht die Tuberkulosenfürsorge mit 57 fertigen und 45 in Angriff genommenen

Einrichtungen, an 3. die Krüppelfürsorge mit den Zahlen 50 und 37, an letzter die Wohnungspflege, mit 20 und 72. Über diese gesetzlich vorgezeichneten Gebiete der Wohlfahrtspflege hinaus sind indessen von den sächsischen Wohlfahrtsämtern noch mehrere andere Fürsorgegebiete einbezogen worden; aus der Gesundheitspflege die Erholungsfürsorge, die Fürsorge für Geschlechtskranke und Gefährdete, die Trinkerfürsorge; von der Jugendwohlfahrtspflege die Ziehkinderpflege, die Berufsvormundschaft, die Jugendgerichtshilfe, die Psychopathenfürsorge und die Fürsorgeerziehung; aus dem Gebiet der wirtschaftlichen Fürsorge vor allem das große Gebiet der Kriegs- und Kriegsfolgenfürsorge. Besonders hervorzuheben ist, daß in 33 Bezirken auch die Armenfürsorge dem Wohlfahrtsamt angegliedert ist. Neben den Wohlfahrtsämtern sind aber auch noch andere Ämter an der Bearbeitung dieser Aufgaben beteiligt. Insbesondere die Kriegerfürsorge, die Erwerbslosenfürsorge, Sozialrentnerhilfe und die Fürsorgeerziehung sind in einer größeren Anzahl von Pflegebezirken anderen Verwaltungsbehörden übertragen worden. Insgesamt wirken bei den 109 Pflegebezirken auf dem Gebiet der Wohl-

fahrtspflege 434 Wohlfahrtspflegerinnen, 34 hauptamtlich und 633 nebenamtlich tätige Ärzte. Da die Einwohnerzahl rund 4,6 Millionen beträgt, ist also im Durchschnitt für je 10 000 Einwohner eine Wohlfahrtspflegerin vorhanden. Das reicht kaum aus. Unter die 34 hauptamtlich tätigen Ärzte sind dem Anschein nach in verschiedenen Fällen auch Bezirksärzte und Schulärzte mit eingerechnet worden. Die große Mehrzahl der in der Wohlfahrtspflege tätigen Ärzte arbeitet im Nebenamt, und zwar der Zahl nach am meisten in der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, in der schulärztlichen Versorgung und, in weitem Abstand davon, in der Tuberkulosefürsorge. Die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ist, wie erwähnt, besonders weit vorgeschritten. Ende 1921 gab es nicht weniger als 712 Mütter- und Säuglingsberatungsstellen, sie erfaßten in fast allen Bezirken nicht nur die Säuglinge sondern auch die kleinen Kinder. Die möglichst frühzeitige Sorge für alle Neugeborenen, die für die Säuglingsfürsorge so bedeutungsvoll ist, wird durch ein enges Zusammenarbeiten der Säuglingsberatungsstellen mit den Standesämtern, den Krankenkassen, den Hebammen und den Frauenkliniken erreicht. In der Mehrzahl der Pflegebezirke melden die Standesämter die Geburten, die Meldeämter den Zuzug von Säuglingen und kleinen Kindern an. Die Kinder werden dann von der Säuglingsfürsorgerin in den Wohnungen aufgesucht. Die Ausstellung der Stillbescheinigungen erfolgt in nicht weniger als 82 Bezirken durch die Mütterberatungsstellen, in 66 durch die Hebammen und nur in 7 durch die Krankenkassen selbst. Die Mütterberatungsstellen haben darin ein wertvolles Mittel den Besuch ihrer Einrichtungen durchzusetzen und die Kontrolle über die Familie in der Hand zu behalten. Die hygienische und zugleich pädagogische Überwachung der Säuglings- und Kleinkinderanstalten ist von 73 Pflegebezirken aufgenommen worden.

Das 2. Hauptgebiet der Wohlfahrtspflege ist die Tuberkulosefürsorge. Die Zahl der Fürsorgestellen ändert sich fortgesetzt, da sich bald kleinere Fürsorgestellen zu einer verschmelzen, bald Auskunftstellen zu ordentlichen Fürsorgestellen ausgebaut werden. Die Anzahl der in einem bestimmten Jahr vorhandenen Fürsorgestellen kann daher nur einen Anhaltspunkt geben. Es waren 163 solcher Stellen vorhanden, von denen 52 in der Stadt, 82 auf dem Land waren, 29 den Zwecken von Stadt und Land

dienten. Träger der Fürsorgestellen waren in 154 Fällen Wohlfahrtsämter und Gemeinden, Vereine in 9 Fällen. Es war also für rund 90 % aller Einwohner Sachsens eine Fürsorgestelle zugänglich. Die ärztliche Versorgung der Fürsorgestellen liegt in der Hauptsache in den Händen nebenamtlich tätiger Ärzte. Nur in 3 Fällen ist ein hauptamtlicher Fürsorgearzt angestellt, und in 9 Fällen der Bezirksarzt für die Beratungsstelle tätig. Wie weit ist es nun diesen Fürsorgestellen gelungen, die Fürsorgebedürftigen möglichst frühzeitig und ohne Ausnahme zu erfassen? Darüber gibt der Bericht des Landesamts recht interessante Zahlen. Wenn man mit Braeuning annimmt, daß bei 10 000 Einwohnern jährlich 150 Neuaufnahmen notwendig werden, und diese Zahl als Normalzahl betrachtet, so bleibt die Zahl der Neuaufnahmen in den sächsischen Fürsorgestellen recht wesentlich hinter der Normalzahl zurück. Es entfielen nämlich nur 68,1 neue Aufnahmen auf je 10 000 Einwohner der meldenden Stellen. Selbstverständlich bestehen zwischen den einzelnen Stellen sehr große Differenzen. Die einen gehen beträchtlich über die Normalzahl hinaus, die anderen bleiben hinter ihr ebenso erheblich zurück. Die Zahlen sind nur mit sehr großer Vorsicht als Indices für die Verbreitung der Tuberkulose zu benutzen, denn die stärkere oder geringere Inanspruchnahme der Fürsorgestelle hängt nicht allein von der Anzahl der tuberkulös Erkrankten sondern nicht weniger von einer ganzen Reihe anderer Faktoren: von der Wohlhabenheit der Bevölkerung, ihren hygienischen Kenntnissen, von Verkehrsverhältnissen usw., ab. Jedenfalls aber sollte ein Abweichen von der Normalzahl Anlaß geben seinen Gründen sorgfältig nachzugehen. Das gleiche gilt auch für die Zahl der ärztlichen Untersuchungen. Für sie hat Braeuning die Normalzahl von 367 auf 10 000 Einwohner berechnet. Die sächsische Ziffer beträgt 152,9, also 41,6 % der Normalzahl. Auch die Prozentzahl der Erkrankten mit offener Tuberkulose, die zur Kenntnis der Fürsorgestellen gekommen sind, bleibt hinter der von Braeuning errechneten Normalzahl (37,5) mit 9,8 sehr beträchtlich zurück. Das ganze Zahlenmaterial leidet, wie der Bericht hervorhebt, an sehr großer Unsicherheit. Es kann daher nur mit sehr großer Vorsicht aus ihm irgendetwas darüber abgeleitet werden, ob die Arbeitsmethoden der Tuberkulosefürsorgestellen richtig sind, und ob sie praktische Erfolge erreicht haben.

Das Wohlfahrtspflegegesetz von 1918 machte die Krüppelfürsorge zu einer Pflichtaufgabe der Wohlfahrtspflegebezirke. Von einer Regelung im einzelnen durch Verordnung wurde Abstand genommen. Doch hat das Landesamt für Wohlfahrtspflege allgemeine Richtlinien über das Zusammenwirken der Pflegebezirke mit dem Fachausschuß für Krüppelfürsorge aufgestellt. Wie die Statistik zeigt, lag bisher die Ermittlung und Erfassung der Krüppel vorwiegend in der Hand der Ärzte, vor allem der Schulärzte bei den regelmäßigen Schuluntersuchungen. An 2. Stelle stehen die Wohlfahrtspflegerinnen, die ihre weitverzweigte Tätigkeit in die engste Berührung mit der Bevölkerung und so in die Lage bringt die an Verkrüpplung Leidenden den vorhandenen 44 Beratungsstellen zuzuführen.

Der Bericht enthält weiter Angaben über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die Gefährdetenfürsorge. Die Haupttätigkeit auf dem erstgenannten Gebiet wird von den Beratungsstellen der Landesversicherungsanstalt, die Fürsorgearbeit von den Pflegeämtern in Dresden und Plauen, den Fürsorgestellen der Städte Chemnitz und Leipzig und in den ländlichen Bezirken von den Wohlfahrtsämtern geleistet. Auch auf dem Gebiet der Gefährdetenfürsorge sind die Pflegeämter erst nach und nach neben der freien Wohlfahrtspflege von Bedeutung geworden. Hatte diese ihr Hauptaugenmerk auf die Errichtung und Führung von Anstalten für sittlich gefährdete und verwahrloste Mädchen und Frauen konzentriert, so wenden sich die Pflegeämter wesentlich der offenen Fürsorge zu und gliedern sie in die gesamte übrige Wohlfahrtspflege ein.

Die Erfahrungen seit dem Erlaß des Wohlfahrtspflegegesetzes und die Entwicklung im Reich wie im Freistaat Sachsen haben über das Gesetz weit hinaus geführt. Die Gemeindeordnung vom 1. August 1923 hat andere Träger der Wohlfahrtspflege geschaffen, indem sie die bezirksfreien Gemeinden und die Bezirksverbände zu Pflegebezirken machte. Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz zwingt gleichfalls zu einer Regelung der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Gebiete. Schließlich hat noch die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 mit der Übertragung der Kriegs- und Kriegsfolgenfürsorge auf die Bezirksfürsorgeverbände einen weiteren Zwang zu gesetzgeberischer Aktion gebracht. Die Novelle zum Wohlfahrtspflegegesetz, die zugleich Ausführungs-

gesetz zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und zu der genannten Fürsorgepflichtverordnung ist, schafft für die Pflichtaufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege einen weit über das alte Gesetz hinaus gehenden Rahmen. Außer den dort genannten Aufgaben werden nunmehr noch ausdrücklich aufgeführt: Förderung der Jugendwohlfahrt, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Gefährdetenfürsorge, Bekämpfung des Alkoholismus und Trinkerfürsorge, Fürsorge für Blinde, Taubstumme und Taubgewordene, Fürsorge für Schwachsinnige, Idioten, Fallsüchtige und Geisteskranke. Außerdem soll die öffentliche Wohlfahrtspflege nach Maßgabe ihrer Kräfte die Wandererfürsorge, die Straftassenenpflege, das Samariterwesen und die gemeinnützige Rechtsberatung fördern. Die Aufgaben der Jugendämter werden also den Wohlfahrtsämtern übertragen, und von der Einrichtung gesonderter Jugendämter wird abgesehen. Die Begründung zur Novelle geht davon aus, daß die Trennung der Ämter nach allgemeiner Wohlfahrtspflege, Jugend- und Gesundheitspflege sich nur in wenigen, ganz großen Städten als zweckmäßig erwiesen habe, und hält daher eine Zusammenfassung des Jugend- und Wohlfahrtsamts in den kleineren Bezirken für notwendig, ganz abgesehen davon, daß auch finanzielle Gründe für sie sprechen. Doch können durch Ortsgesetz oder Satzung der Selbstverwaltungskörper besondere Jugendämter neben den Wohlfahrtsämtern eingerichtet, auch die gesundheitlichen Aufgaben auf ein Gesundheitsamt oder eine entsprechende Behörde übertragen werden. Träger der öffentlichen Wohlfahrtspflege sind die bezirksfreien Gemeinden und die Bezirksverbände. Der Bezirksverband hat die Bezirksgemeinden zur Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege heranzuziehen; die Bezirksgemeinden sind zur Mitarbeit verpflichtet. Auf diese beiden Sätze beschränkt sich das Gesetz, die Regelung im einzelnen überläßt es den Ausführungsvorschriften. Begründet wird diese wichtige Änderung gegenüber dem alten Gesetz einmal mit der Notwendigkeit das Wohlfahrtspflegegesetz mit der Gemeindeordnung in Einklang zu bringen und mit der ungenügenden Leistungsfähigkeit einer größeren Anzahl kleinerer städtischer Pflegebezirke. Das Gesetz von 1918 hatte den Städten der revidierten Städteordnung und den Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Möglichkeit gegeben einen eigenen Pflegebezirk zu bilden. So entstanden 24 Pflegebezirke mit nur 5- bis 10 000,

11 mit weniger als 5000 Einwohnern. Schon die Gemeindeordnung hatte die Pflegebezirke anders abgegrenzt und die Wohlfahrtspflege zu einer Aufgabe der bezirksfreien Gemeinden und der Bezirksverbände gemacht. Diese Bestimmung wird nun auch in das Wohlfahrtspflegegesetz aufgenommen; wieder eine Regelung, die ganz aus dem Geist des Schematismus hervorgegangen ist. Die Vorlage muß anerkennen, daß unter den größeren Gemeinden, die nunmehr aus der Reihe der Pflegebezirke verschwinden, sich manche befinden, die mit ihrem eigenen Wohlfahrtsamt Vorzügliches geleistet haben. Man fragt sich, weshalb dann eigentlich diese Wohlfahrtsämter aufgehoben werden, und nun der Bezirksverband neue Einrichtungen treffen soll, statt daß man die 35 nicht leistungsfähigen Pflegebezirke aufgehoben und mit anderen vereinigt hätte. Wenn die Vorlage weiter schreibt, daß es nunmehr die Aufgabe des Bezirksverbands sei gegenüber den wohlfahrtspflegerisch bisher selbständig gewesenen Bezirksgemeinden das rechte Verhältnis zu finden, um ihnen hinreichenden Spielraum zu eigener Betätigung und die Freude an der Mitarbeit zu erhalten, so ist das eine Feststellung, die ohne Zweifel richtig ist, aber doch nur das Papier der Vorlage füllt; denn wie die Bezirksverbände die Aufgabe lösen sollen, darüber enthält sich die Vorlage jeder Andeutung.

Obdachlosenfürsorge Eine sehr interessante Weiterbildung des städtischen Obdachs ist von der Stadt Berlin durch eine Vorlage des Magistrats vom 25. Juli 1924 in Angriff genommen worden. Die überaus schwierige soziale und wirtschaftliche Lage hatte im Winter 1923-1924 zu einer ständigen Überfüllung des Obdachs geführt. Irgendwelche Fürsorge für die das Obdach besuchenden Personen war unmöglich. Um aber die Obdachlosen ins Gesellschafts- und Wirtschaftsleben zurückzuführen, bedarf es einer Reihe von Maßregeln, die das Obdach nach zwei Richtungen hin weiterbilden. Zunächst will man in Zukunft eine allgemeine Kontrolle bei der Aufnahme vornehmen, und es sollen zu diesem Zweck Sozialbeamte in hinreichender Anzahl angestellt werden, die nun nicht nur die asozialen Elemente ausscheiden und der Polizei zuführen sondern vor allem die übrigen Elemente durch Beratung und Vermittlung von Arbeit und Unterstützung fördern sollen. Insbesondere soll diese Fürsorgestelle mit den übrigen sozialen Einrichtungen

Berlins in dauernde Verbindung treten. Außerdem sollen aber Arbeitsmöglichkeiten in und beim Obdach eingerichtet werden. Eine Auswahlkommission wird die zur Arbeit geeigneten Personen aussuchen. Die Bezahlung erfolgt nach Leistung. Die Arbeitszeit soll bei Inanspruchnahme von Obdach mit Abend- und Morgensuppe 2 Stunden, für Mittagessen weitere 2 Stunden betragen, unbeschadet freiwilliger Verlängerung. In Aussicht genommen sind Holzsägen, Wergzupfen, für Frauen Näharbeiten und dergleichen. Soweit die Arbeit nicht in den Räumen des Obdachs ausgeführt werden kann, sollen in seiner Nähe heizbare Baracken für diese Arbeiten errichtet werden. Zunächst will man etwa 200 Männer und 75 Frauen so beschäftigen.

Kurze Chronik Der Vorstand des Deutschen Städtetags hat in einer Eingabe an den Reichstag gegen die von den Abgeordneten Fehrenbach und Genossen angeregte Bildung größerer Gefahrgemeinschaften für die Durchführung der *Erwerbslosenfürsorge* Stellung genommen. Er weist darauf hin, daß die Bestimmung der Höhe der Beiträge und ihrer Verwendung durch die örtlichen Instanzen sich durchaus bewährt habe und der einzig richtige Weg zur Sparsamkeit sei. Die Bildung größerer Gefahrgemeinschaften sei notwendig, aber nur zum Zweck eines Risikoausgleichs durch übereinandergeordnete Ausgleichskassen. \diamond Die Mitteilungen des Deutschen Städtetags brachten die Ergebnisse einer Rundfrage über die Verwendung der Erwerbslosen zu *Pflicht- und Notstandsarbeiten*. Von 41 befragten Städten hatten 28 Pflichtarbeiten eingeführt, 13 nicht. \diamond Der Berliner Magistrat hat bei den Stadtverordneten die Umwandlung der Girozentrale bei der Sparkasse in eine Stadtbank beantragt. Der Stadtbank sollen als Betriebskapital 5 Millionen Goldmark überwiesen werden. Die eigentlichen Sparkassengeschäfte werden fortan in der städtischen Sparkasse, die Bankgeschäfte in der Stadtbank erledigt. \diamond Das preußische Staatsministerium hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die Städte Lehe und Geestemünde zu einer Stadtgemeinde mit dem Namen *Wesermünde* vereinigt werden. \diamond Der Bürgerverschuß von *Freiburg* in Baden hat beschlossen mit Rücksicht auf die etwa später eintretende Aufwertung der städtischen Anleihen alljährlich 800 000 Goldmark in den Voranschlag einzustellen. Die Mittel sollen als wertbestän-

diges, angemessen zu verzinsendes Darlehen bei der städtischen Sparkasse Freiburg angelegt werden. Die Sparkasse ist verpflichtet die übernommenen Gelder auf wertbeständige Bauhypotheken zur Förderung der privaten Bautätigkeit anzulegen. Für die Vergebung der Hypotheken sind Grundsätze vom Stadtrat aufgestellt, die die Sparkasse zu beobachten hat. Die Darlehen müssen wertbeständig sein und dürfen nur für Wohnungsbauten gewährt werden. Reine Geschäfts- oder Werkstattbauten sind ausgeschlossen. Die architektonische Gestaltung der zu beleihenden Bauten muß vom städtischen Hochbauamt gebilligt werden. Die Beleihung darf 70 % der amtlichen Schätzung nicht übersteigen. Die Hypotheken sind bis zum 31. März 1927 mit jährlich 10 % zu verzinsen; von diesem Zeitpunkt ab gilt der Zinsfuß für erstellte Hypotheken der Städtischen Sparkasse.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Landé † Am 11. November 1923 starb in Freiburg im Breisgau nach langer schwerer Krankheit die Nationalökonomin und Sozialpolitikerin Dora Landé. Sie war am 25. Juli 1861 in Ottrowo in Posen geboren, machte 1880 in Berlin das Lehrerinnenexamen. Sobald das Frauenstudium freigegeben war, studierte sie in Berlin unter Sering, Schmoller und Wilbrandt. Ihre Doktorarbeit galt der Arbeiterschaft in der Berliner Metallindustrie. Zahlreiche wissenschaftliche Essays von ihr erschienen dann nach vollendetem Studium in sozialwissenschaftlichen und Frauenorganen. In den Sozialistischen Monatsheften bearbeitete sie in den Jahren 1917 bis 1920 die Rundschau Frauenbewegung. Nach ihrer Übersiedlung nach Freiburg leistete sie dort auch praktische sozialpolitische Arbeit, sowohl seit 1918 als Stadtverordnete wie durch Lehr- und Ausbildungskurse für sozialistische Frauen.

Dora Landés Leben war durch harte Schicksale getrübt, die ihren Körper aufgezehrt haben. Sie gehörte der Generation jener Frauen an, die, ohne die Reize einer glücklichen studentischen Jugend kennen gelernt zu haben, als gereifte Menschen dem weiblichen Geschlecht neue Lebensgebiete zu erringen suchten, in hartem materiellem und geistigem Kampf auf persönliches Glück verzichten mußten, aber das Ihrige dazu taten, daß neue Daseinsformen für die Frauen entstehen konnten.

Eherecht Der Bund deutscher Frauenvereine hat dem Rechtsausschuß des Reichstags, dem Reichsjustizministerium und den Justizministerien der Länder Vorschläge zur Umgestaltung des Rechts der Ehescheidung und der elterlichen Gewalt, verfaßt von Marie Munk /Berlin, F. A. Herbig/, eingereicht. Sie streben eine Erleichterung der Ehescheidung an, da das bestehende Scheidungsrecht, das die Ehe als eine von dem Willen der Ehegatten unabhängige, sittliche und rechtliche Ordnung betrachtet und durch seine Bestimmungen daher die Ehescheidung nach Möglichkeit erschwert, mit dem modernen Begriff der Ehe als einer innern, von dem Willen der Gatten getragenen Gemeinschaft in Widerspruch steht. Die Erleichterung soll durch eine Erweiterung der Scheidungsgründe erreicht werden: die Scheidung soll möglich sein, nicht nur wie bisher auf Grund eines Verschuldens sondern auch bei Zerrüttung der Ehe, auf Grund gegenseitiger Einwilligung und auf Grund einseitigen Antrags wegen unüberwindlicher Abneigung.

Diese Bestimmungen würden den unwürdigen Zustand aufheben, daß ein Ehegatte die Zerrüttung der Ehe herbeiführen und doch nicht frei werden kann, wenn der andere ihn nicht freigeben will, nicht auf Scheidung klagt. Allerdings soll in einem solchen Fall, wenn nur einer der Gatten die Scheidung erstrebt, dem Gericht die Zerrüttung bewiesen werden müssen. Für den Fall, daß beide mit der Scheidung einverstanden sind, oder daß einer der Gatten wegen unüberwindlicher Abneigung nicht mit dem andern zusammenleben kann, soll die Beweisführung der Zerrüttung den Beteiligten erspart werden, aber es kann eine Ehescheidung in solchen Fällen nur ausgesprochen werden, wenn die Ehe bereits 5 Jahre bestanden hat, von denen die Ehegatten 2 Jahre getrennt gelebt haben, und wenn 2 Sühneveruche erfolglos geblieben sind. Auch soll die Ehe, wenn Kinder vorhanden sind, nicht geschieden werden, ehe die Ehegatten über deren Verbleib und Unterhalt bindende Vereinbarungen getroffen haben. Für den Fall der Geisteskrankheit wollen die Vorschläge auch eine Erleichterung der Scheidung einführen: die Ehe soll, wenn die Geisteskrankheit 3 Jahre bestanden hat, und eine Besserung nicht anzunehmen ist, gelöst werden können. Ein Verbot eine neue Ehe einzugehen soll in keiner Weise in Frage kommen. Um einer zu großen Leichtfertigkeit bei

Ehescheidungen vorzubeugen und insbesondere die Frau zu schützen, wollen die Vorschläge den Unterhaltsanspruch des geschiedenen Ehegatten dem des spätern gleichstellen, während er ihm nach dem jetzigen Recht nachsteht; um die Kinder besser zu sichern, wird eine Umgestaltung der elterlichen Gewalt angestrebt; während bestehender Ehe soll sie den Gatten gemeinschaftlich zustehen, bei getrennter Ehe soll derjenige, der die Sorge für das Kind hat, auch die elterliche Gewalt erhalten, und die Verteilung der elterlichen Gewalt soll nicht nur nach den Feststellungen über die Schuldfrage erfolgen, sondern das Vormundschaftsgericht soll nach Prüfung der Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Interessen des Kindes entscheiden. Verträge der Ehegatten zur Regelung ihrer vermögensrechtlichen Ansprüche und über die Verteilung der elterlichen Gewalt sollen schon während bestehender Ehe geschlossen werden können.

Die Vorschläge würden auf dem Weg zu einer würdigern Gestaltung des Ehrechts einen bedeutenden Fortschritt darstellen. Es ist allerdings die Frage, ob dem Grundsatz, den die Verfasserin der Denkschrift in einer Erläuterung in der Frau vom März 1924 Zur Umgestaltung des Rechts der Ehescheidung und der elterlichen Gewalt selbst vertritt, daß nämlich »der Frage, ob ein Zusammenleben möglich ist, letzten Endes nur von den beteiligten Ehegatten selbst entschieden werden kann«, nicht noch mehr hätte Rechnung getragen werden können. Wenn Ehegatten zu der Einsicht kommen, daß sie nicht mit einander leben können, so müssen sie sich auch nach diesen Vorschlägen entweder dem unwürdigen Prozeßverfahren mit den Zerrüttungsbeweisen unterziehen oder 5 Jahre eine innerlich unhaltbare Ehe fortführen. Weder an dem einen noch an dem andern kann die Allgemeinheit ein Interesse haben, und der Verantwortungslosigkeit und Leichtfertigkeit wird wohl stärker als solche gesetzlichen Fesseln die naturgegebene Rücksicht auf die Kinder und die Erziehung zu einer verfeinerten und vertieften Auffassung des Verhältnisses zwischen Mann und Frau entgegenwirken. Außerdem bilden ja auch vorläufig noch die aus der wirtschaftlichen Gemeinschaft entspringenden materiellen Folgen einer Ehescheidung ein starkes Hemmnis. So wird wohl in den seltensten Fällen jemand eine Ehe scheiden lassen wollen, die sich innerlich noch halten läßt.

Beamtenabbau Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte, die in der Verfassung des Deutschen Reichs grundsätzlich beseitigt waren, werden jetzt durch das Beamtenabbaugesetz (das überhaupt zu allem Möglichen benutzt wird, nur nicht zu seinem eigentlichen Zweck; der Erhöhung der Intensität der Arbeit und der Vergrößerung des nationalen Gesamtprodukts) wieder eingeführt. Verheiratete weibliche Beamte können jederzeit am ersten Werktag eines Monats zum Monatsende gekündigt werden. In der Frau wandte sich Emmy Beckmann, die Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Lehrerinnenvereins, in einem Artikel Die Beamtin und der Beamtenabbau, in der Neuen Generation Lydia Stöcker in einem Artikel Frauenberufsarbeit und Beamtenabbau entschieden und mit guten Gründen gegen die Absicht auf diese Weise das eben verwirklichte Recht der Frau Beruf und Ehe zu vereinigen stillschweigend wieder zu begraben. In den Berliner Gemeindeschulen sind etwa 300 verheiratete Lehrerinnen tätig. In vielen Fällen ist die Berufsarbeit für die Frau einfach eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Nach einem Bericht der Vossischen Zeitung vom 2. Dezember 1923 mehrten sich bereits Fälle von Ehescheidungsklagen, die verheiratete Lehrerinnen einreichen, um der Entlassung zu entgehen. Im holländischen Parlament kämpften die Frauen gegen ähnliche Bestrebungen der Regierung bei Gelegenheit des Abbaus aus ökonomischen Schwierigkeiten die verheirateten weiblichen Beamten zu beseitigen. Freilich fehlen auch unter den Frauen nicht die Stimmen derer, die ihrem eigenen Geschlecht in den Rücken fallen. So begrüßt es, in der Kreuzzeitung vom 7. März 1924, Emma Witte, daß der Beamtenabbau die weiblichen Beamten, verheiratete wie unverheiratete, verschwinden lasse und die Frau ihrem wahren Beruf wieder zuführe, denn in die freiwerdende Stelle jedes weiblichen Beamten rücke ein männlicher, der dann eine Ehe schließen könne.

Kurze Chronik Der *Frauenüberschuß* stieg in den am Krieg beteiligten Staaten Europas von 5,2 auf 15 Millionen. In den Jahrgängen, die für die Eheschließung in Frage kommen, hat sich das Verhältnis noch stärker verschoben; in Deutschland kamen im Zählungsabschnitt 1919-1921 auf 1000 Männer 1180 Frauen, daß heißt, für jede 7. Frau ist kein Ehepartner vorhanden. ♡ In den *deutschen Reichstag* wurden 28

Frauen gewählt; 10 gehören der Sozialdemokratischen Partei, 5 der Kommunistischen Partei, 4 dem Zentrum, 4 der Deutschnationalen Volkspartei, 2 der Demokratischen Partei, 2 der Deutschen Volkspartei, 1 der Bayrischen Volkspartei an. ◊ Im *österreichischen Parlament*, das im Oktober 1923 neu gewählt wurde, sitzen 8 Frauen, 7 Sozialdemokratinnen und 1 Christlichsoziale. ◊ Am 25. Juli beschloß der deutsche Reichstag weibliche und männliche *Erwerbslose* in der Unterstützung gleichzustellen. ◊ 5 Provinzen in Canada haben *Mutterrenten* eingeführt. Manitoba begann damit im Jahr 1916, dann folgte 1917 Saskatchewan, 1919 Alberta, 1920 British Columbia und Ontario. ◊ Der Bund für Mutterschutz hat den Reichstag gefragt, wann endlich das Gesetz zur *Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* verabschiedet werde, und gemahnt gegenüber etwaigen Abänderungsabsichten daran festzuhalten, daß jede unterschiedliche Behandlung von Kranken und Krankheitsverbreitern der beiden Geschlechter endgültig beseitigt wird, und daß der Staat grundsätzlich eine einseitige gesundheitspolizeiliche Überwachung der weiblichen Prostituierten ablehnt. ◊ Als erste Referendarin hat Marie Munk die juristische Staatsprüfung bestanden. Sie hat sich als erster weiblicher *Rechtsanwalt* Deutschlands in Berlin niedergelassen. In Debreczin hat sich Margrit Ungar als erster weiblicher *Rechtsanwalt* Ungarns niedergelassen. ◊ Das englische *Marineamt* läßt jetzt Frauen zu den Prüfungen für Matrosen, Lotsen und Kapitäne zu.

WISSENSCHAFT

Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

Katholizismus Am Tempel zu Epidaurus mahnt eine Inschrift: »Nur wer rein ist, betrete die Schwelle des duftenden Tempels, niemand aber ist rein, außer wer Heiliges denkt.« Diese Mahnung will besagen, daß wir zum Verständnis einer Religion nur durch eine Seelenhaltung gelangen, die, profane Stimmungen draußen lassend, die Schwelle in der Ahnung überschreitet hier im Bezirk der Symbole und Sakramente in irgendeiner Form des Heiligen, des »ganz Andern«, wie Otto sagt, innezuwerden. In der katholischen Kirche betreten wir die Region der Magie und der Mysterien. Irdisch sind die Menschen, die Gebäude, die Geräte; übernatürlich, magisch die Wahrheiten, die Sakramente, die strömenden Kräfte. Die

Kirche selbst das Corpus Christi mysticum, der mystische Leib, der einzelne durch die magische Wirkung der Taufe eine Zelle dieses unsichtbaren, aber durch den von Vater und Sohn ausströmenden Heiligen Geist und dessen Kräfte in seinen Wirkungen durch Ubiquität sich auszeichnenden Leibes; keine Idee (das weist die Kirche weit von sich) sondern eine geistige, übernatürliche, transsubjektive, also magische und mysteriöse Wirklichkeit, das mysterium magnum. In der Taufe wird der göttliche Keim magisch in die Seele gelegt. Unter dem Einfluß der Kirche und ihrer Mysterien entfalten sich die Keime zu ihrer Totalität. Es erhebt der große Priester, der große Künstler, der Gelehrte, der Staatsmann. Aus der Kirche gehen, nicht zufällig, sondern aus deren überströmenden Kräften entwickelt, die tausendjährigen Herren der Erde hervor, die Ritter, der Priester, der Mönch. Da die Kirche der magische Leib Christi ist, so wiederholt sich im Lauf des Kirchenjahres in den Riten, Zeremonieen, Sakramenten das Leben des Logos, der die Menschen in alle Wahrheit zu leiten sucht. Die ewigen übernatürlichen, weder durch wissenschaftliche Methode noch durch Versenkung auffindbaren, also durch Offenbarung gegebenen Wahrheiten heißen die Dogmen der Kirche. Sie verlangen unbedingte Unterwerfung. Die Kirche ist weiter das Reich Gottes auf Erden. Aber die Kinder Gottes, sündig, unvollkommen und schwach wie sie sind, bedürfen der steten Erneuerung des Geistes im Geheimnis der Wiedergeburt, das im Mysterium der Kommunion unter den weihvollen Riten des Priesters magisch auf sie überströmt. Die Urweisen des Verkehrs mit Gott werden in der Liturgie gelehrt: Gebet, Opfer, Sakrament, und wecken die großen Grundgesinnungen der Ehrfurcht vor dem Heiligen, des Dankes, der Reue, wahrhaftiger Demut, »mit dem Adelsbewußtsein vollendeter Überlegenheit«. Die katholische Kirche hat ihre Aristokratie, aber dies ist keine Erbaristokratie sondern bildet sich immer von neuem durch Auswahl aus allen Völkern, allen Stämmen und allen Ständen. Trotz der von der Kirche innerhalb ihres großen Reiches streng gewährten Überordnung ist in keinem Staat der Welt das Gefühl der Gleichheit nur annähernd so lebendig wie innerhalb der katholischen Kirche, während Priester und Laien in gemeinsamem liturgischen und sakramentalen Handeln sich dem Absoluten gegenüberstellen. Es pocht an der Tür. »Wer da?« »Der Kaiser Franz.«

»Ich kenne keinen Kaiser.« »Der arme Sünder Franz.« Und die Tür tut sich auf. Hier in diesem Reich kennt man nur 2 Größen; den einzelnen und die gesamte Menschheit. Kein auserwähltes Volk, aber auch keine verstoßene minderwertige Rasse; denn das Reich ist ein Weltreich mit einem Kodex übernatürlicher Wahrheiten als einem für alle Völker gleich verbindlichen Grundgesetz, verfügend über magische Kräfte, die jeden einzelnen, der sich in willigem Gehorsam unterordnet, dem Absoluten naheführen, aus dessen magischen Bezirken weltumgestaltende Mächte hervorgingen, gewaltigste Persönlichkeiten, nicht nur ein Gregor, sondern auch ein Luther und Calvin, neben deren Weltteile umspannenden und die Jahrhunderte überdauernden Machtverschiebungen sich politische Veränderungen wie etwa die unter Friedrich dem Großen wie ephemere Däumlingerfolge ausnehmen, ein Reich, das seit 2000 Jahren unter allen Völkern große Künstler, große Gelehrte, gewaltige Politiker erzogen hat, bedient von vielen Hunderttausend vorzüglich geschulten, wohldisziplinierten klugen Akademikern, geleitet von einer Elite auserlesener Menschenkenner, das doch auch heute, trotz seiner zweifellos innern Größe, eines nicht ertragen mag: Freiheit der Forschung und Freiheit der Wissenschaft. Wenn man sich in die Empfindung hineindenkt, daß allein die Kirche in ihren Mysterien über die magischen Kräfte verfügt, die den einzelnen der Gnade, der Seligkeit, dem Absoluten zuführen, so wird einem unmittelbar die Grundlehre der katholischen Kirche klar: *Extra ecclesiam nulla salus*. Polar entgegengesetzt ist ihr das radikal protestantische Prinzip, das Jakob Böhme dahin faßte, daß jeder einzelne sich ohne Kirche, ohne Priester die volle Gnade der Sakramente rein durch geistige Teilnahme aneigne, eine Behauptung, der in der katholischen Kirche sogleich die große Exkommunikation folgen müßte.

Die katholische Seele, meint *Romano Guardini* in seinem Buch *Vom Sinn der Kirche* /Mainz, Matthias Grünewald-Verlag/, erwacht zu neuem Leben. Wie nach einem gewaltigen Orkan liegen tausendjährige Baumriesen entwurzelt am Boden; gestürzt das 3000jährige Kaisertum in China, das alte Haus Habsburg, das 1000jährige Kalifat, ein paar Dutzend Fürstenthron, der alte und neue Idealismus, ja die Mechanik Newtons, die für die Ewigkeit geschrieben zu sein schien (sie liegt noch nicht ganz

am Boden, aber sie wankt schon, sagte genau vor 10 Jahren in Berlin in einem Vortrag Henri Poincaré); alles gestürzt und alles wankend, nur Roma steht nach fast 2000 Jahren nicht nur fest sondern ahnt einen neuen Frühling, fühlt neue Jugendkraft. Man kann der katholischen Seele das Bewußtsein weltgeschichtlicher Überlegenheit gegenüber anderen Erdmächten nachempfinden. Wie sich dieses Siegesbewußtsein mit ernstestem Verpflichtungsgefühl paart, und wie von hier aus der Katholizismus den modernen Strömungen entgegenzukommen vermag, zeigt das eindrucklich und glänzend geschriebene Werk *Guardinis* vortrefflich.

Mystik

Neben der kulturhistorischen Behandlung der Mystik (siehe diese Rundschau, 1923 Seite 497 f.) muß auf die eindringlich phänomenologische Analyse verwiesen werden, die ihr zur Seite geht, und die allein die Wesensfrage in ihrer vollen Tiefe klären und der Erörterung des Wahrheits- und Sinngehalts der Mystik den Weg bahnen kann. In einer ebenso feinsinnigen wie gründlichen Studie zur Phänomenologie der Mystik /Halle, Max Niemeyer/ geht *Gerda Walther* der Struktur des mystischen Erlebens nach. Sie arbeitet mit differenzierter Einführungskunst und einer seltenen Sprachkraft den Habitus der mystischen Seele heraus. Ausgehend von der »Einbettung« des »Ichpunkts« in eine es umspielende Bewußtseinssphäre führt sie nach sehr feinen Unterscheidungen der Erlebnisweisen zu dem Erlebnis des »Grundwesens« als »Geist, Seele und leibliche Lebenskraft«, das heißt als Quellpunkt des Erkennens, der wertenden und strebenden Akte und des körperlichen Habitus. Durch dieses Grundwesen hindurch geht der Weg zu Gott. Nur indem es auf diesem Hintergrund erlebt wird, wird dieses Selbsterlebnis erträglich, das sonst den Menschen wie vor einer Sphinx erstarren machte und lähmte. 2 Arten des Gotterlebnisses werden von Walther mit besonderer Anteilnahme herausgearbeitet; das Innenerlebnis des Göttlichen und das Erlebnis eines Ergriffenseins von göttlichen Kräften, die von außen, zum Beispiel von der Natur, in den Menschen überströmen. Dankenswert ist es, daß im Gegensatz zu aller erklärenden Theorie, die in solchen Naturerlebnissen nur Projektionen subjektiver Stimmungen sehen will, zunächst einmal der phänomenologische Befund festgehalten wird. Aber wird nicht die erkenntnistheoretische Frage zu leicht genommen,

wenn die Verfasserin aus dem Erlebnisbefund den objektiven Erlebnisgehalt einfach ablesen will? Es liegt der besondere Wert der Arbeit darin, daß von dem Erlebnis keiner Theorie zuliebe etwas abgestrichen wird. Es liegt aber ihr Mangel in den unvermittelten Sprüngen von der Phänomenologie zur Metaphysik. Was im Anschluß an die Heilige Therese als Kriterium der Gotterlebnisse gegenüber Autosuggestionen und Auswirkungen des Unterbewußtseins vorgebracht wird, ist meines Erachtens unzureichend. Auch verläßt Walther gerade damit die phänomenologische Methode, die das religiöse Erlebnis gar nicht gegen weltimmanente, kausal bedingte Abläufe als solche abzugrenzen sondern die Qualität der wie immer auch bedingten Abläufe herauszustellen hat. Dann aber bleibt die metaphysische Frage noch offen, und es kann auf alle Fälle neben das Gotthaben der Mystiker als das Entscheidendere das nicht ohne Gott Sein des Augustinus treten, das heißt vor das mystische Erlebnis tritt der Glaube, der nicht neben dem Gotterleben der Mystiker eine niedere Stufe ist sondern der tragende Grund auch gerade des mystischen Erlebens, der Glaube an die Gottesgegenwart, der suo iure auf sich selbst steht und der spinösen Unterscheidung echter und vermeintlicher Gotteserlebnisse nicht bedarf sondern das vermeinte Gotteserlebnis eben als echtes Selbstzeugnis Gottes nehmen kann. Die Gefahr, daß solche "Theorie" das Erlebnis a limine unmöglich macht, scheint groß. Indes schließt ja auch die Keplersche Theorie das Erlebnis des Sonnenuntergangs nicht aus. Und auf der andern Seite steht die größere Gefahr des Selbstbetrugs nicht nur sondern damit verbunden des Verharrens in der Sphäre unfruchtbarer Subjektivität, über die nicht das Erlebnis Haschen, sondern die radikale Selbstverurteilung vor dem Göttlichen im Glauben an das Dennoch seiner Gegenwart hinausführt. Damit ist auch im Grunde bereits das Wesentliche vorausgenommen über eine besondere Eigentümlichkeit der vorliegenden Arbeit, die bald ein gefälliges allegorisches Spiel bald leise Andeutung dunkler Möglichkeiten bald ein volles Rauschen magischer Kräfte scheint, ihr Hantieren mit okkultistischen Begriffen, des geistigen Farbwahrnehmens der 1., 2. und 3. Aura und dergleichen. Dem mag allem ein gut Teil Wahrheit zugrunde liegen. Aber das Göttliche ist nicht ein goldenes Licht neben farbigen Lichtern, nicht ein weißer Strahl neben

bunten, sondern das Unfaßbare, das keiner magischen Kraft koordiniert werden kann, vielmehr auch ihnen gegenüber das Aliud, aliud valde ab istis omnibus bleibt, das nicht durch den weißen Glanz, sondern durch das erst der weiße Glanz legitimiert wird.

Swedenborg Weit in die Eigenart mystisch-theosophischer Theologie führt ein Werk *Martin Lamms* über Swedenborg /Leipzig, Felix Meiner/. Interessant ist der in den Einleitungskapiteln gegebene Aufweis des Zusammenhangs, der zwischen den Anfängen der modernen Naturwissenschaft und der Mystik samt ihren theosophischen und magischen Ausläufern besteht. Swedenborg selbst begann als Naturwissenschaftler. Bereits seine naturwissenschaftlichen Schriften lassen deutlich die religiöse Hauptlinie seines spätern Lebens erkennen. Weiterhin zeigt Lamm, wie das System Swedenborgs bereits vor der Periode der Geisteroffenbarungen abgeschlossen war, und wie die Geistererscheinungen ihm nur die Bestätigung seiner Theorie bringen, nämlich, daß die Körperwelt nur die Hülle für den Geist, aber darum auch stets irgendwie beseelt und geistiges Kraftzentrum ist, so daß die ganze Welt ein einheitliches Gewebe geheimnisvoll magischer Kräfte wird, hinter denen letztlich Gott allein steht. Die Entmaterialisierung der Wirklichkeit, in der sich Swedenborg mit der ganzen antimaterialistischen Strömung seiner Zeit, vor allem mit Malebranche berührt, führt aber ihn zu einem magisch-okkultistischen Weltbild, von dessen Einzelheiten er im Lauf seines Lebens immer mehr kündigt. Seine große Lebensaufgabe wird eine allegorische Deutung der Bibel, von deren poetischem Reichtum Lamm ansprechende Proben gibt. Durch die allegorische Auslegung der Bibel will Swedenborg seine Weltanschauung rechtfertigen. Ihr Gehalt wird durch die Tendenz an sich natürlich nicht geschmälert, das ist die erste Erkenntnis, die sich aus den Erörterungen des Verfassers ergibt, und es ist hinzuzufügen, daß die Tendenz selbst bei Swedenborg um so größeres Recht hat, als sie aus seiner ganzen Weltanschauung, für die der ganze Kosmos eine einzige Allegorie ist, geradlinig folgt. Damit ist aber ein Grundmotiv angeschlagen, das keiner Religion ganz fremd ist, und das zwar die Allegorie nicht als wissenschaftliche Methode, aber, was wichtiger ist, ihr Prinzip als eines der religiösen Erfahrung kennzeichnet.

Die Arbeit Lamms, die unter vielleicht zu starker Einschränkung des biographischen Materials lediglich das System Swedenborgs vor uns aufwachsen läßt und dabei den Menschen und Charakter, der hinter diesem Denken steht, ganz in den Hintergrund rückt, hat doch damit nicht nur den Vorzug einer ausgezeichneten Straffheit der Linienführung sondern schaltet so zugleich alle Versuche aus das Werk Swedenborgs aus psychopathologischen Gründen zu verdächtigen. Der Gehalt der Gespräche, die Swedenborg tatsächlich mit den Geistern zu führen vermeinte, ist von dem psychischen Kausalprozeß, durch den sie zustande kamen, durchaus unabhängig. Nun erhebt sich die Frage, die schon bei Besprechung der Arbeit Gerda Walthers auftauchte, ob nicht die Massivität der religiösen Vorstellungswelt selbst erst Funktion der starken innern Bewegtheit ist, und wie, wenn dem so ist, die Unterhöhlung des religiösen Seelenlebens durch die an sich unabweisliche erkenntnistheoretische Kritik vermieden werden kann: Der "entlarvte" Mythos wird erst tote Mythologie, wenn der Glaube zu schwach ist, um die erkenntnistheoretische Zweideutigkeit des religiösen Erlebnisses und seiner Vorstellungshilfen als religiöse Zweideutigkeit alles menschlichen Gotterlebens anzuerkennen und zu bejahen und in allem Erlebnis eben nur den Hinweis auf das schlechthin Transzendente zu sehen.

Sammlungen Die sehr wertvolle Sammlung *Dokumente der Religion* /Paderborn, Ferdinand Schöningh/ ist auf 8 Bände angewachsen. Der 1. Band bringt, wie in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 270) schon erwähnt, eine der schönsten Schriften Augustins, das sogenannte Enchiridion ad Laurentium oder Handbüchlein, eine Zusammenfassung des christlichen Glaubens. Auf den 2. Band, Johannes von Kastls *Wie man Gott anhangen soll*, wurde ebenfalls in dieser Rundschau schon hingewiesen. Das 3. Bändchen bietet mit einem Nachwort des gelehrten Pastors P. W. Schmidt, des vorzüglichen Kenners der australischen Religionen, den Bericht eines englischen Forschers über die geheime Jugendweihe der Kur-naï, eines australischen Urstammes. Das beigebrachte Material ist außerordentlich wichtig für die Erkenntnis des religiösen Charakters der immer noch oft als bloße Magie verkannten primitiven Riten. Der 4. Band bietet des spanischen Dominikaners San Vincente Ferrer Lehre vom

geistlichen Leben. Auf den 5. Band, die Wiedergabe einer buddhistischen Lehrschrift (*Bodhicaryavatara*) wird noch zurückzukommen sein. Der 6. Band enthält die Regel des Heiligen Benedikt, der 7. Band eine neue Übertragung des Jesaja, über die gleichfalls im einzelnen berichtet werden muß, der 8. Band bietet Übertragungen aus dem Koran von Hubert Grimme. Die ganze Sammlung ruht auf gediegenster wissenschaftlicher Grundlage und hat das Verdienst ebenso wichtige wie im allgemeinen schwer zugängliche Dokumente neu darzubieten.

Totenliste Ende Januar starb in Freiburg im Breisgau der ehemalige ordentliche Professor der alttestamentlichen Literatur an der Universität *Gottfried Hoberg*, 67 Jahre alt. Neben seiner Lehrtätigkeit arbeitete er literarisch; er gab lange die *Literarische Rundschau* für das katholische Deutschland heraus. In Dresden starb Ende Januar der ehemalige Oberhofprediger *Franz Dibelius*, im Alter von 77 Jahren. Er hat in der Evangelischen Landeskirche Sachsens eine bedeutende Rolle gespielt. Er war auch Vorsitzender des Vereins für kirchliche Kunst und widmete sich zahlreichen Liebeswerken, vor allem dem Gustav Adolf-Verein. Von seinen literarischen Arbeiten sind die Beiträge für die *Protestantische Realenzyklopädie* zu nennen. Seine Predigten sind in mehreren Sammlungen veröffentlicht.

In Rom starb Ende Januar der frühere Professor der christlichen Philosophie an der Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck *Friedrich Klimke*, ein geborener Schlesier, im Alter von 46 Jahren. Er wirkte zuletzt als Professor für Geschichte der Philosophie an der Universität Gregoriana in Rom. Am 7. März starb in Berlin *Halis Schükri*, der Prediger der türkischen Botschaft, im Alter von 56 Jahren. Er besaß den Rang eines Imams. Seit 18 Jahren wirkte er in Berlin unter der mehr und mehr anwachsenden islamischen Gemeinde. Mitte Juni starb in Göttingen der Professor der neutestamentlichen Exegese *Friedrich Spitta*, in seinem 73. Lebensjahr. Er war der Sohn des Dichters Karl Joh. Ph. Spitta, studierte in Göttingen und Erlangen Theologie, habilitierte sich 1880 in Bonn, ging 1887 als Ordinarius nach Straßburg, das er mit Kriegsende verlassen mußte. Seit 1919 war er in Göttingen wieder angestellt. Spittas umfangreiche literarische Tätigkeit umfaßt zahlreiche Werke exegeti-

scher Art sowie Studien zur Liturgie und Gottesdienstgestaltung; auf diesem Gebiet war Spitta eine führende Persönlichkeit. Er war der Mitherausgeber der Monatsschrift für Gottesdienst und kirchliche Kunst. Von seinen zahlreichen Werken seien genannt: Die Offenbarung des Johannes /1889/, Die Apostelgeschichte, ihre Quelle und deren geschichtlicher Wert /1891/, Gottesdienst und Kunst /1895/, Der Gottesdienst des Urchristentums und seine Bedeutung für die liturgische Praxis der Gegenwart /1901/, Das deutsche Kirchenlied /1910/.

Am 28. Juni starb in seinem 61. Lebensjahr der Rektor der Universität Breslau, der Ordinarius in der Katholischtheologischen Fakultät *Johannes Nikel* ganz plötzlich, während er einen Vortrag hielt. Seine wichtigsten Schriften sind *Der Monotheismus Israels in der vorerilischen Zeit /1893/, Allgemeine Kulturgeschichte /1895/, Genesis und Keilschriftforschung /1903/, Zur Verständigung über Bibel und Babel /1903/, Alte und neue Angriffe auf das Alte Testament /1908/, Moses und sein Werk /1909/, Der Friedensgedanke im Alten Testament /1914/.*

Kurze Chronik Die Theologische Fakultät der Berliner Universität wiederholt für das neue akademische Jahr die für 1923-1924 gestellten *Preisaufgaben* (siehe diese Rundschau, 1923 Seite 501) und stellt dazu 2 neue: 1. »Die vorpaulinische jüdische Mystik (Philo, Septuaginta) und ihr Verhältnis zur antiken Mystik, mit besonderer Untersuchung der etwaigen Beziehungen zu Poseidonios.« 2. »Darstellung und Kritik des Begriffes der Imputation in der altprotestantischen Theologie.«
 ◊ Für das Jahr 1925 ist ein *Weltkongreß für religiösen Fortschritt* geplant. Er soll in London eröffnet werden und seine Tagung anschließend in Köln fortsetzen. ◊ Der Berliner Privatdozent *Paul Tillich* ist außerordentlicher Professor für systematische Theologie an der Universität Marburg geworden. Es wurde ihm dort ein Lehrauftrag für Religionsphilosophie und Geschichte der Theologie erteilt. ◊ Der Göttinger Privatdozent *Erik Peterson* wurde Ordinarius für Kirchengeschichte und Neues Testament an der Universität Bonn. ◊ An der Universität Frankfurt erhielt *Martin Buber* einen Lehrauftrag für jüdische Religionswissenschaft. ◊ In der Leipziger Philosophischen Fakultät *habilitierte* sich Joachim Wach für Religionswissenschaft, mit einer Abhandlung *Prolegomena zur Grundlegung der Religionswissenschaft*.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdori

Bürgerroman Deutlicher als *Leonhard Frank* es getan hat ließ sich nicht der Mensch bezeichnen, dessen Lebensgeschichte er schreiben wollte. Die Lebensgeschichte erscheint ihm in seinem Roman *Der Bürger* /Berlin, Malikverlag, als die Naturgeschichte des Bürgers überhaupt. Unter Natur versteht er ein Stück der Entartung. Der Bürger stammt selbstverständlich aus guten Verhältnissen. Die Eltern haben ihn mit Renten ausgestattet und auch mit einer anständigen Gymnasialbildung; der Mann könnte sich ganz artig durchs Leben schlagen, ohne daß er von besonderen Sorgen und Kümmernissen gefährdet würde. Da geht mit ihm eine Wandlung vor. Bei einer winzigen Gelegenheit erwacht in ihm das soziale Gewissen, ja sogar der revolutionäre Drang. Er will eine Weile die Wände und die Welt einreißen. Doch es scheint, daß die Abstammung vom Bürger dem Wesen im Weg ist, das sich zu der Sache der Proletarier schlagen möchte. Wenigstens ergötet es dem Frankschen Bürger derart. Er wird irrsinnig über seinem Plan, aus dem Menschenfreund wird ein Tollhauskandidat, allerdings immer noch einer, dem beträchtliche Mittel zum Reisen und Abenteuern zur Verfügung stehen. Der Wahnsinn des Bürgers besteht darin, daß 2 Wesen existieren, die wieder ein in ihm vereinigtes Wesen sind; sein wirkliches Wesen ist ihm verloren gegangen, und nun macht er sich auf das verlorene zu suchen. Dieses wahnsinnige Dasein endet aber sehr gewöhnlich. Es kommt eine halbe Heilung, vielleicht eine Scheinheilung zustande. Der Mann, der einstmal den Anlauf zum Revolutionär gemacht hatte, endet doch in der Sphäre und Atmosphäre aller Philister. Das ist die Tendenz, die Leonhard Frank erweisen möchte, da er dem Satz huldigt, daß der Kulturmensch unserer Tage durch Geburt und Erziehung sehr überlastet ist. Der Bürger ist vergiftet, Krankheit zehrt an ihm, er kann gar nicht mehr gesund werden. Diese geistige Zerfaserung des Bürgers, der im Grunde doch nur ein Spießbürger ist, wäre zu loben, wenn der Vivisektor einen ganz großen und weit ausgespannten Horizont hätte. Es ist aber rätselhaft und seltsam. Leonhard Frank, in der Schilderung psychoanalytischer Kuriositäten ein starker Stilist, erlahmt dann, wenn er den Alltag ausformen soll. Er kommt nicht über eine

belebte Chronik hinaus. Dieser deutsche Tendenzroman ist eine dürre Schöpfung. Die alte Wucht ist Leonhard Frank nur geblieben, wenn er den Wahnsinnigen aufschnellen läßt.

Auch ein Franzose, *Lucien Fabre*, hat versucht den Normalmenschen unserer Tage zu zeichnen: in einem 3bändigen großangelegten Roman *Rabevel ou Le mal des ardents* /Paris, Editions de la Nouvelle Revue Française/. Der Aufbau des Buches geschieht nach den nämlichen Methoden, die Leonhard Frank anwendet, das heißt, der Autor folgt der Laufbahn des Bürgers von seiner ersten Jugend über die Jünglingszeit, die Manneszeit und bis zum letzten, in diesem Fall gewaltsamen Todesverfall. Aber auch in Fabre verrät sich eine Schwäche, die beinahe die Schwäche der Schriftsteller unserer Zeit scheint. Fabre ist im Grunde ein Idylliker. Das beste, was er zu erzählen hat, geschieht in der Jugendzeit Rabevels. Da hat er von dem innigen Charles Louis Philippe gelernt. Kleine Bilder aus dem Leben der Kleinbürger werden gezeichnet. Dann beginnt schon die dürre Chronik. Gewiß, Lucien Fabre ist ein schärferer Beobachter als Leonhard Frank. Wenn er die Breitspurigkeit der Börsianer, das Gemisch von Politik, Schiebertum, Hochfinanz und literarischen Hochstaplern beschreibt, dann stehen in seiner Erinnerung allerhand Vorbilder, die von Zola bis zu Mirbeau und sogar vom unsterblichen Balzac bis zum feinnervigen Maupassant reichen. Er ist ein Sohn aller dieser Urväter, die seine Art bestimmen. Es bleibt nur wenig Selbständigkeit zurück.

Wenn man heute französische Bücher liest, überrascht immer der Hang dieser unserer kostbaren und liebenswürdiger Zeitgenossen, die fern von jeder Überschätzung des Pathetischen bleiben wollen, zur Idylle. Jammes, Vildrac und auch Rolland haben sich, zum Teil, der Idylle und dem Alltag ergeben. Es scheint so, als ob *Romain Rolland* müde wäre im hohen Ton der moralischen Großsprecherei zu reden. Er will aber auch nicht mehr in das Furchtbare unserer Zeit hineinschauen. (Er tat dies noch in seinem schönsten Buch, vielleicht dem einzig wirklich schönen, da nur das Gefühl sprach, nicht der bei ihm sich sonst immer vordrängende Intellekt; in der Erzählung Peter und Lutz (deutsch von Paul Amann /München, Kurt Wolff/), in der der Krieg das Geschehen beschattet.) Jetzt will er nur Geschöpfe aufsuchen, die ihre Heimat in einem engen Bezirk des Geistigen und des Sittlichen

haben. So betrachtet, ist sein Roman von Annette und Sylvia (deutsch von Paul Amann /München, Kurt Wolff/) eine Arbeit, die erquickend die Stimmung des Schriftstellers beleuchtet: Der Mensch muß Frieden machen mit sich, mit den Torheiten der Erde, mit dem Unglück der Erde und mit der Zerrissenheit der Erde. Der Mensch muß wieder einfach und tiefer gläubig werden. Das will Romain Rolland. Wir freuen uns für ihn. Aber er nimmt die Feder, um seine neue Lebenslust zu erlösen. Aber er führt sie so unfranzösisch breit, daß unsere Aufmerksamkeit erlahmt. Das Schicksal der beiden Schwestern Annette und Sylvia, die von einem Vater, aber von verschiedenen Müttern stammen, die eine von seiner Ehefrau, die andere von einer dann verlassenen Geliebten, ist überaus moralisch. Das Genie adelt die Banalität. Aber der gute Mensch geht auch leicht in der Banalität unter. Rolland ist zu wenig Franzose. Er sieht die Realitäten nicht mit jener feinen Skepsis an, die, gerade weil sie die Oberfläche als solche erkennt, zur metaphysischen Tiefe der Dinge hinlenkt. Er liebt jene Auseinandersetzungen, die man sonst bei manchen Deutschen findet. Selten ist bei ihm die bewegende Anmut, die die Luft der Ile de France den Menschen gibt. (In Peter und Lutz ist sie.) Meist spricht er von einer hochgerichteten Kanzel. Da entgeht er nicht der Gefahr uns Selbstverständlichkeiten vorzutragen. Dieser Roman ist der 1. Band einer neuen großen Serie. Vielleicht bringen die weiteren Bände auch sachlich Neues.

Es gibt bescheidene und auch bequeme Idylliker, die es sich gestatten dürfen von Lebenswinzigkeiten und von unbedeutenden Menschen zu erzählen. Dann ist es die Kunst, die natürlich nicht gelernt werden kann, die den kleinen Gegenstand durchsonnt und verewigt. Anakreontisches mit fröhlichen oder tragischen Spitzlein zu schreiben ist sicher schwieriger als das Hinhämmern einer ganzen Tragödie, die nur die Empfindung der agierenden Menschen und die Aufmerksamkeit der empfangenden Genießer aufplustern soll. *Bernhard Kellermann* ist kultiviert, und so überspannt er nicht leicht die Geduld seines Lesers. Sein Roman Schwedenklees Erlebnis /Berlin, S. Fischer/ bezeugt solche Tugend. Das Erlebnis des hartgesottenen Junggesellen, der eine natürliche Tochter wiederfindet, sie zunächst nicht erkennt, wie seine Liebste verhätschelt und dann einem forschen Jüngling, der sich mit der Liebe und dem Leben geradlinig

abfinden kann, überliefert, hat beinahe die Wucht eines moralischen Beispiels. Nur ist zu sagen, daß Kellermann, eben weil er leicht und ohne Schwanken schreibt, seine Mittel allzu schnell vergeudet. Er spart nicht, darum wirkt er leicht redselig. Sein Roman hätte um die Hälfte verkürzt werden müssen, dann wäre er eine hübsche Novelle geworden, ausgerundet etwa wie ein Stück Gottfried Kellers.

Ein Bürger- und Künstlerroman ist *Werner Schendells* Nachspiel /Berlin, Ullstein/. Dem Verfasser fehlt es nicht an geschickter Erzählertechnik. Doch weiß er nicht, wie er dem Schönliteratentum ausweichen soll, um freizügig in die schöne Literatur hineinzukommen. Merkwürdig diese müde Stimmung, die solchen Nachkriegsbüchern eignet. Als ob der Krieg den Verfassern jeden Mut genommen, so daß sie zu scheu sind an die Dinge heranzugehen. Und doch verlangt Schendell danach. Vielleicht wird er in seinen späteren Büchern dazu kommen.

Autobiographische Dokumente Manches in dem letzten Schaffen des in der deutschen Leserschaft wohl be-

kanntesten französischen Autors: Roulans, ist so, als wenn dem Freund des Friedens und Anwalt der Menschenrechte die starken Sinne verloren gingen, als habe er eine geistige Entfettungskur durchgemacht, um das Blut seiner Sinne andächtig und bedächtig zu verdünnen. Die unvergeßlichen Franzosen: Stendhal, Balzac, Flaubert, Zola, Maupassant haben sich eine derartige Ruhe auch in ihren späteren Jahren nicht gegönnt. Wahrscheinlich war ihr Temperament hitziger. Wahrscheinlich hat ihr Temperament stärker ihr Schriftstellertum genährt. Zur Familie dieser Unvergeßlichen gehörte *Joris Karl Huysmans*, der Belgier flämischen Ursprungs, der in der Zolaschule lebte. Als Huysmans alt geworden war (sehr alt ist er den Jahren nach niemals geworden), ging in ihm die große Bekehrung vor sich. Der Bewunderer der Natur wurde der Verteidiger des Wunders, des Gotteswunders, das von dem Heiland Jesus Christus, der Jungfrau Maria, dem Gefolge ihrer zur Dreieinigkeit betenden Jünger und jenen Priestern gebildet wird, die siegreich und herrisch in der katholischen Kirche gebieten. Ein Zeugnis dieser Bekehrung war der biographische Roman *La cathédrale*, der vor Jahrzehnten erschien, angefeindet, umschmeichelt und umstritten von tausend Parteien. Man wollte nicht glauben, daß Huysmans aufrichtig vor

dem Hochaltar niedergesunken sei. Man hatte Gründe zu derartigen Zweifeln. Einstmals wurden die biographischen Dokumente veröffentlicht, die Zeugnis von den Verwandlungen ablegten, denen sich der Belgier hinzugeben pflegte. Er war wirklich der unverbesserliche, unheilbare Freund der Wollust geblieben, verwandt in diesem Trieb mit den Flamen, die zu dieser Zeit schrieben, malten und bildeten, verbrüdet mit Camille Lemonnier und Henri Meunier und Jef Lambeaux und James Ensor und Félicien Rops und Emile Claus und anderen, die heute alle schon zur Ewigkeit eingegangen sind. Die katholische Religion, der sich Huysmans plötzlich unterwarf, war für ihn eine ungeheure Sinnenbeglückung. Sein Ohr hing an dem liturgischen Gesang, der von den jungfräulichen Nonnen gesendet wurde, mit jener Liebe, die sich in nichts von der Liebe zur Frau unterscheidet. Jedes Kirchengesäß, jedes Bauwerk, das zur Kathedrale gehörte, war für ihn ein Symbol der Jungfrau Maria oder ihres Sohnes. In solchen Gedanken und Empfindungen begann er die Kathedrale von Chartres zu beschreiben. Alle gebundene Mystik und Symbolik der Kirchenväter und Mystagogen zog er heran, Astrologie, Pflanzensymbolik, die sinnlichste Erklärung der Farben und der Gerüche, kurz jedes Sinnenerlebnis, um es in Einklang mit der Marienlehre zu bringen. Er war ein glänzender Schriftsteller, ein Verführer mit Worten, ein blühender und blendender Maler mit der Feder. Darum war es gut, daß man heute wieder dieses sehr seltsame, höchst lehrreiche Buch übersetzte (*Die Kathedrale*, deutsch von Hedda Eulenberg /München, Kurt Wolff). Der Huysmanssche Roman von der Kathedrale bleibt ein Kulturstück für alle Zeiten. Die Menschen sollen fromm werden, weil sie das für ihr Sinnen Glück brauchen. Je sinnlicher der Mensch ist, desto frömmere kann er werden. Man erinnert sich, daß ein Zeitgenosse Huysmans', der erbitterte Feind und flammende Pamphletist Léon Bloy, den Menschen die Sinne auslaugen wollte. Indem dieser Schriftsteller eine Kathedrale beschrieb, das Heiligtum jener Karthäuser, die von den Gläubigen ewiges Schweigen und unerbittliche Askese fordern, wollte er das Evangelium der Sinne verfemen, um das Evangelium der getöteten Sinne zu verkünden. Die Liebe, die Bloy schilderte, zerstört entsetzlich. Der Mann, der sich auch zum Katholizismus zurückgefunden hatte, schneidet seiner Geliebten die schönen Flechten

ab, damit sie ihn nicht mehr zur Freude verlocke. Es sind diese Bücher auch Biographien des Bürgers einer Zeit, die nicht weit hinter uns liegt. Aber diese Bücher wurden weniger dogmatisch geschrieben. Sie sind überall von dem Temperament des Schriftstellers, der wirklich einen großen Passionsweg ging und diesen Passionsweg nicht nur in seinem Gehirn ergrübelte. Vielleicht liegt es an dieser Gründlichkeit des Erlebnisses, daß diese unmittelbaren Vorgänger unserer literarischen Zeit, die man gern Naturalisten nennt, nicht in Dürreheit verwirrten. Sie sind erfreulicher zu lesen als die dichterischen Chronisten, die sich heute mit dem Dasein unserer Zeitgenossen abmühen.

Pathetiker Ein Pathetiker des Geschlechtstriebes ist *Hans Fallada*. Er übersieht in seinem Roman *Anton und Gerda* /Berlin, Ernst Rowohlt/ als Seelenkennner den Geheimprozeß des geschlechtlichen Zusammenschmelzens von Jüngling und Mädchen. Psychoanalytisch ist er begabt, auch folkloristisch. Er setzt seine jungen Menschenwesen zu einander mit einer gewissen Souveränität. Es geschieht auch, daß hinter dem Suchen und Aufeinanderfallen der leidenschaftlich Erhitzten eine Weltanschauung aufblitzt; aber der Gedanke, der sich dann herauschälten läßt, ist klein. Man fragt sich, warum die Technik zum Schreiben solcher Sexualromane so sehr sublimiert wurde. Man wundert sich, daß der Schriftsteller nur in diesen Sphären hängen bleibt. Solche Gluten lassen sich bestimmt nicht leicht beschreiben. Der Takt muß groß sein. Das tausendmal Gesagte und im Wort Abgebrauchte darf nicht wiederholt werden. Aber der Dichter muß sich doch dauernd vulkanisch einheizen. Es gelingt ihm nicht vom Sinnlichen den Weg ins Übersinnliche zu finden, welcher Weg am Ende immer doch der schönste und tröstlichste nach allen Menschenverwirrungen ist.

Ein Pathetiker der Menschenliebe und des Friedensgedankens ist *Hermann Schützinger* in seiner *Legende* aus der Wahrheit des Krieges (Auferstehung /Leipzig, Ernst Oldenburg/). Hermann Schützinger, der ehemalige aktive Offizier, ist klar und unerschütterlich in der Ablehnung des Blutvergießens, das gewesen ist und wieder sein soll. Spurlos ist das an ihm nicht vorübergegangen, was Barbusse über den Schrecken des Krieges schrieb. Mit gleicher Vision, die das Delirium des Soldaten zeigt, der

mitten im Gefeuere und im Gefunkel der Geschütze das Auferstehungswunder bis zum Himmel erlebt, wird er beglückt oder heimgesucht. Freilich, er hat nicht als Dichter ausgeformt, was er erschaut. Aber er hat dieses ganze furchtbare Außen als Mensch innen geschaut. Und darum wird sein Buch von allen geliebt werden, die aufstöhnen und aufschreien: Nie wieder Krieg!

Ein Pathetiker des kranken Kriminal- und Irrenhauserlebnisses ist *Victor Dirsztay*. Sein Roman *Der Unentrinnbare* /München, Kurt Wolff/ entwickelt systematisch einige Schilderungen, die auch Leonhard Frank in seinem Bürgerroman anbringt. Es handelt sich um das Problem des Doppelgängers. Der Mensch zerspalte sich plötzlich, weil seine Sinne trüb werden. Er verliert immer eine Hälfte seines Wesens; hat er sie wiedergefunden, dann jagt er der andern nach usw. usw. Dieses Spiel wird nun geistreich variiert. Der Träger des gespaltenen Wesens ist einmal ein zarter Weltenwanderer, nach seiner Standeszugehörigkeit ein rentenbeglückter Diplomat, der sich durch die ganze Welt, von Köstlichkeit und Weichheit befördert, begeben kann, und dann ein armseliger Hund von Geistesprolet, geschmiedet an seine Scholle, von Sorgen geschunden in seiner Mansarde. Kokoschka hat dieses Buch mit Bildern geschmückt.

Erzählungen Mit Freude werde hier festgestellt, daß *Will Erich Peuckert* in seinem Geschichtenbuch *Luntroß* /Jena, Eugen Diederichs/ ungewöhnliche Kraft der Darstellung, Humor, Menschenliebe, unverbrauchte Gefühlsinnigkeit und eine nicht lästige Derbheit entfaltet. Was Peuckert von einem Häuflein schlesischen Vagabundengesindels erzählt, ist zugleich lustig, aber auch nicht arm an Einblicken in Seelengeheimnisse. Dieser Schriftsteller, noch jung an Jahren, hat sich vielleicht (es braucht das ja gar nicht lehrlingshaft im Bewußtsein zu geschehen) an De Coster geschult. Dieses Bündel von Lumpenballaden ergäbe eine geradezu großartige Dichtung, wenn Peuckert seinen Welthorizont noch erweiterte. Bis jetzt bleibt er im Landschaftlichen haften, das er dialektisch beherrscht. Er wird, das dürfen wir annehmen, noch wachsen.

Von edlem Geistesblut ist *Lou Andreas-Salomé*, die Freundin Nietzsches, von feiner Sittlichkeit und Philosophie. Sie ist am Slawischen stark interessiert, sogar hineingetaucht in russische Wunder

und russisches Weh. Aus allen diesen Erinnerungen und Neigungen formte sie den schönen Geschichtenband *Rodinka* /Jena, Eugen Diederichs/.

Der Basler Rheinverlag tritt mit Nachdruck für junge Schweizer ein, die in ihrer Heimatwelt wurzeln und immer noch so gut erzählen, daß sie das begehrliche Herz eines Lesers erfreuen. Dazu kommt noch, daß diese Schweizer einen sehr geraden Demokratensinn haben. Sie erziehen, ohne daß ihre Lehre mit Gewalt aufgedrängt wird. *Hermann Kurz'* Kleinstadtroman *Die Guten von Gutenberg* läßt die Leute von Seldwyla nicht vergessen, aber Seldwyla ist eine Stadt, die heute noch nicht unterging. Ähnlich geartet ist *Gertrud Niederer*. Ihre Susanne Rotach ist ein braves Mädchen, das sich mit dem Leben tüchtig herumschlägt und zum Sieg kommt. Solche Bücher wirken sittlich, ohne daß die Verfasser vom moralischen Dogma aufgeessen werden.

Alle diese Schriftsteller sind Kulturträger von Geschmack, wie auch der englisch schreibende Holländer *Maarten Maartens*, dessen Malergeschichten (Der Preis von *Liss Doris* /München, Albert Langen/) den Leser fesseln.

Skizzen

Idylliker können einen starken sozialen Trieb haben und alle ihre Aufmerksamkeit auf den kleinen Mann des Volkes hinrichten, der sich quält und abrackert, bis er sein Alltagsleben überwunden hat und in ein Jenseits auswandert, das die Gläubigen erhoffen, das die Ungläubigen nicht erwarten. *Pierre Hamp* ist solch ein sozialer Idylliker. Seine Schilderungen aus dem Dasein der nordfranzösischen Arbeiter, der Glasbläser besonders und der Bergleute, sind in Frankreich wohl bekannt. *Pierre Hamp* hatte sich den Stil *Zolas* angeeignet, und er begann einen breit gegliederten Roman, in dem das Schiebertum der internationalisierten Stadt Wien beschrieben werden sollte. Nun kehrt er in seinem Skizzenband *Gens* /Paris, Editions de la Nouvelle Revue Française/ zu seiner alten Eigenart zurück. Leute, Splitterchen der Menschheit, Naturen, die sich abseits quälen, die vom Alltag aufgenommen werden und in Bescheidenheit emporkblühen oder untergehen: das sind seine Typen. *Hamp* ist der geborene Chronist des Kleinen, der dem Einzelfall, den er erschafft, kaum eine Pointe gibt. *Dickens* und *Zola* waren auch Chroniqueure. Es gelang ihnen dann die Tageschronik zur Weltgeschichte auszuformen. So weit ist *Pierre Hamp* noch nicht.

Die Nordländer sind die unermüdlichen Wanderer. Vielleicht haben die Skandinavener in dem letzten Jahrzehnt die besten Reisebücher geschrieben. Man denke an *Rung* und *Henning Berger*, von *Hamsun* und *Selma Lagerlöf* ganz zu schweigen. Der Schweizer *John Knittel*, auch so ein Überwinder der alten und der neuen Erdteile (sein Roman *Die Reise des Aaaron West* /Basel, Rheinverlag/ konnte in dieser Rundschau, 1923 Seite 388, sehr gelobt werden), hat einen geistigen Bruder und Mitbewerber in *Hermann Hiltbrunner* (Nordland und Nordlicht /Basel, Rheinverlag/). *Hiltbrunner* schlendert und schwärmt durch die skandinavischen Schönheiten. Seine Skizzen sind nicht nur ergötzlich sondern bewegend. Der Rheinverlag hat da eine tüchtige Gesellschaft vereinigt.

Halb moralische Aphoristik halb Novellen mit sozialer Pointe schrieb *Rudolf Walter Kraus* /Wien, Herzverlag/. Diese Gedankengänge, über denen herausfordernd der verlegte Nullpunkt steht, plaudern paradox. Das ist unterhaltend, zuweilen mehr als das. Nur sollte man sich hüten gar zu viel davon zu geben.

Bedeutender sind *Robert Louis Stevensons* Verkaufte Träume, die der Herzverlag in Wien deutsch herausbrachte. Sie regen die Phantasie an, sie spielerisch beschäftigt, und lassen einen Rest von Zweifel und Ungelöstheit, der vor der Verstandestrivialität schützt, die die Scheinphantastiker kennzeichnet.

Betrachtungen über die 4 Jahre des Krieges hat *Eduard Lachmann* niedergelegt /Darmstadt, Verlag Litera/. Um des Gegenstandes willen, dem unsere Literaten jetzt aus dem Weg gehen, sei dieses Buch empfohlen. Vielleicht, daß seine Lektüre unseren zu leicht vergessenden Intellektuellen die Pflicht einer richtigen Orientierung zeigt.

Hans Böttcher, heute schon bekannter unter dem geschlängelten Namen *Joachim Ringelnatz*, hat einige Marinekriegsgeschichten erzählt (Die Woge /München, Albert Langen/). In der Prosa muß sich der ausschweifende Karikaturist disziplinieren. Man entdeckt, daß er artig nach alten Rezepten schreiben kann.

Durch den Weltkrieg mußte *Max Dauthendey* auf Java verbannt bleiben. Er starb im exotischen Land, hinterließ seine Erlebnisse auf Java, Tagebuchblätter, die der Verlag *Albert Langen* in München aus dem Nachlaß zusammentrug. Da es sich um exotische Stoffe handelt, ist das Interesse von vornherein gesichert, wenngleich hier nicht nur geniale Stücke gerettet wurden.

Porträts von Dichtern, Philosophen, Malern und Musikern hat *Herbert Eulenberg* skizziert (Erscheinungen / Stuttgart, J. Engelhorns Nachfolger/). Diese literarische Skizze, die weder Kritik noch Biographie enthält sondern irgendeine biographische Anekdote zur kurzen Novelle rundet, wird von Eulenberg mit besonderem Talent gepflegt. Das Genie enthüllt sich in solchen Stücken wohl nicht vollständig, aber es fällt noch manches Lichtlein auf eine Unsterblichkeit, die sonst vergessen würde.

Leute, die er kannte, hat *Ludwig Thoma* beschrieben (München, Albert Langen/). Da er tot ist, wird das herausgegeben. Thoma saß zusammen mit Hartleben und Ruederer und Wedekind, mit Holger Drachman und Ignatius Taschner. Von diesen Begegnissen hat er treuherzig und ohne viel Federlesen erzählt. Plaudeereien solcher Art sind ihm immer besonders gut gelungen.

Zum Schluß sei noch der selbstbiographischen Skizzen gedacht, die *Jean de Saint-Prix* niederschrieb. Er schrieb diese Skizzen nicht, damit sie veröffentlicht würden. Sie sind enthalten in Briefen an seine Freunde. Als der junge Franzose, der kaum die Zwanziger überschritten hatte, die Augen für immer schloß, sammelte Romain Rolland diese Briefe (Lettres 1917-1919 / Paris, F. Rieder & Co./). Jünglinge, die so schieden, hineingerissen in den Krieg, fortgerissen von dem Krieg und erfüllt waren von reiner Friedensliebe und einem Christentum, das nur Aufopferung kannte, verdienen stets tiefste Teilnahme. Jean de Saint-Prix hat ungewöhnlich zart empfunden. Was er seinen Freunden und Vertrauten zu sagen hatte, das verrät einen Menschen von unendlicher Innigkeit. Er war der Prophet einer Zeit, die als Paradies erträumt wird. Vielleicht wäre er später härter geworden und umgänglicher mit den Listen des Daseins. Es blieb ihm diese Wandlung erspart. Er durfte sich rein erhalten; er wurde getötet für seine Reinheit. Gleich im 1. Jahr des Krieges wurden die Briefe eines französischen Malers veröffentlicht, der verschollen war, und dessen Namen man bis heute noch nicht erraten hat. Auch dieser junge Franzose sah während des Weltkriegs, den er miterlebte, niemals Feinde sondern stets Brüder, und er bewunderte, während man ihn zwang auf die Deutschen zu schießen, Kant und Beethoven. Von ähnlichen Regungen wurde Jean de Saint-Prix bewegt (der übrigens ein Verwandter des ehemaligen Präsidenten Loubet war).

Kurze Chronik Der Große Balzacpreis im Betrag von 30 000 Francs wurde für das Jahr 1924 André Thérive für *Le grand péché* und Pierre Dominique für *Notre Dame de la Sagesse* zugesprochen; dieses Werk ist auch in deutscher Sprache erschienen, in dem neuen, mächtig austretenden Verlag Paul Zsolnay in Wien und Berlin, der schon Wertvolles herausgebracht hat und mehr noch ankündigt. ◊ Die folgenden deutschen Werke sind in letzter Zeit in *französischer Übersetzung* herausgekommen: Fritz von Unruh *Verdun* und Teile seines *Opfergangs*, Georg Kaiser *Der Brand im Opernhaus*, Rainer Maria Rilke *Die Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge*, Heinrich Mann *Der Jüngling*, Carl Sternheim *Busekow*, Maximilian Harden *Stinnes* und *Rathenau*, René Schickele *Benkal der Frauentröster*, Hanns Heinz Ewers *Der Zauberlehrling*, Thomas Mann *Tonio Kröger*, Bernhard Kellermann *Der 9. November*, Clara Viebig *Töchter der Hekuba*. ◊ Dem schwedischen Parlament wurde ein Gesetzentwurf eingereicht, wonach die Autorenrechte, die erlöschen, dem Staat zufallen sollen, um daraus einen *Pensionfonds für schwedische Autoren* zu schaffen. ◊ Die Anzahl der *deutschen Verlagsfirmen* hat nach dem Krieg bedeutend zugenommen. 1913 gab es 2806 Firmen in 485 Orten, 1920 2624 in 454 Orten, 1922 aber 3117 in 578 Orten. ◊ In Cologny bei Genf wurde ein *Byrondenkmal* zur Erinnerung an den Genfer Aufenthalt des Dichters im Jahr 1816 enthüllt. ◊ Die Universität Königsberg hat der Dichterin *Agnes Miegel* (siehe über sie den Artikel Arthur Schulz' in den Sozialistischen Monatsheften 1904 I Seite 448 ff.) den Titel eines Ehrendoktors verliehen. ◊ Von der Universität Köln wurde der Verleger *Eugen Diederichs* zum Ehrendoktor ernannt: einer der nicht zahlreichen Fälle im Deutschland der Nachkriegszeit, in denen ein Würdiger diese Würde empfing.

KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Saharabahn Der Landesverteidigungsrat in Paris hat dem französischen Parlament ein Programm für den weitem Ausbau des französischen Kolonialreichs vorgelegt, das vor allem den Bau einer Eisenbahn durch die Sahara vorsieht. An sich ist der Plan das äquatoriale und das nördliche französische Afrika durch eine Nordsüdbahn zu verbinden schon

alt, und einzelne bereits vorhandene Eisenbahnlinien können auch dem Plan nutzbar gemacht werden. Die geplante Linie beginnt in Französisch Westafrika und soll am Mittelländischen Meer möglichst nahe dem Mutterland in einem leistungsfähigen Hafen enden. Sie soll möglichst weit vom Meer entfernt und möglichst tief im französischen Gebiet liegen, dabei möglichst kurz sein und die Möglichkeit bieten an sie Verlängerungsbahnen zum Kongostrom und zum Tschadsee anzuschließen. Als Ausgangspunkt ist Wagadugu nördlich der Goldküstenkolonie, als Endpunkt Oran an der Mittelmeerküste ausgewählt worden. Die Gesamtlänge der neu zu bauenden Strecke (von Ras el Ma südlich von Oran bis nach Wagadugu) wird auf 3349 Kilometer berechnet. Die Baukosten sollen zunächst 1400 Millionen Francs, mit der für später vorgesehenen elektrischen Streckenausrüstung 1700 Millionen betragen, zu welchen Kosten nicht nur Frankreich sondern auch Französisch Westafrika und Algerien beitragen würden. Zunächst erwartet man von dem Betrieb, einschließlich der Zinsverluste, einen jährlichen Fehlbetrag von 70 Millionen Francs. Bau und Betrieb sollen einer Gruppe französischer Gesellschaften übergeben werden.

In der Kolonialen Rundschau ist dieses ganze Projekt im Januar dieses Jahres in einem Artikel Ein amtliches Programm für die Saharabahn von Baltzer behandelt worden. Dieser, sonst gut informierende Aufsatz ist leider in Einleitung und Schluß in einem ganz merkwürdigen Ton abgefaßt. Da heißt es: »Je schwerer sich ein wirtschaftliches Bedürfnis und eine finanzielle Berechtigung für die Bahn nachweisen läßt, um so mehr genügen dem heutiger siegestrunkenen Imperialismus in Frankreich die politischen und strategischen Gründe für das Unternehmen... Die in Deutschland skrupellos geraubten und gestohlenen Milliarden werden dem Bau der Bahn vortrefflich zustatten kommen.« In einer Zeitschrift vom Rang der Kolonialen Rundschau befremden uns derartige knatternde Explosionen eines unbeherrschten Schreibmotors außerordentlich. Das erste der beiden zitierten Argumente klingt ungefähr so, wie vor 40 Jahren unentwegte Oppositionshelden gegen den Eisenbahnbau in den deutschen Kolonien deklamierten. Die Floskel von den »geraubten und gestohlenen Milliarden« darf ein auf Wahrheitsliebe Anspruch machender Schriftsteller nicht gebrauchen, da er wissen

muß, daß es sich Frankreich gegenüber nur um Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung, nicht um eine besondere Kriegsentschädigung, handelt. Ebenso sonderbar ist der Einleitungssatz, in dem es heißt: »Der abenteuerliche Plan der Saharaeisenbahn, . . . für dessen Erfüllung seit Jahrzehnten Ströme von Tinte geflossen und ungeheure Mengen Druckerschwärze aufgewandt sind . . .« Wenn das als Beginn eines Aufsatzes dastünde, der die Unmöglichkeit und Lächerlichkeit des Plans dartun will, dann wäre es vielleicht zu verstehen. Der Aufsatz zeigt aber gerade, daß der Plan für 1½ Milliarden Francs eine Eisenbahn von 3400 Kilometer Länge zu bauen gar nichts Abenteuerialisches an sich hat sondern ein Kulturwerk genannt zu werden verdient. Zur Wahrung des Ansehens, das die Koloniale Rundschau mit Recht genießt, da sie sich stets durch Sachlichkeit ausgezeichnet hat, sollten solche Entgleisungen vermieden werden.

Portugiesisch Südafrika Portugiesisch Südafrika hat neuerdings einen gewissen Aufschwung zu verzeichnen, so daß die Etatsjahre 1922 und 1923 mit einem Überschuß abgeschlossen haben. Die Einfuhr stieg von 26 000 Tonnen im Jahr 1920 auf 58 000 im Jahr 1922, die Ausfuhr von 66 000 Tonnen im Jahr 1920 auf 84 000 im Jahr 1922. Das bedeutet für 1922 einen beträchtlichen Ausfuhrüberschuß. Der Oberkommissar de Mattos, der jetzt zurücktrat, bezeichnet als das dringendste Bedürfnis der Kolonie eine stärkere Einwanderung von Portugiesen. Sie beträgt jährlich etwa 7000, während nach de Mattos jährlich 20- bis 30 000 erforderlich sind. Woher freilich eine so starke portugiesische Einwanderung kommen soll, ist nicht klar. Übrigens leidet das Gebiet auch an Kapitalmangel, der nicht von Portugal befriedigt werden kann sondern anderswo hergeholt werden muß. Der Gesetzgebende Rat Mosambiks hat kürzlich eine Anleihe von 5 Millionen Pfund Sterling genehmigt, die in der Hauptsache in Britisch Südafrika aufgebracht wird. Das Interesse Englands und Britisch Südafrikas stammt hauptsächlich daher, daß Transvaal notwendig eine Hafenverbindung braucht. Die beiden einzigen in Frage kommenden Häfen, Lourenço-Marques und Beira, liegen beide auf portugiesischem Gebiet. Ob der Südafrikanische Bund durch einen Benutzungsvertrag oder durch Gebietsausdehnung in ihren Besitz kommen wird, ist natürlich noch nicht zu sagen.

In Angola hat die amerikanische Sinclairgruppe das Recht auf Ausbeutung der Petroleumvorkommen in einem Gebiet von 70 000 englischen Quadratmeilen erworben, das angeblich die persischen und mexicanischen Ölfelder an Bedeutung noch übertrifft. Für die Erschließungsarbeiten sind bis jetzt schon 16 Millionen Goldmark ausgegeben worden. Eine englische Gesellschaft, die Angola Oilfields Limited, hat eine noch größere Konzession von 101 000 englischen Quadratmeilen erworben. Dieses Vorkommen reicht zum Teil bis an die Küste, zum Teil bis an die Lobitoisenbahn.

Baumwolle Der Jahresbericht der British Cotton Growing Association für 1923 meldet einen Überschuß von 162 000 Pfund Sterling, der der wachsenden Verteuerung der Baumwolle im vorigen Jahr zu danken ist. Während die Gesellschaft im Jahr 1916 nur 29 000 Ballen im Wert von 1,4 Millionen Pfund Sterling umsetzte, waren es im letzten Jahr 54 600 Ballen (13 000 weniger als 1922) im Wert von 1,6 Millionen. Dies ist jedoch keineswegs der Gesamtertrag des *Britischen Reichs* an Baumwolle, denn viele Gesellschaften arbeiten im Reich heute ohne Unterstützung der Gesellschaft, und ihre Baumwolle ist in dieser Statistik nicht enthalten. Diese Erscheinung ist also ein Zeugnis für die erstarkende Selbständigkeit der Baumwollerzeugung des Reichs. Während das Jahr 1922 eine Baumwollerzeugung in neuen Gebieten mit einem Ertrag von 103 000 Ballen (zu 400 englischen Pfund) brachte, traten im Jahr 1923 neue Anbauflächen mit einem Ertrag von 178 000 Ballen hinzu, was eine Steigerung des Werts der Baumwollernte durch Ausbreitung des Anbaugebiets in diesem einen Jahr um mehr als 5½ Millionen Pfund Sterling bedeutete. Der Manchester Guardian Commercial vom 26. Juni 1924 enthält folgende Notiz: »Demnächst sollen Verhandlungen zwischen der Regierung [Englands] und dem ägyptischen Ministerpräsidenten über die Unabhängigkeit des *Sudans* als eines integrierenden Teils Ägyptens unter ägyptischer Verwaltung eröffnet werden. Die Londoner Handelskammer hat an das Kabinett eine Resolution gesandt, die feststellt, daß große britische Kapitalanlagen im Sudan durch die wiederholten Versicherungen bewirkt worden seien, daß der Sudan niemals wieder unter ägyptische Verwaltung kommen werde; deshalb dürfe bei den kommenden Verhandlungen nichts geschehen,

was die britische Kontrolle abschwächen könne. Man ist hier der Ansicht, daß, wenn der ägyptischen Regierung hierin irgendwie beträchtliche Zugeständnisse gemacht würden, die britischen Unternehmungen im Sudan geschädigt werden, besonders in der Baumwollerzeugung. Große Besorgnis wird dieser Sache wegen empfunden.« Man dürfte gespannt sein, ob sich die britische Regierung in dieser Angelegenheit als Gefangene der City von London erweisen oder den Weg zur Rechtfertigung der gewaltsamen Kolonisation durch rechtzeitige Mündigkeitserklärung gehen würde. Tatsächlich hat sie dann eine den Cityinteressen entsprechende Erklärung abgegeben.

Mit der fortschreitenden Bereinigung der politischen Verhältnisse in der neuen *Türkei* beginnt türkische Baumwolle wieder in größerem Umfang auf dem Weltmarkt zu erscheinen. Die hauptsächlich Baumwolle liefernde türkische Provinz ist die den Nordostwinkel des Mittelländischen Meeres begrenzende Provinz Kilikien. Vor dem Krieg erzeugte sie zuletzt jährlich 120 000 Ballen, 1922 konnte sie nach Beendigung der Kriegführung wieder 24 000 Ballen aufbringen, 1923 schon 80 000 Ballen, und für die nächsten Jahre rechnet man auf jährlich 250 000 Ballen, vorausgesetzt, daß die Modernisierung der Kulturmethoden weitere Fortschritte macht. Diesem Zweck soll eine Ausstellung in der Hauptstadt der Provinz, Adana, dienen, die am 10. Mai eröffnet worden ist. Eine Organisation für direkten Absatz der kilikischen Baumwolle, ohne das Dazwischentreten europäischer Aufkäufer ist im Entstehen.

Kautschuk Kautschuk wird infolge der riesigen Neuanlagen von Plantagen in Hinterindien, Afrika und Brasilien in den letzten anderthalb Jahrzehnten trotz der gewaltigen Zunahme des Verbrauchs in solchen Mengen gewonnen, daß seit dem Ende des Krieges der Weltmarkt dauernd damit überversorgt ist und die Preise bei einem großen Teil der Plantagen die Gesteungskosten nicht mehr decken. Das gilt namentlich von den Pflanzungen in Ceylon und dem britischen Anteil an Hinterindien. Infolgedessen suchte man der Überproduktion durch Einschränkung der Erzeugung beizukommen. Dieses Verfahren, das sogenannte Stevenson-system, ist eine Zeitlang nützlich gewesen, schließlich aber zusammengebrochen, weil die billiger produzierenden Pflanzungen Niederländisch Indiens nicht zu bewegen waren mitzumachen, und in-

folgedessen, je freier das Feld durch die Zurückhaltung der britisch-indischen Produzenten wurde, desto reichlicher den Markt mit ihrem Produkt überfluten und den Preis drücken konnten. Jetzt wird ein neuer Plan erwogen, von dem man hofft, daß er die Zustimmung der niederländisch-indischen Pflanzer findet: Es soll eine zentrale Organisation geschaffen werden, die den Verkauf des Kautschuks in die Hand nimmt und durch Abstufung der Zufuhr den Preis auf der von den teurer arbeitenden Erzeugern gewünschten Höhe hält. Der Erfolg bleibt abzuwarten. Es ist fraglich, ob künstliche Verteuerung des Kautschuks nicht den Verbrauch so beeinträchtigt, daß immer größere unverkäufliche Vorräte in der Hand der Organisation bleiben, die schließlich einmal doch abgestoßen werden müssen und dann den Preis ins Bodenlose drücken. Außerdem kann die Garantierung eines Mindestpreises für eine gewisse Zeit sehr leicht zur Anlage neuer dem Ring nicht beitretender Pflanzungen führen, die sich den Vorteil des Monopolpreises gern gefallen lassen, das Monopol selbst aber durchbrechen und sich so besondere Vorteile sichern, während das Monopol selbst auf die Dauer dadurch unmöglich gemacht wird. Auch eine gesetzgeberische Aktion gegen diese Außenseiterhaltung würde sehr schwierig sein, da zu viele politisch von einander sehr verschiedene Länder in Frage kommen, von denen ein übereinstimmendes gesetzgeberisches Vorgehen nicht ohne weiteres erwartet werden kann.

Informationsmittel

Unter dem Titel *Oleaginous Products and Vegetable Oils* hat das Internationale

Landwirtschaftsinstitut in Rom durch sein statistisches Bureau im Selbstverlag einen umfangreichen Band statistischer Nachweise erscheinen lassen, der einen Überblick über die *Ölrohstoffe und Pflanzenöle* der ganzen Welt gibt. Dabei waren, wie bei jeder internationalen Statistik, große Schwierigkeiten zu überwinden, die teilweise nicht bewältigt worden sind, weil sie auf Ungleichheiten in der Erhebungsmethode in den einzelnen Staaten beruhen, die nicht ausgeglichen werden konnten. Die größte Schwierigkeit war die, daß wegen des Mangels an Vorarbeiten und wegen der sehr großen Verschiedenheit der auf den einzelnen Märkten gehandelten Fette und Öle, deren Standardisierung bisher noch vollkommen fehlt, eine Preisstatistik bis auf weiteres nicht gemacht werden konnte. Aber auch ohne dies ist das Buch ein äußerst

wertvolles Nachschlagemittel. Für den, der es schnell benutzen will, ist noch in einem Anhang eine Zusammenfassung der Hauptergebnisse beigelegt.

Ein ansprechendes Blatt mit mancherlei nützlichen Nachrichten über die Kolonialgebiete ist die Wochenschrift *Übersee*, die (in Zeitungsausstattung) in Wien erscheint und vor allem eine ganze Menge wertvoller Nachrichten über die Wirtschaft der Kolonialgebiete bringt. Hauptsächlich werden die Verhältnisse in spanischen und portugiesischen Amerika behandelt. Das Blatt tritt für eine vernünftige Regelung der Auswanderung ein und wendet sich gegen das wilde Auswandern, das ungeeignete Menschen in ihnen unbekannte Gegenden bringt und oft genug ihren Untergang bedeutet.

Kurze Chronik Im Jahr 1923 sind in *Siam* Ein- und Ausfuhr gewachsen. Die Einfuhr machte

136 Millionen Tikals (212 Millionen Goldmark) aus, die Ausfuhr 174 Millionen Tikals (262 Millionen Goldmark), der Ausfuhrüberschuß also 38 Millionen Tikals (50 Millionen Goldmark). Der Hauptposten der Einfuhr sind Baumwollwaren; bezeichnend ist daneben die Zunahme der Einfuhr von Motorwagen, von 273 im Jahr 1922 auf 407. Hauptartikel der Ausfuhr sind Reis (1,4 Millionen Tonnen) und Teakholz (56 700 Tonnen). \diamond Die *Katangabahn* im belgischen Kongo mit einem Schienennetz von 767 Kilometer, 70 schweren und 13 leichten Lokomotiven, 40 Personen- und 1070 Güterwagen beförderte im Jahr 1923 im Vergleich zu 1922 8 % weniger Passagiere, nämlich 60 500, dagegen 33,6 % Güter mehr, nämlich 2,27 Millionen Tonnen. \diamond Der englisch-ägyptische *Sudan* balanciert im Staatshaushalt des Jahres 1923 mit einer Einnahme und Ausgabe von 3 465 000 ägyptischen Pfund. \diamond In *Italienisch Somaliland* wird, nachdem das Jahr 1922 auf einer Anbaufläche von 1200 Acres eine Baumwollernte von 5700 Centals brachte, für das Jahr 1923 eine Ernte von 8400 Centals erwartet. Das ist eine Zunahme der Anbaufläche um 310 %, der Erntemenge um 146 %. \diamond Die Anzahl der *Einwanderer in Canada* betrug vom 1. April 1923 bis zum 31. März 1924 148 560, das ist mehr als doppelt so viel wie im Jahr vorher. Den Hauptteil erhielt die Provinz Ontario mit 65 000 Siedlern. Von den Einwanderern stammten 73 000 von den britischen Inseln, 21 000 aus den Vereinigten Staaten. \diamond Die *Salpeterausfuhr Chiles* belief sich im Jahr 1923 auf 22 645 Tonnen.

Literatur 40 Jahre *deutsche Kolonialarbeit* heißt eine Gedenkschrift der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft /Berlin, Agencia Duems/, die in einer Reihe von Beiträgen verschiedener Mitarbeiter die deutsche Arbeit in unseren früheren Kolonien, den Hergang des Verlustes der Kolonien und ähnliches schildert. Die sachlichen Aufsätze sind gut, dagegen ist die beigegebene Übersicht über die koloniale Literatur völlig unzureichend. Das Beste an der Schrift sind die Bilder, die die deutschen kolonialen Leistungen sehr anschaulich wiedergeben. Für den zu erstrebenden zukünftigen Zusammenschluß des europäischen Kontinents ist es wichtig an die deutsche Kolonialarbeit zu erinnern. ◊ Eine Aufsatzserie *James Ramsay MacDonalds* hat der Keren Hajessod in Berlin unter dem Titel *In Palästina, Altes und Neues*, deutsch herausgebracht. Sie ist außerordentlich lebhaft und persönlich geschrieben und zeigt wirkliches Interesse für das Palästinawerk. Sehr bemerkenswert ist die scharfe Herausarbeitung der Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß Palästina ein Teil des Britischen Reichs ist, und die Würdigung der Araberfrage unter sozialpolitischem Gesichtspunkt, wobei MacDonald vor allem hervorhebt, daß die jüdische Kolonisation den arabischen Proletariern in Palästina höhere Arbeits- und Lebensformen geben kann und dadurch vielleicht dazu beiträgt den Gegensatz zwischen dem arabischen und dem jüdischen Element in Palästina zu überbrücken. ◊ Der Palästinaabonds und Der Jüdische Nationalfonds heißen 2 außerordentlich instruktive Schriften *Adolf Böhms*, die über alles, was man zur Beurteilung der Tätigkeit dieser beiden finanziellen Grundorganisationen der jüdischen Kolonisationsarbeit in Palästina wissen muß, gründlich Aufschluß geben. Die Schrift über den Nationalfonds enthält noch eine Statistik der Juden und das Statut des Nationalfonds sowie eine Übersichtskarte der jüdischen Kolonien in Palästina. Beide Schriften, die im Selbstverlag der Fonds erschienen, bringen eine Anzahl Bilder, die das mit Hilfe des bisher gesammelten Geldes Geschaffene schön veranschaulichen. ◊ Die Zeitschrift der zionistischen-volkssozialistischen Partei Hapoel Hazair *Die Arbeit* hat ihren 4. Jahrgang beendet. Sie gibt monatlich ein Heft heraus, das eine Anzahl Aufsätze und eine Rundschau bringt. Die Zeitschrift zeichnet sich dadurch aus, daß sie sich weniger mit den inne-

ren Streitigkeiten der zionistischen Bewegung und mehr mit den Bedingungen, Aufgaben und Leistungen der jüdischen Kolonisation in Palästina befaßt. Der Standpunkt, von dem aus die Probleme angefaßt werden, ist der sozialistischer Realpolitik. Als besonderes Beiheft ist eine Broschüre, betitelt *Das Programm der Hitachdut*, erschienen, die den Wortlaut des Programms der Hapoel Hazair und Materialien zu seiner Beurteilung, darunter ein ausführliches Referat Arlosorows, enthält.

Verkehr / Hartmuth Merleker

Berlin Der Wiederaufbau des Berliner Verkehrsnetzes macht langsame, aber sichtbare Fortschritte. Es sind neue Automobilomnibuslinien eingerichtet worden, deren Unabhängigkeit vom übrigen Verkehr und von der Krafterzeugungsquelle in der Großstadt dieser Gattung von Verkehrsmitteln immer mehr den Vorzug verschafft. Die günstige Gelegenheit den ganzen Straßenverkehr auf solche Omnibusse umzustellen hat man in Berlin leider versäumt, und da die Straßenbahngesellschaft wieder die Zahl ihrer Linien verdoppelt hat, so ist im Augenblick dieser Vorsprung nicht mehr einzuholen. Nach wie vor leidet der Straßenbahnverkehr an den in riesigem Ausmaß durchgeführten Gleis- und Pflastererneuerungsbauten. Die Untergrundbahn hofft zu Beginn des Herbstes einen neuen Bahnhof der Nord-südbahn dem Verkehr übergeben zu können; es wird an dem Verbindungsstück zwischen der fertigen Neuköllner Strecke und der eigentlichen Nord-südbahn mit außergewöhnlichem Eifer gearbeitet, nur 6 Stunden am Tage ruht die Arbeit. Der Automobildroschkenverkehr ist ein wenig lebhafter geworden; nach wie vor liegt aber die Beschäftigung dieser sehr teuren Verkehrsmittel noch unter dem Vorkriegsstand. Im Norden Berlins wurde am 1. August die elektrifizierte Strecke Stettiner Bahnhof-Bernau dem Verkehr übergeben; ein erstes Glied in einer Kette von elektrischen Staatseisenbahnen, die in den nächsten 10 Jahren von Berlin ihren Ausgang nehmen sollen. Die Züge fahren noch vermischt mit Dampfzügen. Die neuen Wagen sind geräumig und hell, sie haben keine deutlich abgeteilten Abteile und zeigen einen, wenn auch nur geringen Fortschritt gegen die bisherigen Typen. Die 2. Klasse ist endlich in ihnen fortgefallen. Dagegen sind leider noch Raucherabteile vorhanden. (Wann wird endlich mit dieser unsozialen Einrichtung,

die noch obendrein ein Verkehrshindernis ist, aufgeräumt werden?) Die Fahrtgeschwindigkeit ist um 20 % gegen den Dampftrieb gesteigert. Ein Nachteil gegen das Publikum, das die Kosten zu tragen hat, ist die Tatsache, daß in den Wagen mehr Stehplätze vorhanden sind als Sitzplätze. Im übrigen ist der gesamte Vorortverkehr Berlins durch eine neue Zoneneinteilung abermals etwas verteuert worden; in den weiteren Entfernungen erreichen die Sätze freilich noch nicht die Fahrkosten der Vorkriegszeit.

Die Anzahl der Verkehrsunfälle in Berlin nimmt ständig bedrohlich zu. Im Vierteljahr April bis Juni 1924 ereigneten sich 1342 Unfälle, durch private Kraftwagen 447, durch Kraftdroschken 228. Insgesamt wurden 31 Personen getötet und 497 verletzt. Ende Juni gab es in Berlin 32 000 Kraftfahrzeuge aller Art. Die Anzahl der Motorräder, die allgemein wohl bedeutend höher geschätzt wird, beträgt tatsächlich nur etwas mehr als 3000.

Schiffahrt In der Schiffbautätigkeit des 1. Vierteljahrs 1924 steht England immer noch an 1. Stelle. An 2. stehen die Vereinigten Staaten; Deutschland folgt erst hinter Japan an 4. Stelle. Ende des Jahres 1923 stand Deutschland an 2. Stelle; das deutsche Schiffswiederaufbauprogramm scheint sich seinem Ende zu nähern. Die deutsche Handelsflotte hat zurzeit ungefähr 50 % ihres Bestands vor dem Krieg erreicht. Bis heute sind nur 15 (von rund 2000, bei Kriegsende fertigen und halbfertigen) deutsche Kriegsschiffe in Handelsschiffe umgebaut worden. Die mit ihnen gemachten Erfahrungen sind verschieden; mehrere der Schiffe sind nach wenigen Jahren schon wieder abgewrackt worden, andere haben ihre Auftraggeber durchaus befriedigt. Im Ausland sind frühere Kriegsschiffe nur in ganz geringer Anzahl in Handelsfahrzeuge umgewandelt worden, die Ergebnisse sollen dort besser sein als der Durchschnitt in Deutschland. Die geringe Zahl der in Deutschland für die Wirtschaft verwendeten früheren Kriegsfahrzeuge, die bei dem nach der Ablieferung der Handelsflotte herrschenden Tonnagemangel eigentlich befremden müßte, rührt einmal von den sehr langen Umbauzeiten und hohen Umbaukosten her, zum andern aber auch von den ausgeprägten Sonderwünschen der Reeder nach bestimmten Schiffstypen, die mit dem vorhandenen Kriegsschiffsmaterial nicht zu befriedigen waren. Auf der Werft des Stettiner Vulkan ist vor einiger Zeit der für den

Bremer Lloyd erbaute Personen- und Frachtdampfer München fertiggestellt worden. Das Schiff hat einen Raumgehalt von 14 000 Bruttoregister-tonnen und legt 15,5 Knoten in der Stunde zurück. Toledo, das letzte Schiff der Hamburg-Amerika-Linie, das noch mit der alten Zwischendeckseinrichtung versehen war, ist umgebaut worden und hat moderne Einrichtungen für die 3. Klasse erhalten. Es gibt auch in den Schiffen anderer deutscher Linien nur noch wenige, die ein Zwischendeck führen, und meist nur noch für nichtdeutsche Passagiere(!); eine Frage der Zeit und der Kosten ist auch dort dessen Umbau in Kammern 3. Klasse. Der Tonnenzahl nach hatte der Hamburger Hafen 1923 schon einen ebenso großen Schiffsverkehr wie vor dem Krieg. Die britische Flagge, die im Jahr 1922 dort noch vor der deutschen rangierte, kommt jetzt schon nach ihr.

Kurze Chronik In Königsberg in Preußen wurden durch den Oberbürgermeister neue Hafenanlagen am Pregel dem Verkehr übergeben, die den Grundstein zu einem großangelegten neuen Freihafen darstellen. Der Aufschwung des Königsberger Seeverkehrs im letzten Jahr ist ganz außergewöhnlich groß; die neuen Kaiflächen decken nur zum Teil den angeforderten Bedarf. \diamond Die Breslauer Straßenbahn, die in der Inflationszeit monatelang ganz außer Betrieb gesetzt werden mußte, ist jetzt wieder so erholt, daß sie sogar für das schlechte Geschäftsjahr 1923 eine, wenn auch nur kleine, Dividende, von 3 %, ausschütten kann. \diamond Nur in New York hat die *Untergrundbahn* 24 Stunden-Betrieb, in Berlin, Paris und London ist sie 5 Stunden des Tages geschlossen; Hamburg hat einen Betrieb von 17, Glasgow von nur 16½ Stunden. Trotz der kürzern Benutzungszeit ist die Frequenz der Londoner Bahnen größer als die der New Yorker; in London werden fast 3 Milliarden Menschen im Jahr befördert, in New York nur 2,6 Milliarden. Mit 1,6 Milliarden folgt Paris, hierauf Berlin mit 1,4 Milliarden, dann Glasgow mit 460 Millionen, endlich Hamburg mit 260 Millionen. \diamond Am 11. August hat die Junkerluftverkehrsgesellschaft einen regelmäßigen täglichen *Flugverkehr* von Berlin über Dresden nach Fürth aufgenommen, der Anschluß an die schon bestehende Strecke Frankfurt-Fürth-München hat. Damit ist die schon seit langem geforderte Verbindung Berlin-München endlich verwirklicht worden. Mit Hilfe der Nordlinie Warnemünde-

Berlin kann man jetzt auf dem Luftweg von Warnemünde bis Budapest und bis Genf gelangen. Die Verbindung Warnemünde - Stockholm, die nachts befliegen wird, ist zurzeit für Passagiere noch gesperrt; es werden hier nur Post und Fracht befördert. ◊ Die deutsche Gesellschaft Zeppelinluftschiffbau in Friedrichshafen, die zurzeit für die amerikanische Regierung auf Reparationskonto einen großen Zeppelin baut, hat mit der amerikanischen Firma Goodyear, die ebenfalls Luftschiffe, bisher nur vom Prallluftschifftyp, baute, einen Vertrag abgeschlossen, wonach sich beide Firmen zum Bau von *Starr- und Prallluftschiffen* in Amerika unter der neuen Firma Goodyear-Zeppelin zusammenschließen. Die Goodyeargesellschaft bringt das Kapital ein, der Zeppelinluftschiffbau übernimmt die technische Leitung. ◊ Überraschend gering erscheint neben der Zahl der Menschen auf der Erde die Zahl der *Pferde*, des wichtigsten Helfers im Klein- und Nahverkehr. Nach einer Statistik des Cheftierarztes der belgischen Gendarmerie Bergeron, die er kurz nach dem Krieg aufstellte, gibt es nur rund 90 Millionen Pferde auf der Erde. Fast ein Viertel davon besitzt Rußland, nämlich 22 Millionen, über 18 Millionen haben die Vereinigten Staaten von Amerika, 10 Millionen besitzt Asien ohne das asiatische Rußland. Enorm groß erscheint die Zahl von 3 Millionen für das kleine Belgien. Europa ohne Rußland hat über 26 Millionen Pferde.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Arbeiterjugendbücherei - In der deutschen Sozialdemokratie sucht man, endlich, einen lebendigen Zusammenhang zwischen den Alten und den Jungen herzustellen. Viel mag dazu die Konkurrenz der "Kommunisten" beigetragen haben. Immerhin, die Wirkung ist erfreulich. Man braucht die Jungen. Sie bilden die Armeen, manchmal ihre Vortrupps. Die innere Kampforganisation einer Klasse prägt ihre eigenen Worte; es sind da Zusammenhänge, die jeden ändern, der ihren Ideen sich auch zugehörig fühlt, dennoch ausschließt. In einer so geschlossenen Gruppe hat eine Jugendbücherei einen besondern Sinn. Der *Arbeiterjugendverlag* in Berlin hat mit einer solchen begonnen; es erschienen bis jetzt in ihr Licht, ein Sonnenwendspiel von Hermann Claudius, mit Federzeichnungen von Ilse Claudius, Osterwasser, ein Frühlingsspiel von Karl

Eichler, Frühling im Waldreich, ein Märchenspiel von Franz Osterroth, Bergfried, ein Spiel für die Arbeiterjugend von Ernst Jäger, Jugendweihe, mit einem Geleitwort von Jürgen Brand. Es handelt sich bei dieser Sammlung nicht um eine Auswahl guter Sachen, die dem Vorstellungskreis der Jugend naheliegen, sondern es handelt sich um die ganz bestimmte Tendenz: gegen den Kapitalismus. Diese gibt ein Verstehen zwischen den Alten und den Jungen, das Traktäten und Schriften durchaus rechtfertigt, auch wenn ihr künstlerischer Wert gering ist. Manche dieser Hefte sind von dem Geist getragen, andere haben schon eine Muße und Weitschweifigkeit, wie wir sie sonst nur an bürgerlichen Schriften kennen. Vielleicht am wirksamsten sind die auch von Jungen geschriebenen (so das *Sonnenwendspiel Licht*). Ein Bund mit gegenseitigem Austausch von Gefühlen und Ideen: das ist wohl die beste Bedingung zum starken Wachstum der Jungen.

Lisbeth Stern

Liebhabetheater Der Sinn der Sammlung *Deutsche Hausbühne* / Berlin, Franz Schneider/ ist dem Theaterdrang, der jedem jungen Menschen im Blut steckt, eine gute Nahrung zu geben. Die Idee ist ausgezeichnet, und sie ist von Karl Busse mit viel Kenntnis und mit gutem Urteil durchgeführt. Liebhabetheatern, vorausgesetzt, sie machen ihre Sache mit Bescheidenheit, müssen eine ganz außerordentlich gute Schule für innere und äußere Disziplin sein können. Allein schon das so genaue Eindringen in eine künstlerische Arbeit, an der man durch die Darstellung noch selbst beteiligt ist, muß den Horizont weiten. Ich verstehe aber nicht, weshalb durch die sehr wertvolle Ausstattung das Buch für viele unzugänglich gemacht ist; zumal die Zeichnungen, so nett sie sind, für Aufführungen keinen Sinn haben.

Lisbeth Stern

Humor Einige Bändchen *lustiger Bilder*, die der Verlag Braun & Schneider in München herausgab: Von klugen Tieren, Von frechen Spitzbuben, Im Wüstensand und anderes, sind wohl ausgewählte Zeichnungen von verschiedenen Mitarbeitern der *Fliegenden Blätter*. Natürlich erreichen sie nicht die klassische Zeit der Fliegenden unter Oberländer; sie sind gar zu sehr an das Anekdotische gebunden. Trotzdem sind sie amüsant und spaßig, etwa wie die Witzchen eines sehr lebenswürdigen alten Onkels.

Lisbeth Stern